

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Warum wir Internationalisten sind

Als der Pariser Metallarbeiter und CGT-Funktionär Jean-Pierre Timbaud 1943 im Steinbruch von Chateaubriant vor einem Erschießungskommando der deutschen Faschisten stand, rief er mit lauter Stimme: „Vive le Parti Communiste Allemand!“ „Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!“ An dieses Zeugnis menschlicher und politischer Größe erinnerte Jacques Duclos auf einem frühen Parteitag der SED. Er überbrachte die Grüße der zu jener Zeit von Maurice Thorez geführten FKP, die damals in den vorderen Reihen der europäischen kommunistischen Bewegung stand. Einige Jahre nach dieser Rede wurde einer Straße im Zentrum der Hauptstadt der DDR der Name des Helden der Résistance verliehen. Die konterrevolutionären Bilder- und Schilderstürmer haben sofort nach 1989 die Berliner Timbaud-Straße umbenannt.

Doch der Geist dieses französischen Kommunisten lebt in uns weiter und beseelt alle, die proletarische Internationalisten im Sinne des Manifests von Marx und Engels geliebt sind. Dem dumpf-aggressiven Chauvinismus der Bourgeoisie, aber auch dem bürgerlichen Kosmopolitismus, der die nationalen Wurzeln eines Volkes verleugnet, stellen wir uns entgegen. Die Arbeitenden und die durch das Kapital an der Arbeit Gehinderten, die Ausgebeuteten und Ausgestoßenen der ganzen Welt sind unsere Klassengenossen. Das gilt natürlich auch für alle Frauen und Männer gleich welcher Hautfarbe oder ethnischen Herkunft, die unter solchen sozialen Bedingungen in Deutschland leben. Denn wir bewegen uns nicht im nebulösen Niemandsland vermeintlicher Klassenindifferenz.

RF-Leserin Petra Reichel aus Bad Kreuznach hat völlig recht, wenn sie im März-Heft darauf hinweist, daß für MarxistInnen die Klassenfrage der nationalen Thematik stets übergeordnet ist.

Die Medien der BRD strapazieren seit langem die sogenannte Ausländerproblematik. Hierbei geht es nicht nur um die Abwehr von Asylbewerbern. Herr Schily versucht sich auf diesem Gebiet in einer immer härteren Gangart, die ihn inzwischen sogar nach Nordafrika geführt hat.

Und wir? Gibt es für Kommunisten und Sozialisten eine Einteilung der Gesellschaft in „Inländer“ und „Ausländer“? Die Antwort heißt Solidarität. „Mach meinen Kumpel nicht an!“ stand vor Jahren auf einem in der Bundesrepublik weit verbreiteten Anstecker gegen Fremdenhaß.

Was aber ist mit jenen Ausländern, die nicht unsere „Kumpel“ sind? Wie verhalten wir uns zu ihnen? Genauso wie zu „einheimischen“ Reaktionen und Faschisten, Ausbeutern und Parasiten! Wir sind für die Schwarze Angela Davis und gegen die Schwarze Condoleezza Rice. Wir sind für

die Türken in der Tradition des Dichters Nazim Hikmet und gegen die Grauen Wölfe! Wir sind für den israelischen Friedensaktivisten Uri Avnery und gegen den israelischen Killergeneral Ariel Scharon!

Apropos Scharon: Man darf den hierzulande Herrschenden deren zur Schau gestellte Empörung über den Antisemitismus, den sie in Irreführungsabsicht mit berechtigtem Antizionismus gleichsetzen, nicht abnehmen. Ihr Ja zu Israel würde es nicht geben, hätten sich nach 1948 die fortschrittlichen jüdischen und arabischen Strömungen in Palästina durchgesetzt. Wäre Israel ein Vorposten des gesellschaftlichen Fortschritts im Nahen Osten, dann überschlugen sie sich heute im Antisemitismus. Daran dürfte nicht zu zweifeln sein.

Wie aber steht die deutsche Bourgeoisie zu Ausländern aus der Dritten Welt und Osteuropa? Ihr Interesse an „billigem“ Ersatz für die längst „zu teuer“ gewordenen Lohnabhängigen im eigenen Land ist echt. Auf der Jagd nach Extraprofit läßt sie im Ausland produzieren und verlagert Kapazitäten überall dorthin, wo nur ein Bruchteil der bisherigen Personalkosten „anfällt“. Das deutsche Kapital pickt sich die Rosinen aus dem Kuchen und ermuntert Talente anderer Völker zu möglichst dauerhafter „Mitarbeit“ in ihren Forschungs- und Entwicklungszentralen. Gleichzeitig wehren sich die am Ruder Befindlichen gegen „Wirtschaftsflüchtlinge“ – die Opfer ihres Vorgehens. Politische Emigranten, die von reaktionären Regimes verfolgt werden, weist man schroff zurück. Unsere Regierenden lenken ganz andere „Menschenströme“ nach Deutschland. Man denke nur an die massenhafte Aufnahme albanischer UCK-Terroristen und die vom Fischer-Ministerium geförderte Zuwanderung fragwürdiger ukrainischer Antragsteller.

Für uns Kommunisten und Sozialisten bleibt die proletarische Internationalismus Richtschnur. Wir fühlen uns mit unseren Kampfgefährten auf allen Kontinenten fest verbunden. Deren Reihen wachsen wieder – trotz zeitweiliger regionaler Rückschläge, die in Europa nach der verheerenden Niederlage des Sozialismus besonders schmerzhaft und langandauernd sind. Der Vormarsch der griechischen und portugiesischen Kommunisten bei den letzten Parlamentswahlen zeigt, daß der Tiefpunkt überwunden ist.

In anderen Erdteilen geht es übrigens zügiger voran. Man muß nur an Kuba und Venezuela denken, dessen Staatspräsident sich jetzt zum Sozialismus bekannt hat. Oder an Chinas letztjährige Zuwachsrates von neuerlich 9,5 %. Es gibt gute Gründe, den Kopf oben zu behalten und trotz allem optimistisch zu sein.

Klaus Steiniger



INHALT

Die historische Tat der Roten Armee	S. 2
Hans Heinz Holz zum 17. Parteitag der DKP	S. 3
Die NPD u. das Dresdner Inferno	S. 4
Naziparteien sofort verbieten!	S. 5
Die Furcht vor dem „totalen Frieden“	S. 6
Die SPD und der kalte Krieg	S. 7
Wie die DDR zur Disposition gestellt wurde	S. 8
RF-Leserdebatte: Einspruch, Euer Ehren!	S. 9
DDR-Arbeitsgesetzgebung ist der Maßstab	S. 10
Demokratie als Klassenfrage	S. 11
Kontaktgifte gegen die Dritte Welt	S. 12
Die Eigentumsverhältnisse im BRD-Gesundheitswesen	S. 13
Was uns die objektive Wahrheit bedeutet	S. 14
Zur Haltung der Kirchen in der DDR	S. 15
Ein lustiges Rotgardistenblut: Fritz Weineck	S. 16
Gerhard Schmidt zum 80.	S. 17
Letzter Gruß an Gladys Marin	S. 18
Chinas Weg zum Sozialismus (2)	S. 19
Was stellt Rußland heute dar?	S. 20
Griechische Tragödie	S. 21
Portugals PCP wieder im Aufwind	S. 22
KKE: Eine Partei, die aufhorchen läßt	S. 22
Statt „Achse des Bösen“ jetzt „Vorposten der Tyrannei“	S. 23
Abu Masens verzweifelter Seiltanz	S. 24
Polens Rolle in Bushs Irak-Krieg	S. 25
Spaniens Pseudo-Referendum	S. 26
Heinrich Mann und die Geschichte vom guten König Henri	S. 27
Zum 120. Geburtstag des „rasenden Reporters“	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Man merkt es in Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen: Der 8. Mai rückt näher. Berichte unterschiedlichster Art, Filme – darunter sogenannte Dokumentarstreifen – und wissenschaftliche Artikel beschäftigen sich mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Und da fängt es schon an: Geht es um die Niederlage Deutschlands oder um die Befreiung des deutschen Volkes, ja, ganz Europas, vom Hitlerfaschismus? Und wenn von Befreiung die Rede ist, dann steht zur „Wahl“, wer die Befreier waren: die Amerikaner oder die Russen. Geht man vom Grundtenor vieler Berichte aus, dann könnte man glauben, die eigentlichen und fast einzigen Opfer des großen Gemetzels wären die Deutschen gewesen.

Nimmt man die vorjährigen TV-Darstellungen über die Eröffnung der 2. Front im Jahr 1944 durch Engländer und Amerikaner und die Berichte in diesen Wochen über den Vormarsch der sowjetischen Truppen bis nach Berlin, dann lautet die Bilanz: Die 2. Front war der Anfang der deutschen Niederlage, die Befreiung kam vom Westen! Und was kam aus dem Osten? Die Vertreibung, das Elend der vor den Russen flüchtenden Deutschen!

Was aber sagen die Fakten, was sagt die historische Wahrheit?

Schon vergessen? Die Wende im Zweiten Weltkrieg war Stalingrad Anfang 1943! Die Schlacht im Kursker Bogen fügte der deutschen Wehrmacht im Sommer 1943 eine vernichtende Niederlage zu und vollendete den Umschwung des Kriegsverlaufs. Im Sommer 1944 standen die sowjetischen Truppen kurz vor der deutschen Reichsgrenze. Die 2. Front drohte zusammenzubrechen, hätte die Sowjetarmee nicht auf Bitten Churchills ihre Winteroffensive Anfang 1945 einige Wochen früher als geplant begonnen. Und wer hat 1945 Berlin erobert – mit immensen eigenen Verlusten?

Natürlich sollten wir dabei nicht übersehen, daß auch die Lieferungen von Waffen und Material durch die USA an die Sowjetunion und der Kampf englischer und amerikanischer Soldaten in Nordafrika, Italien, Frankreich, im Westen Deutschlands einen wichtigen Beitrag zur Niederlage Deutschlands geleistet haben.

Es läßt sich nicht leugnen: Die Sowjetunion und ihre Rote Armee waren die entscheidende Kraft zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Das gängige Argument, es sei damals –1945 und danach – nichts anderes geschehen als die Ablösung einer Diktatur durch eine andere, ist nicht nur ahistorisch, sondern verleumderisch und die Wahrheit unterdrückend. Wer die faschistische Diktatur mit der Diktatur des Proletariats gleichsetzt, leugnet nicht nur die Einmaligkeit des deutschen Faschismus, seine Menschenverachtung, seine Verbrechen an den Völkern, darunter dem eigenen Volk, sondern entstellt auch die geschichtliche Realität. Das ist Antikommunismus pur!

Wer über das Ende der faschistischen Diktatur 1945 berichtet, muß auch ihren Beginn 1933 im Auge haben. Es begann mit der Verfolgung der politischen Gegner,

vor allem der deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten, führte über den Wahnsinn des Rassismus bis zum Massenmord an Juden, Sinti und Roma u. a. und endete mit der Zerstörung Deutschlands, vieler deutscher Städte und Dörfer, und Millionen deutschen Toten.

Obwohl Repressionen im Innern der Sowjetunion schlimme Auswirkungen hatten, und nicht zuletzt auch ihre militärische Kraft gefährdeten, bleibt die große historische Leistung der UdSSR, gemeinsam mit den anderen Mächten der Anti-Hitler-Koalition über Systemgrenzen hinweg die Zivilisation in Europa vor dem Faschismus gerettet zu haben.

Und was ist mit der „Vertreibung“? Natürlich traf das Millionen Menschen sehr

schweigen oder verharmlosen! Zwangen nicht die Faschisten selber die deutsche Zivilbevölkerung zur Flucht, wurde nicht bewußt Angst vor den Russen geschürt? Dabei sollten wir nicht unterschlagen, daß es – vor allem in den letzten Kriegstagen und in den ersten Wochen danach – Übergriffe, Vergewaltigungen und Plünderungen gegeben hat. Aber sind der Haß und die Wut der sowjetischen Soldaten unverstänlich, die oftmals selbst Angehörige und ihr Zuhause durch die Faschisten verloren hatten und deren Mitkämpfer in unvorstellbarer Zahl gefallen waren? Neueste Zahlen sprechen von 27 bis 28 Millionen Opfern, darunter zwei Drittel Zivilisten, allein in der Sowjetunion. Relativiert das nicht die „Vertreibung“,

Die historische Tat der Roten Armee

hart – die „Trecks“, der nachfolgende Verlust der Heimat! Ich selbst bin in Ostpreußen geboren und aufgewachsen und konnte nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft nicht mehr dorthin zurück. Aber war das alles nicht eine Folge des Überfalls des deutschen Faschismus auf die Sowjetunion? Wurden nicht Millionen russischer Menschen von der faschistischen Armee gezwungen, Haus und Hof zu verlassen? Wer über das schlimme Ende des Krieges klagt, darf den verbrecherischen Beginn nicht ver-

obwohl man sie gewiß nicht schönreden sollte?

Und die Bilanz? Der 8. Mai ist und bleibt der „Tag der Befreiung“!

Ihn zu würdigen erfordert, Tatsachen von 1933 bis 1945 sachlich zur Kenntnis zu nehmen und nicht zuzulassen, daß die historische Wahrheit verfälscht wird. Ihn zu würdigen und in seinem Geiste heute politisch zu handeln, ist Aufgabe und Auftrag aller demokratischen Kräfte über Parteigrenzen hinweg.

Prof. Dr. habil. Günter Wilms



Der ehemalige Rotarmist Iwan Stepanowitsch Odartschenko stand dem sowjetischen Bildhauer Wutschetitsch Modell für das berühmte Denkmal im Treptower Park. Unser Bild zeigt ihn bei einem Besuch auf den Seelower Höhen 1975.

BZA-Foto, eingesandt von Gisela Tews

Hans Heinz Holz

zum 17. Parteitag der DKP

Genosse Prof. Holz, Du gehörtest mit Willi Gerns, Nina Hager und Leo Mayer zu der Autorengruppe, die für den Parteivorstand der DKP einen Diskussionsentwurf des Parteiprogramms zu erarbeiten hatte; und Du warst Delegierter zum 17. Parteitag. Wie schätzt Du Verlauf und Ergebnis des Parteitags ein?

Daß entgegen den Planungen der 4. PV-Tagung, die Programmdiskussion weiter zu verschieben und statt dessen eine Politische Erklärung zu verabschieden, doch ein Programmwurf zum Parteitag vorlag und nun bei der ersten Tagung des neuen Parteivorstandes einstimmig ohne Änderung als Grundlage für die Diskussion in der Partei beschlossen wurde, ist ein großer Erfolg und wird der ideologischen und organisatorischen Stabilisierung der Partei dienen. Ich erwarte eine lebhaftere Diskussion in den Parteigliederungen bis zum 2. Teil des Parteitags in einem Jahr. Außerdem trägt die eindeutige Entscheidung der Delegierten gegen eine Änderung der Finanzordnung der Tatsache Rechnung, daß die Schwerpunkte der Parteiarbeit in Kommunalpolitik, Sozialpolitik und Gewerkschaften und im Friedenskampf an der Basis gesetzt werden. Allerdings bleibt das Problem der Ausstattung der zentralen Leitung ungelöst. Sehr erfreulich ist auch, daß bei den Wahlen zum PV junge Genossinnen und Genossen zum Zuge kamen. Das wird der Partei eine größere Dynamik verleihen.

Es gab aber in den Diskussionen zum Teil sehr scharfe Kritik an der Parteiführung, die auch ein schlechteres Wahlergebnis als 2002 hatte.

Leitungsgremien von Organisationen haben die Tendenz, sich gegenüber der Basis zu verselbständigen und Widerspruch zu

verdrängen. Es ist ein gutes Zeichen der innerparteilichen Demokratie, daß die Genossinnen und Genossen das Selbstbewußtsein haben, sich als Glieder eines souveränen Kollektivs zu verstehen, das durch den Parteitag repräsentiert wird. Wie das Wort sagt, fungieren Funktionäre eben nur als Organe des Kollektivs. Freimütige Kritik ist der beste Weg, eine motivierende Aktivität in der Partei zu beleben. Ich möchte daher der Darstellung in der UZ über den Parteitag eine etwas andere Wendung geben. Es ist ein falscher Ton, wenn gesagt wird, das Sekretariat sei gestärkt. Das klingt nach Durchsetzungsmacht der Leitung. Wenn dem so wäre, könnten neue Konflikte nicht vermieden werden. Ich meine, die Partei ist gestärkt, weil ihre Diskussionsfähigkeit zugenommen hat und damit kollektive Entscheidungen möglich werden.

Die UZ hat von Putschabsichten gegen die Parteiführung gesprochen, die nicht zum Zug kamen.

Das ist Unsinn, eine künstliche Dramatisierung. Ich kenne keinen Delegierten, der gegen die Parteiführung hätte putschen wollen, und es gab auch keine Gegenkandidaten für die Vorsitzenden. Allerdings gab es kritische Auseinandersetzungen für und wider die in den Erklärungen des PV zum Ausdruck kommende politische Linie. Hauptdifferenzen sind die Imperialismusanalyse, die Sozialismusvorstellungen samt der Einschätzung von UdSSR und DDR, das Parteiverständnis und die „Bewegungslastigkeit“ (wie Patrik Köbele formulierte). Kritik fand auch – ich meine berechtigtermaßen – der Polarisierungen begünstigende Leitungsstil und Diskussionsonst. Das schlechtere Wahlergebnis der Vorsitzenden und Sekretariatsmitglieder ist ein Ausdruck dieser Kritik. Bemerkenswert ist auch, daß die Kritiker des Sekretariats kein schlechteres Wahlergebnis hatten als die Befürworter. Das zeigt, die Partei ist diskussions- und politikfähig. Und gerade auch die Kritiker vertreten nachdrücklich die Einheit der Partei auf der Basis der Lehren von Marx, Engels und Lenin und in der Tradition des internationalen Kommunismus. In der DKP gibt es keine Spaltungs- und Fraktionierungstendenzen.

Noch einmal zum Programm, dessen Vorlage die umkämpfte Politische Erklärung eigentlich überflüssig macht.

Der Programmwurf, der konsensuell von den vier Autoren verabschiedet worden ist, steht in der Kontinuität kommunistischer Programmatik, vom Manifest über das Mannheimer Programm von 1978 und die Beschlüsse seit 1992 zu den „Thesen“ und zur „DKP als Partei der Arbeiterklasse“. Unterschiedliche Einschätzungen des Imperialismus werden als Widerspiegelungen der widersprüchlichen

Tendenzen unserer Epoche analysiert. Im Ganzen zeigt sich, daß es auf marxistisch-leninistischer Grundlage eine große weltanschauliche Übereinstimmung in der Partei gibt.

Du hast gegen die Annahme der Politischen Erklärung gestimmt. Warum?

Wie die Anträge zum Parteitag zeigen, ist die Politische Erklärung in weiten Kreisen der Partei als schwach und unpräzise empfunden worden. Der ursprüngliche Text entstand im Februar 2004 vor der Ausarbeitung des jetzt vorliegenden Programmwurfs. In Teilen stimmt er mit diesem nun auch nicht überein. Die in letzter Minute vorgenommene Überarbeitung durch einige Mitglieder der Antragskommission hat diesen Mangel nicht behoben und konnte in den Parteigliederungen nicht mehr diskutiert werden. Nach meiner Auffassung wird durch ein solches Verfahren der Parteitag bevormundet, und die Abstimmung der 38 Einzelanträge im Eiltempo hat diesen Eindruck verstärkt. Es gab Delegierte, die offen aussprachen, daß sie gar nicht mehr wußten, worüber sie eigentlich abstimmen.

Dennoch gehst Du mit einem positiven Ausblick ins nächste Parteijahr. Wie siehst Du Deine eigene Rolle?

In der Tat bin ich positiv gestimmt. Die innerparteiliche Demokratie ist gestärkt worden. Das wird der Handlungsfähigkeit der Partei in den uns bevorstehenden politischen Kämpfen zugute kommen. National wie international gibt es drei Hauptfronten – den Widerstand gegen die imperialistische Kriegspolitik, die Verteidigung erreichter sozialer Standards gegen verschärfte Ausbeutung und Sozialabbau, die Erhaltung der Errungenschaften bürgerlicher Demokratie. An allen drei Fronten können die Ziele nur erreicht werden, wenn zugleich der offensive Kampf für eine andere, die sozialistische Gesellschaft aufgenommen wird. Ich bin ein politisch engagierter Wissenschaftler und ein wissenschaftlich denkender Politiker. Ich sehe meine Aufgabe darin, einen Beitrag zu leisten, daß die Lehren von Marx, Engels und Lenin, der wissenschaftliche Sozialismus, die die statutarische Grundlage unsere Partei sind, zum immer wieder neu durchdachten Leitfadens unserer strategischen Praxis werden. Meine feste Überzeugung ist, daß die DKP auf dieser Grundlage zum organisierten Kern der Arbeiterklasse werden kann, und daß sie sich dieses Ziel setzen muß. Und sie wird um so kämpferischer und besser werden, je mehr Menschen, die unsere Programmziele teilen, auch die Konsequenz ziehen, sich uns anzuschließen. In dieser Hinsicht möchte ich den 17. Parteitag als ein Signal betrachten.

Die Fragen stellte Frank Mühlefeldt

Am 28. April begeht der Sekretär des „RotFuchs“-Fördervereins e.V. und Interview-Redakteur des RF

Genosse **Frank Mühlefeldt** seinen **75. Geburtstag**

Er gehört zu jenen, die von Anfang an unsere Arbeit mitbestimmt und für ein gutes, solidarisches Klima unter unseren Mitstreitern gesorgt haben.

Als Oberst der NVA, Ökonom und erfahrener Kommunist hat er sich um die Sache der Arbeiterbewegung sehr verdient gemacht.

„Den Geschichtsklitterern entgegentreten!“ forderte Alexander Kleber, der den „Dresdner Trauermarsch“ am 13. Februar 2005 für die rechten Parteien organisierte, fünf Tage später in der „National-Zeitung“. Gemeint war auch das Geschichtsbild von der Bombardierung Dresdens, das die Medien monatelang verbreitet hatten. Das „Dresden-Festival“ der NPD bildete einen Abschnitt in der langfristigen Strategie, die „Deutschen als Opfer“ darzustellen und die Ereignisse von 1945 zur politischen Profilierung der Neofaschisten zu mißbrauchen.

Der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel kündigte am 21. Januar 2005 im Sächsischen Landtag an, daß seine Fraktion „die nächsten Jahre nutzen wird, um ... mächtige Schneisen in das Dickicht antideutscher Geschichtslügen zu schlagen“. Er war auch derjenige, der mit der Einführung

Versuchen wir nun herauszufinden, welche „Fälschungen“ die Neonazis der NPD aufgedeckt haben wollen.

Das ist erstens die Zahl der Bombenopfer. Seit Walter Weidauers verdienstvoller Arbeit „Inferno Dresden“, die in den sechziger Jahren mehrere Auflagen erlebte, sind etwa 35000 Tote durch Quellen belegt. Hinter den Zahlen verbirgt sich eine Tragödie, die keiner Steigerung bedarf. Es gab keine politischen Gründe, sie „herunterzurechnen“. Keine neue „Experten“-Kommission wird sie korrigieren können. Dennoch waren im Vorfeld des 60. Jahrestages der Zerstörung Dresdens abermals Versuche zu beobachten, die Zahl der Opfer auf 135000 und mehr zu beziffern. Welchen „Sinn“ soll die Saldierung der Opfer haben? Was soll der Titel in der „National-Zeitung“ vom 18. Februar 2005 „Dresdens ungesühnte

aus der Kette der Märtyrerstädte herauszubringen. Das DDR-Gedenken stellte die Stadt stets in eine Reihe von Guernica über Warschau bis Coventry.

Gerhard Frey, Bundesvorsitzender der DVU und Herausgeber der „National-Zeitung“, erklärte beim Auftakt zum „Trauermarsch“ am 13. Februar 2005: „Es gibt keine Moral, die den damals in der allerschlimmsten Weise ermordeten Zivilisten irgendeine Form von Verantwortung oder Schuld für den Krieg oder seine Ursachen oder seine Untaten zuweisen könnte.“

Sind das Argumente? Wer erklärt denn die Bombenopfer zu Schuldigen? Welche Moral rechtfertigt den Bombenterror? Aber auch: Warum ist die Ermordung von deutschen Zivilisten am Ende des Krieges ein Verbrechen, das von deutschen Soldaten in besetzten Ländern begangene Morden und das Bombardieren solcher Städte wie Coventry aber eine Heldentat, wie sie Frey in seinen Zeitungen anpreisen und verherrlichen läßt?

Es darf gefolgert werden: Für ihn und die Seinen war der Krieg eine „moralische“ Sache, solange es gegen den „jüdisch-bolschewistischen Weltfeind“ (Hitler im April 1945) ging, und erst von Übel, als der „Feind“ siegte. Nicht der Krieg, sondern nur die Niederlage sei zu bedauern.

Was wäre aus solcher Perversion des Denkens für die Gegenwart zu schließen?

Das Auftreten der NPD am 21. Januar und am 13. Februar hat den Neofaschisten eine ungewöhnliche und für sie kostenlose Medienpräsenz gebracht. Ich habe gesehen, wie sich auf dem Heidefriedhof eine Herde von Reportern auf die Spitze des NPD-Zuges stürzte, als er versuchte, sich in die Demonstration zur offiziellen Ehrung einzureihen. Am Mittag wiederholte sich das, als sich Schönhuber, Frey, Apfel und Voigt hinter das riesige Transparent „Nie wieder Bombenterror!“ stellten. Die „Financial Times“ vom 14. Februar widmete dem Zusammenschluß der Rechten eine ganze Seite. Der Bericht aus Dresden hieß: „Rechtsextremisten nutzen Feiern für Machtdemonstration“.

Der NPD-Vorstoß zum 13. Februar 1945 führte zu einer neuen Runde des Streits um die Frage, ob diese Partei verboten werden soll oder nicht. Inzwischen wurden Gesetzesänderungen „zur Beschneidung von NPD-Aktivitäten“ auf den Weg gebracht. Dabei zeigt sich, daß die Regierung im Sog dieser Debatte Maßnahmen zur Einschränkung der Pressefreiheit und des Demonstrationsrechts im Auge hat, die nicht nur gegen Neonazis anwendbar sein dürften. „Lex NPD gegen freie Presse“, schrieb Ulla Jelpke in der „jungen Welt“ vom 19./20. Februar 2005. Damit zeigt sich eine der Funktionen der „Geschichtsdebatte“. Nicht nur die „öffentliche Meinung“ wird nach rechts gedrückt, auch „die Politik“ reagiert entsprechend. Die NPD-Abgeordneten sind dabei entweder „nützliche Idioten“, die ihre Rolle ausfüllen, oder werden (verdeckt) gesteuert und spielen bewußt mit. Parallelen mit dem Ende der Weimarer Republik bieten sich zwingend an.

Prof. Dr. sc. Horst Schneider

Die NPD und das Dresdner Inferno

des Begriffs „Bomben-Holocaust“ einen Sturm der Entrüstung auslöste. Jürgen Gansel ist wie mancher andere „sächsische“ NPD-Abgeordnete Westimport. Er hat in Marburg Geschichte studiert und war bis zum Jahr 2000 Mitglied der reaktionären Burschenschaft Dresdensia-Rugia. Er blieb nicht der erste oder einzige, der die Auschwitz-Metapher für politische Zwecke einsetzte. Hat nicht Joseph Fischer 1999 mit dem Verweis auf ein mögliches Auschwitz die völkerrechtswidrige Aggression gegen Jugoslawien in eine „humanitäre Intervention“ umgefälscht? Haben nicht der Papst und Kardinal Lehmann vom „Abtreibungs-Holocaust“ gesprochen? Ist nicht spätestens mit dem „Schwarzbuch des Kommunismus“, dessen deutsche Autoren die Pfarrer Joachim Gauck und Ehrhart Neubert waren, das Wort vom „roten Holocaust“ in Umlauf gekommen? Wird nicht neuerdings auch die „Vertreibung“ in einem Buchtitel Karsten Kriewatts als „der andere Holocaust“ bezeichnet?

Könnte es sein, daß die „Empörung“ über Gansels Vorstoß eine wirksame und kostenlose Werbung für die NPD war? Jedenfalls geschah in der Landtagssitzung am 21. Januar 2005 Verblüffendes: Obwohl Landtagspräsident Erich Iltgen den Fraktionen und Abgeordneten der anderen Parteien insgesamt fünfmal Gelegenheit zur Replik anbot, nutzte niemand die Möglichkeit, Gansel Paroli zu bieten. Die Abgeordneten (außer Johannes Gerlach von der SPD, der eine Zwischenbemerkung machte) waren entweder überfordert, oder es fehlte ihnen an Courage.

Vernichtung“? Wie soll denn die „Sühne“ aussehen?

Die zweite „Fälschung“ betrifft die Verantwortung und Schuld für „Thunderclap“. David Irving, seit vielen Jahren publizistischer Vorreiter des schwarzbraunen Geschichtsrevisionismus, erklärte im Februar 2005 unter dem Sendetitel „Die deutsche Seele ist besetztes Gebiet“ in der „Deutschen Stimme“: „Nach heutigen Maßstäben ist Churchill zweifellos ein Kriegsverbrecher.“ In der DDR wurde Churchills verhängnisvolle Rolle bei der Planung und Auslösung von „Thunderclap“ keineswegs verschwiegen oder entschuldigt. Entscheidendes Bewertungskriterium war jedoch, daß er konsequent gegen Hitlerdeutschland kämpfte und daß England ein festes Glied in der Antihitlerkoalition blieb. Das schloß natürlich nicht aus, daß Churchill Londons imperialistische Interessen vertrat und eine tiefe Feindschaft gegen die Sowjetunion hegte. Er wollte ihrer künftigen Zone keine unzerstörte Großstadt überlassen.

Aber es bleibt bei der Erkenntnis: Die Hauptursache für den Zweiten Weltkrieg und damit für dessen Folgen auch in Dresden war die faschistische Politik Hitler-Deutschlands zur Durchsetzung der „Neuordnung Europas“.

Die dritte „Fälschung“, die die Neonazis entdeckt haben wollen, ist die Art und Weise des Gedenkens. Der NPD-Protest äußerte sich im Auszug der Abgeordneten, als aller Opfer des Nazikrieges gedacht werden sollte und nicht, wie von der NPD beantragt, nur der Dresdner Bombentoten. Es ist grotesk und unhistorisch, Dresden

Was sich gegenwärtig in der Politik der BRD abspielt, ist blamabel und fordert energischen Protest heraus. Pseudodemokratische Fragen werden en masse aufgeworfen: „Man müßte die juristisch-gesetzlichen Bedenken für ein Verbot prüfen.“ „Die politische Auseinandersetzung sollte im Vordergrund stehen.“ „Ein Verbot wäre keine Lösung.“ „Was wird, wenn das Bundesverfassungsgericht wieder so entscheidet wie 2003 und das Verbot erneut ablehnt?“ usw. usf. Das Hin und Her, die zur Schau gestellte Unentschlossenheit haben natürlich Methode. Alles läuft auf einen Schutz der sogenannten Neonaziparteien, also der offen faschistischen Formationen, hinaus. Nach dem Grundgesetz ist ein Verbot möglich, wenn es eine Partei darauf anlegt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen bzw. zu

Analysiert man die Äußerungen ihrer Spitzenleute, dann wird deutlich, was sie wollen und welcher Taktik sie sich bedienen. Kurz nach dem Einzug der NPD in den sächsischen und der DVU in den brandenburgischen Landtag erklärte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt in einem Interview mit der „Leipziger Volkszeitung“, daß das System der Bundesrepublik „am Ende sei“. Um es abzuwickeln, brauche man „keine Revolution und keinen Volksaufstand ... erfahrungsgemäß wickelt sich so etwas von selbst ab durch revolutionär verändertes Wahlverhalten“. Das ist genau die Methode, die seinerzeit Hitler an die Macht gebracht hat, dessen NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 erst 2,6 % (!!!) erhielt. Setzte dieser am Anfang der zwanziger Jahre auf Putsch und Staatsstreich, so änderte er seine Taktik und orientierte darauf, die parlamentarische

erkannt werde, könne „Deutschland die politische Möglichkeit wahrnehmen, das deutsche Leben wieder auf eine tragfähige Basis zu stellen“. Klingt das bei Voigt nicht ähnlich, wenn er von Überfremdung durch die multikulturelle Gesellschaft spricht, die den deutschen Fleiß, die deutsche Qualitätsarbeit angeblich beeinträchtigt? Deshalb plane die NPD nach der Machtübernahme (!) als erstes ein „Ausländerheimführungsgesetz“ und die „komplette Sperre aller Sozialleistungen für Nichtdeutsche“. Offener kann die neonazistische Grundorientierung nicht dargestellt werden.

Die Meinung, „ein Verbot werde lediglich die Nazis aus den Parlamenten verschwinden lassen, ihre Tätigkeit aber kaum beeinträchtigen“, ist falsch. Denn Parlamentssitze waren immer Tribünen für eine politische Partei und sind es heute mehr denn je. Sie dienen ihr dazu, ihre Ziele zu propagieren, sich über die Medien an die Öffentlichkeit zu wenden und die Massen zu erreichen. Mit einem Verbot würden den neonazistischen Parteien die legale Öffentlichkeit entzogen und ihre Wirkung wesentlich eingeschränkt. Außerdem verlören sie die staatliche Finanzierung. Natürlich muß ein Verbot mit wirksamer politischer Auseinandersetzung verbunden sein, um die Faschisten zu isolieren. Dazu aber fehlt jede wirkliche Bereitschaft.

Nur ein sofortiges Verbot von NPD, DVU und anderen neofaschistischen Gruppen würde der Welt demonstrieren, daß Deutschland aus seiner Geschichte Lehren gezogen hat. Wollen die verantwortlichen Politiker und Vertreter des Staates eines Tages wirklich den Vorwurf auf sich nehmen, politisch und moralisch versagt zu haben, weil sie die heraufziehende Drohung nicht rechtzeitig erkannt haben?

Dr. Rudolf Dix

Nazi-Parteien sofort verbieten!

beseitigen. Die neonazistischen Parteien – das wird von regierungsamtlicher Seite bestätigt – sind verfassungsfeindlich, stehen im Widerspruch zum Grundgesetz. Als es gegen links ging, war man nicht so zimperlich und zögerlich. Beim KPD-Verbot im August 1956 wurde nicht lange gefackelt. Mit der fadenscheinigen Begründung, diese Partei sei eine Gefahr für den Bestand und eine Bedrohung der Sicherheit der Bundesrepublik, wurde die KPD kurzerhand verboten, obwohl sie eine demokratische Wählerlegitimation besaß, das Grundgesetz der BRD anerkannte und mit Nachdruck durch die Worte ihres Vorsitzenden Max Reimann hatte verkünden lassen, es werde eine Zeit kommen, in der sie sich als konsequenteste Verteidigerin der Verfassung erweisen werde. Ihr einziges „Verbrechen“ bestand damals darin, gemeinsam mit Hunderttausenden westdeutschen Bürgern gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik aufzutreten zu sein. Mit der Urteilsverkündung setzte schlagartig auf dem ganzen Staatsgebiet eine Hexenjagd ein, die zur Schließung von Parteibüros, zum Verbot von KPD-Zeitungen, zur Verfolgung ihrer Führer, zu Haftstrafen für unzählige Funktionäre und Mitglieder sowie zum Raub der kommunistischen Bundestagsmandate führte. Was nicht einmal Bismarck zur Zeit des Sozialistengesetzes gewagt und was nur der Hitlerfaschismus getan hatte, praktizierte die Adenauer-Regierung gemeinsam mit der bundesdeutschen Justiz. Heute gibt es tatsächlich eine akute Bedrohung der parlamentarisch-demokratischen Grundorientierung der Bundesrepublik durch die immer frecher auftretenden neonazistischen Parteien.

Demokratie und die mit ihr gegebene Möglichkeit zur Erringung von Mehrheiten bei den Wahlen zur faschistischen Machtergreifung zu nutzen. Voigt setzte noch eins drauf. In Interviews mit verschiedenen Presseorganen nannte er Hitler einen „großen Staatsmann“. „Wir finden nicht alles schlecht, nur weil es aus der NS-Zeit stammt.“ „Wir wollen keine Gesellschaft, sondern wir wollen wieder zu einer Volksgemeinschaft (!) kommen. Einer Volks- und Wertegemeinschaft, die den Willen des deutschen Volkes bündelt, damit wir wieder Großes erreichen können.“ Solche Äußerungen Voigts könnten gedanklich aus einem Vortrag Hitlers vor Vertretern der deutschen Wirtschaft im Industrie-Klub in Düsseldorf im Januar 1932 übernommen worden sein. Das war ein Jahr vor dem faschistischen Machtzugriff. Dort wird das „Prinzip der Demokratie“ als „Prinzip der Zerstörung“, das „Prinzip der Autorität der Persönlichkeit“ (Führerprinzip), als „Leistungsprinzip“ dargestellt. Hitler bedauerte die „eigene Unterbewertung der deutschen Kraft“. Erst wenn diese verhängnisvolle Einschätzung



Heute wird wieder mit einer Selbstverständlichkeit über den Krieg gesprochen, die einem das Blut in den Adern stocken läßt!

In seinem Beitrag „Warum totaler Frieden so furchtbar ist wie totaler Krieg“ schrieb Robert Kaplan, einer der geistigen Wegbereiter der „Neokonservativen“ in den USA, am 16. 4. 2002 in der Zeitung „Die Welt“:

„Frieden als abstrakter Selbstzweck, als ein alles überragendes politisches Ziel ist ein gefährliches Ziel, weil es die Opferung aller Prinzipien um des Friedens willen impliziert. Die Idee eines durch eine Weltorganisation überwachten universellen Friedens ist keine optimistische, sondern eine düstere Vorstellung.“

Frieden war nie ein „abstrakter Selbstzweck“, sondern stets ein konkretes Anliegen aller nicht am Krieg profitierenden

Zynisch, unhistorisch und „psychologisierend“ fuhr Robert Kaplan in dem zitierten Beitrag fort: „Nach dem Ende des Kalten Krieges glaubt die Gesellschaft nun wieder an die betäubende Illusion des Friedens. Frieden aber führt zur Dominanz der Gegenwart und damit auch zur Gleichgültigkeit gegenüber der Zukunft. Frieden ist seiner Natur nach angenehm. In einem langen Frieden sind die Garanten von Annehmlichkeiten allerdings stets die Mächtigen, und weil Annehmlichkeit untrennbar etwas mit zweckdienlicher Behaglichkeit zu tun hat, wird diese zum Kernelement der Gegenwart.“

Die Bezeichnung des Friedens als „betäubende Illusion“ ist eine Verhöhnung der Opfer. So reden nur jene, die im Krieg nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen haben.

klinisch skandalfreie Gesellschaft tyrannisch wäre. Korruption, Untreue, Dummheit sind in maßvoller Dosis ein Beleg für Unvollkommenheit und deshalb für eine gewisse Menschlichkeit.“

Von was spricht der Autor? Mit der Selbstgefälligkeit der Oberklasse kritisiert Kaplan nicht die Medien für das, was sie tun, sondern er verachtet die „Masse“.

„Korruption und Untreue“ – ist das ein Beleg für Menschlichkeit oder das Privileg von Ausbeutern, die diese „Tugenden“ zu einem ausdifferenzierten System des Parasitismus weiterentwickelt haben? Und was die Rolle der Medien betrifft: Entpolitisierung ist auch eine Form der Vorbereitung der Völker auf künftige Kriege. Und zwar eine besonders perfide.

Die Medienschelte ist ohne Zweifel heuchlerisch, denn Sender und Presse erfüllen exakt ihren „Verbildungsauftrag“ im Interesse der politisch und ökonomisch Herrschenden.

„In einer ausgedehnten Friedensepoche werden Staatsinstitutionen verwundbar“, schrieb Kaplan schließlich. „Zu viele ambitionierte Experten von draußen und zu viele an ein halb gebildetes Publikum ausgereichte Informationen unterminieren meist auch noch schlecht bezahlte Verwaltungen. Ein ausgedehnter Frieden führt zu einer institutionellen Leere, die unter anderem durch Entertainment-Konzerne gefüllt wird. Frieden als abstrakter Wert ist nur durch Tyrannei erreichbar, wie subtil und sanft sie auch sei.“

Dies erinnert fatal an die Worte des kaiserlich-deutschen Generalfeldmarschalls von Hindenburg, der davon sprach, der Krieg bekomme ihm „wie eine Badekur“.

„Frieden“ und „Tyrannei“ in einem Atemzug, das spricht Bände und ist ein beredtes Beispiel für die zunehmende Verbreitung faschistoiden Gedankenguts durch die ideologischen Sturmabteilungen des Kapitals. So denkt nur, wer sich der Sache des Krieges und den Interessen des militärisch-industriellen Komplexes ganz und gar verkauft hat.

Dr. Erhard Kegel

Die Furcht vor dem „totalen Frieden“

Klassen und Schichten. Er entspricht den objektiven Interessen der Menschen, weil er deren materielle Existenzbedingung darstellt und die Voraussetzung für die Lösung der sozialen Frage ist. Doch unter den Bedingungen der antagonistischen Klassengesellschaft kann der Frieden kein „universelles Ziel aller“ sein, weil er der Durchsetzung der Kapitalinteressen im Wege steht.

Unter Leugnung des Klassencharakters des Ersten Weltkrieges schrieb Kaplan über diesen:

„Kleine elitäre Führungszirkel hatten die Menschheit in einen Abgrund geführt, und nun wurde in nahezu alchemistischer Manier nach Wegen gesucht, den Krieg als solchen zu bannen, ja zu verbannen.“

Der Krieg ist nicht das anonyme Werk kleiner elitärer Führungszirkel, sondern „die Fortsetzung der Politik von Klassen, Völkern, Nationen, Staaten oder Koalitionen mittels organisierter bewaffneter Gewalt zur Durchsetzung ökonomischer Interessen und politischer Ziele.“

Der Krieg ist eine historische Erscheinung. Er kam auf mit der Entstehung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Spaltung der Gesellschaft in Klassen und der Entstehung des Ausbeuterstaates, wie er auch mit diesen Gegebenheiten vergehen wird.

Der Krieg trägt stets Klassencharakter, das heißt, den Charakter derjenigen Politik, die die an ihm beteiligten Klassen oder Staaten lange Zeit vor ihm betrieben haben.“

So stand es zu DDR-Zeiten im 1973 erschienenen Militärlexikon.

Kaplan ist nicht irgendein USA-Ideologe, sondern ein profilierter und prominenter Vertreter der „gedanklichen Schule“, die unter Bush in Washington den Ton angibt. Ohne Skrupel erklärte er: „Wenn Frieden als gegeben gilt, bedienen Medien zunehmend die Sehnsüchte einer Masse. Die Masse hat wie das Fernsehen kein historisches Gedächtnis, sie reduziert die Welt auf Augenblicksgefühle. Ohne übergeordnete Entscheidungsgefühle, die mit Leben und Tod zu tun haben, konzentrieren die Medien sich zunehmend auf öffentliche Skandale – ohne Gefühl dafür, daß eine



Im Verordnungsblatt der Stadt Berlin vom 8. Oktober 1946 fiel in der mehrseitigen Auflistung der Kandidaten für die ersten Berliner Nachkriegswahlen im Oktober 1946 die Eintragung des Laubenpiepers „Neumann Franz (SPD), z. Z. Bürgermeister, Berlin-Tegel, Freie Scholle, Moorweg 10“, nicht sonderlich auf. Nur Eingeweihte mahnten sofort zur Vorsicht.

Etwas später räumte der Berliner SPD-Vorsitzende F. N., der bereits den Stadtbezirk Wedding von Kommunisten gesäubert hatte, den am 5. Dezember 1946 zum Oberbürgermeister von Berlin gewählten Neuköllner SPD-Genossen Dr. Otto Ostrowski aus dem Wege. Dessen „Vergehen“ bestand darin, sich in Wahrnehmung seines Amtes eigenmächtig mit den „Russen“ getroffen zu haben, war er doch für alle vier Sektoren zuständig. Ein Mitglied der USA-Militärregierung, Captain Biel, gab daraufhin den Befehl aus: „Dr. Ostrowski hat eine Wendung um 180 Grad zu den Bolschewiken hin gemacht. Er ist als das trojanische Pferd innerhalb der SPD zu betrachten. Er hat zu verschwinden.“ Am 17. April 1947 flog der 64jährige auf Betreiben Franz Neumanns aus seinem Amt.

Das Fazit des „Entlassenen: „Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich unentwegt an dem Gedanken festhalte, daß Berlins Schicksal nur in den Händen einer gesunden und starken Arbeiterbewegung wohl geborgen ist. Ich wollte mit meiner Arbeit vor dem Urteil der schaffenden Berliner Menschen als der Anwalt ihrer Nöte bestehen können, und deshalb war ich, was ich immer gewesen bin: ein sozialistischer, demokratischer Mensch mit der selbstverständlichen Hingabe an die Gesamtheit.“

Berlin ohne Oberbürgermeister? Franz Neumann entdeckte den im November 1946 aus der Türkei heimgekehrten Emigranten Ernst Reuter (SPD) und hob ihn auf den Schild. Am 24. Juni 1947 wählte ihn die Berliner Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister. Nur die SED-Fraktion stimmte mehrheitlich dagegen. Noch allerdings behielten sich die vier Alliierten das Recht vor, die Wahl abzulehnen. Im „Amtsblatt der Alliierten Kommandantura Berlin“ vom August 1947 wurde deren Entscheidung veröffentlicht: „Die Alliierte Kommandantura hat es nicht möglich gefunden, Dr. Reuter für den Posten des Oberbürgermeisters zu bestätigen.“

So kam dieser zunächst nicht zum Zuge. „Aufarbeitungshistoriker“ versichern heute ihrer Leserschaft, „die Russen“ hätten „unter fadenscheinigen Gründen die Zustimmung verweigert“. Die Wahrheit: Der erst im November 1946 aus der Türkei Eingereiste konnte gar nicht an den Oktoberwahlen 1946 teilnehmen, besaß also kein Mandat.

Wie kooperativ die Organe der UdSSR auch gegenüber den Sozialdemokraten waren, kann man übrigens dem Protokoll des 40. SPD-Parteitags (19./20. April 1946) entnehmen. Darin hieß es: „So haben wir die erfreuliche Feststellung zu treffen, daß die sowjetische Militäradministra-

tion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin und in ihrer Zone schon viele der verfügbaren Werte zur Verfügung gestellt hat. (...) Aber auch in allen Provinzen und Ländern der Sowjetzone erhielten wir geeignete Gebäude und Räume für die Parteiverwaltungen, insbesondere auch für Druckereien und Verlagsbetriebe.“

Doch die Janusköpfigkeit der SPD-Führung – Schumacher für ganz Deutschland, Neumann für Berlin – deckte der Autor Wolfgang Buschfort 1991 auf: „In Anknüpfung an alte sozialdemokratische Traditionen, die sich im Kaiserreich und in der NS-Zeit bewährt hatten, plante Kurt Schumacher schon im Februar 1946 die Einrichtung einer ‚Untergrundorganisation‘ in der sowjetischen Zone.“ Aus der Zentrale, die in Hannover angesiedelt worden war, strömten Kurierere hinüber in

Seit 1947 liefen in den Vereinigten Staaten schon die Druckpressen für die geheime Fertigung der „Westmark“. Am 25. 11. d.J. brachte der US-Frachter „American Farmer“ 4800 Kisten neuer Banknoten für den „Tag X“; es folgten bis zum Mai 1948 weitere 18 000 Kisten.

Damals prellte USA-Außenminister Marshall im Rahmen einer öffentlichen Rede mit dem Anliegen vor, ein „Hilfsprogramm für Europa zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und zur Beseitigung von Elend und Hunger“ einzurichten.

Am 25. Juni 1947 konstituierte sich in Frankfurt am Main ein 52köpfiger Wirtschaftsrat als oberstes Organ der „Bizone“, dem Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Besatzungszone zum einheitlichen Wirtschaftsraum. Heute läßt sich in deutschen Nachschla-

Die SPD und der kalte Krieg

das Territorium der Sowjetischen Besatzungszone. Intern empfahl die SPD-Spitze den konspirativ tätigen Wühlern in einem Rundschreiben am 26. April 1947: „Alle Parteidienststellen machen wir darauf aufmerksam, daß sie auf jeden Fall beim Verkehr mit irgendwelchen Personen in der SBZ vermeiden, Briefumschläge mit dem Aufdruck ‚Sozialdemokratische Partei‘ zu verwenden. Im übrigen möchten wir ersuchen, allen Schriftverkehr mit der Ostzone, sofern er sich auf politische Tatsachen bezieht, dem Parteivorstand, Abteilung Ostbetreuung, bekanntzugeben.“ Mit dem 4. September 1946 nahm der RIAS sein Programm auf. Franz Neumann besaß nun ein wirksames Sprachrohr. Am 15. Januar 1948 blies er dann im Auftrag der USA-Regierung zum Halali. Gemeinsam mit seinem Stellvertreter Kurt Swolinzky brachte er in der Stadtverordnetenversammlung einen Dringlichkeitsantrag ein. Darin hieß es: „Der Magistrat wird beauftragt, unverzüglich alle Maßnahmen für die reibungslose Durchführung einer baldigen Währungsreform zu treffen.“ Es gelte, die „Bevölkerung vor Schäden zu bewahren, die entstehen müssen, wenn Berlin, und sei es auch nur vorübergehend, von einer solchen Reform ausgenommen bliebe“.

gewerken ungeschminkt lesen, welche Zielstellung nicht nur der Marshallplan, sondern auch die von dem einstigen General danach entwickelte „Truman-Doktrin“ verfolgte, „die weltweit US-Hilfe zur Eindämmung (containment) des Kommunismus vorsah“.

Franz Neumann und seine Gehilfen erwiesen sich als willfährige Eiferer im Dienste des kalten Krieges und der Spaltung Deutschlands. Auf der Londoner Konferenz am 19. Februar 1948 einigten sich die Westmächte auf den Ausschluß der Sowjetunion. Moskau stellte daraufhin fest: „Die Einberufung dieser Konferenz ist eine Verletzung des Abkommens über den Kontrollmechanismus für Deutschland und der Potsdamer Beschlüsse über die Behandlung Deutschlands als einheitliches Ganzes.“

In der Zeitschrift „Sozialdemokrat“ erschienen am 9. und 14. April 1948 Berichte, nach denen auf westlicher Seite „nicht die Absicht bestand, die Beratungen über eine gesamtdeutsche Währungsreform auf Viermächtebasis wieder aufzunehmen“. So ließen die Amerikaner, Engländer und Franzosen dadurch auch eine technische Vorbereitung zum Druck von Banknoten in der Reichsdruckerei in Berlin scheitern.

Hans Horn

Am 10. April um 15.00 Uhr findet aus Anlaß des

60. Jahrestages der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald

auf dem Ettersberg (Appellplatz)
eine Gedenkveranstaltung
des Internationalen Komitees Buchenwald,
Dora und Kommandos statt.

Alle Antifaschisten
sind dazu eingeladen.

Wie die DDR schon 1955 zur Disposition gestellt wurde

Am 1. März 1955 brachte die „Berliner Zeitung“ die Schlagzeile: DIE DEUTSCHLANDFRAGE IST LÖSBAR. A. I. Mikojan, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, so hieß es, „gab der festen Zuversicht Ausdruck, daß die Deutschlandfrage gelöst werden könne, wenn auf die Remilitarisierung des westlichen Teils Deutschlands verzichtet würde. Die Wiederaufrüstung sei dazu angetan, die Gefahr des Krieges zu vergrößern und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf die lange Bank zu schieben.“ Auf der gleichen Seite berichtete die BZ von einer Rede Otto Nuschkes, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, in der dieser betonte, daß „Adenauer durch die Ratifizierung der Pariser Verträge, dieser Kriegspakte, Verhandlungen über die Herstellung der deutschen Einheit unmöglich gemacht hat“.

Vor gut 50 Jahren, am 27. Februar 1955, ratifizierte die Bonner Regierungskoalition die von Adenauer initiierten Pariser Verträge. Der Erzfeind eines friedlichen, einheitlichen Deutschlands setzte die Bewaffnung Westdeutschlands durch. Nach fünf Jahren heimlicher Vorbereitung wurde die neue Wehrmacht mit Namen Bundeswehr gegründet. Offiziere und Generale des faschistischen Aggressors, der Europas Länder verwüstete, wurden dadurch nicht nur rehabilitiert, sondern erhielten Gelegenheit, den Geist dieser Eroberer in eine neue Generation einzupflanzen.

Zu Recht verglich die BZ in ihrem Leitartikel die Zustimmung des Bundestages zur offenkundigen Kriegspolitik Adenauers mit der 22 Jahre zuvor erfolgten Billigung des Ermächtigungsgesetzes für Hitler.

Ein Rückblick auf die Pariser Verträge von 1955 löst zwei Überlegungen aus. Der erste Gedanke betrifft den Widerspruch, der aus heutiger Sicht auffällt: Das Wesen des in Paris Beschlossenen war die endgültige Spaltung Deutschlands und die Wiederbewaffnung des Westens, d. h. die militärische Absicherung des deutschen Imperialismus. Die UdSSR hingegen hielt auch 1955 an der Politik zur Schaffung eines einheitlichen, antifaschistischen, demokratischen, entmilitarisierten (bürgerlichen) Deutschlands fest. Damals waren der amerikanische und der deutsche Imperialismus längst zur Vorbereitung einer militärischen Lösung der „deutschen Frage“ übergegangen, wobei die Chancen für ein friedliches einheitliches Deutschland bereits mit der Einführung einer Separatwährung im Westen am 20. Juni 1948 auf ein Minimum gesunken waren.

Eine neue Lage hatte sich herausgebildet, ernster als je zuvor, und die Sowjetunion reagierte mit einer Illusion. Für die DDR ergaben sich bedenkliche Konsequenzen. Ihre internationale Stellung wurde nachhaltig untergraben, weil sie Moskau vor aller Welt immer noch zur Disposition stellte. Nach wie vor dachte die sowjetische Führung über eine Österreich-Lösung auch für ganz Deutschland nach, deren Verwirklichung die Preisgabe der DDR und der in ihr führenden politischen Kräfte bedeutet hätte. In ihrer Hauptstadt wuchs das Gefühl der Unsicherheit. Sollte die DDR den Weg des Sozialismus wieder verlassen und sich auf ein bürgerliches Deutschland mit all seinen für Europa und die Welt gefährlichen Unwägbarkeiten einstellen? Mußte dieser Zwiespalt nicht bei ihren Bürgern Zweifel an der

Richtigkeit des Aufbaus der neuen Gesellschaftsordnung als einzig möglicher Antwort auf die Bonner Machtstrategie hervorrufen? Gab diese Option nicht gewissen „Dissidenten“ Auftrieb? Gingen nicht gerade wegen dieser Verworrenheit der Lage etliche Intellektuelle zu den aus ihrer Sicht stärkeren westlichen Bataillonen über? Erst als die mißliche Situation am 13. August 1961 beseitigt wurde, konnte sich ein wirkliches DDR-Bewußtsein entwickeln.

Die zweite Überlegung bezieht sich auf die Gegenwart. Es handelte sich nie um irgendeine „Einheit“. Der Inhalt der „deutschen Frage“ war immer die Option für ein friedliches oder ein kriegerisches Deutschland. 1989/90 fiel die Entscheidung zugunsten der aggressiven Kräfte in der BRD. Das sollten die Rufer nach „Deutschland, einig Vaterland“ nie vergessen. Aus der Verantwortung für diese historische Fehlentscheidung, die den imperialistischen Expansionskurs anheizte, wird die Geschichte die Rufer „Helmut, Helmut“, die Abgeordneten der sogenannten ersten frei gewählten Volkskammer und die

dreimal gewendete Führung der UdSSR nicht entlassen. Das deutsche Monopolkapital ist wieder zu einer Bedrohung der Völker geworden. 10 000 deutsche Soldaten haben sich bereits in anderen Ländern festgesetzt, um die strategischen Interessen ihrer Auftraggeber zu sichern. Diese zielen zum dritten Mal auf die Plünderung fremder Ressourcen.

Denken wir daran, daß die Bundeswehr erst endgültig zu aggressiven Handlungen übergehen konnte, als die DDR, die tatsächlich zur Friedenssicherung beitrug, von der Bildfläche verschwunden war. Die Geburtsumstände der Wehrmachtsnachfolgerin verwerfen jeden Gedanken an eine demokratische Legitimation. Es ist klar, in welcher Tradition die Bundeswehr steht. Ihre Kasernennamen zeugen davon. 50 Jahre nach der Schlagzeile in der Berliner Zeitung ist festzustellen, daß die DEUTSCHLANDFRAGE NICHT GELÖST ist. Denn wir sind von einem friedlichen, antifaschistischen, demokratischen Land weiter entfernt als je zuvor.

Dr. Norbert Pauligk

Brief aus Neuburg an der Donau

Als Leser Ihrer Zeitschrift habe ich in der Februar-Ausgabe des RF zwei Artikel über die Legion Condor gefunden. Da bei uns in Neuburg (Bayern) das Jagdgeschwader JG 74, das bisher den Namen „Mölders“ trug, stationiert ist, haben diese Artikel auch das örtliche Aktionsforum Frieden sehr interessiert. Wir beschäftigen uns schon seit Jahren mit der Thematik des JG 74. Zunächst standen Fluglärm und Schadstoffbelastung im Mittelpunkt unserer Aktivitäten. In der „Kontraste“-Sendung der ARD im April 2004 wurde die Nazi-Vergangenheit des Namensgebers Mölders ausführlich dargestellt. Deshalb forderten auch wir als örtliche Friedensgruppe in mehreren Briefen an das Verteidigungsministerium die Umbenennung des Neuburger Jagdgeschwaders. Dabei hat-

ten wir keinen Erfolg. Erst jetzt sind die Dinge in Bewegung gekommen. Minister Struck hat die Umbenennung aufgrund eines Bundestagsbeschlusses, der die öffentliche Ehrung von Angehörigen der faschistischen Legion Condor untersagt, verfügt.

Oberst Werner Mölders war einer der wichtigsten Jagdflieger der faschistischen Wehrmacht. Er wurde von Hitler hoch dekoriert. Seinen Namen trug das Bundeswehrgeschwader seit über 30 Jahren.

Mölders profilierte sich beim Überfall auf Frankreich. Später – nach Beginn des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion – erreichte er den Höhepunkt seiner Karriere. Mölders war ein Held des Dritten Reiches und gehörte der Legion Condor an, die Francos faschistischem Regime mit Bomben zur Macht verhalf.

Roland Keller (für das Aktionsforum Frieden, Neuburg)

Heft 23

TOPOS Peter Hacks

herausgegeben von **Hans Heinz Holz** und **Domenico Losurdo**, ist erschienen.
Bestellungen bei Dr. Dieter Kraft,
Seestraße 35, 13353 Berlin, Tel./Fax (030) 2 82 07 80

RF-Leserdebatte: Einspruch, Euer Ehren!

Nur der Zustand der Parteien?

Mit der Antwort des Genossen Pauligk auf die von ihm aufgeworfene Frage, warum die Führung der SED 1989 nicht in den Kampf zog, bin ich einverstanden.

Für mich tauchen aber zu seiner These, daß die „ideologische und organisatorische Zersetzung der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder ... die Haupterklärung für die erlittene Niederlage“ liefert, einige Fragen auf.

Erstens: Woher kam die „Zersetzung“ der Parteien? Ist das nur subjektiven Faktoren, Fehlern im inneren Regime der Parteien geschuldet? Hätte das vermieden werden können?

Vor allem: Welche Lehren soll man für künftige Fälle ziehen? Noch mehr Parteilehrjahr? Noch strengere Kaderauswahl für Leitungsfunktionen? Wer sollte die Kaderauswähler auswählen, damit kein Reformist an die Spitze kommt? Noch strengere ZPKK usw.? Ob das helfen würde?

Zweitens: Nehmen wir einmal an, unsere Partei wäre nicht zersetzt und statt dessen voll kampffähig gewesen. Was hätte die Parteiführung in der damaligen Situation tun bzw. veranlassen sollen? Die Grenzen noch fester schließen, den Empfang westlicher Rundfunk- und Fernsehsender (soweit möglich) unterbinden, die Demonstranten von der Straße fegen, die Rädelsführer einsperren, d. h. entschlossen und schon viel früher die staatlichen Machtmittel einsetzen?

Hätte das unsere Probleme gelöst? Die anschwellende, sicher vor allem von Gegnern inszenierte Protestbewegung hätte das sicher eindämmen und vorübergehend beseitigen – noch früher vielleicht sogar zunächst verhindern können. Aber für wie lange? Und um welchen Preis?

Drittens: Wie stabil (bzw. instabil) ist ein gesellschaftliches System, in dem ein falscher Mann oder eine falsche Gruppe an der Spitze genügt, das Ganze umzukippen? Wäre so etwas im Kapitalismus möglich? Warum nicht? Für mein Verständnis spielt der Zustand der Parteien sicher eine wichtige Rolle. Aber die Ursachen unserer Niederlage liegen doch wohl tiefer:

Für genaue Beobachter unserer wirtschaftlichen Entwicklung stellte es kein Geheimnis dar, daß wir in den letzten Jahren gezwungen waren, auf Kosten unserer Substanz zu leben. Die Masse der Neuinvestitionen wurde volkswirtschaftlich durch nicht getätigte notwendige Ersatzinvestitionen finanziert. Die im „Statistischen Jahrbuch der DDR“ ausgewiesene Akkumulationsrate von rd. 20 % wurde doch dadurch „erreicht“, daß das Nationaleinkommen dank zu niedrig angesetzter Amortisationen überhöht ausgewiesen wurde. Unsere soziale Zielstellung klaffte immer weiter mit unserer tatsächlichen Wirtschaftskraft, ausgedrückt in der Arbeitsproduktivität, auseinander.

Lenin hat zu Recht betont: „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.“ Der Sozialismus kann seine umfassenden sozialen Vorhaben zur allseitigen Hebung

des Lebensniveaus der breiten Massen nur verwirklichen, wenn die Menschen in möglichst kürzerer Lebensarbeitszeit mehr und bessere, auf höherem technischem Niveau stehende Produkte hervorbringen als im Kapitalismus, also, wenn ihre Arbeitsproduktivität die des Kapitalismus erheblich übersteigt.

Hätten wir es geschafft, die ökonomische Überlegenheit zu erringen, in der Arbeitsproduktivität den Kapitalismus der entwickeltsten Länder zu übertreffen, dann hätten wir viele (auch persönliche Freiheiten beschränkende) Maßnahmen nicht treffen müssen. Aber unser Abstand

in der Arbeitsproduktivität und im materiellen Lebensniveau vergrößerte sich. Die Montags-Demos erhielten wachsenden Zuspruch und die Bevölkerungsmehrheit stand unentschlossen und abwartend daneben. Sie wählte uns schließlich (natürlich mit eifriger generischer Hilfe) dauerhaft ab.

Meiner Ansicht nach ist das Wichtigste, wenn man nach den letzten und tiefsten Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa sucht, sich zu überlegen, warum wir es nicht geschafft haben, den Kapitalismus auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität einzuholen und zu überholen.

Prof. Dr. Heinz Wachowitz, Berlin

Überlegen oder nicht?

Als Diplomingenieur der TU Dresden war ich rund 30 Jahre in leitender Funktion eines volkseigenen Kombines tätig und wurde täglich mit Problemen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts konfrontiert. Bekanntlich ist dieser für die Arbeitsproduktivität im Sozialismus und Kapitalismus entscheidend und wird nach meinen bescheidenen diesbezüglichen Kenntnissen wesentlich durch Triebkräfte in beiden Gesellschaftsordnungen bestimmt. Eine der Triebkräfte im Sozialismus ist das Bewußtsein. Im Kapitalismus ist es das Geld, der Profit. Nun stellt Dr. Böttcher die wohl gut gemeinte These auf (anders kann ich das nicht bewerten): „Umgekehrt halte ich es für erwiesen, daß die Triebkräfte im Sozialismus ... den Triebkräften des Kapitalismus, dem Profitstreben, weit überlegen sind.“

Ich bin aufgrund der Fehler bei der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die in der DDR begangen wurden, anderer Meinung und habe oft erlebt, wie Ergebnisse und Vorschläge entweder gebremst oder negiert wurden. Andererseits leite ich aus der Behauptung von Böttcher ab, daß das Bewußtsein im Sozialismus so hoch entwickelt gewesen sein muß, daß es dem Profitstreben überlegen war. Die tägliche Ingenieurpraxis in der DDR zwang jedoch zu anderen Maßnahmen. Man hat nicht umsonst versucht, sogenannte ökonomische Hebel zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts einzusetzen, die aber nur zum Teil wirkten. Die These von Böttcher bewerte ich

als Wunschdenken, das uns in der Analyse von Defiziten im Sozialismus der DDR nicht weiterbringt. Für einen weiteren großen Fehler halte ich (und nicht nur ich!) die 1972 erfolgte Verstaatlichung kleiner mittelständischer Betriebe, die in der Mehrzahl keineswegs dem Sozialismus feindlich gegenüberstanden, keine Gefahr für unsere Volkswirtschaft darstellten und ihren Beitrag zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des DDR-Exports leisteten. Diese Effekte gingen leider mit der Verstaatlichung und der Eingliederung in Kombinate unter. Während die kleinen Betriebe vorher noch flexibel auf Kundenwünsche reagieren konnten, war später damit Schluß.

Ich möchte keineswegs meinen Staat, die Deutsche Demokratische Republik, verunglimpfen, in dem ich sorgenfrei und ohne Existenzangst leben, studieren und arbeiten konnte. Wer aber eine These zu Triebkräften in Gesellschaftsordnungen aufstellt, sollte diese auch wissenschaftlich begründen. Ich entsinne mich noch eines Artikels von Prof. Josef Schleifstein, in dem gerade dieses Problem der Triebkräfte behandelt wurde. Wir haben ihn im Parteilehrjahr intensiv diskutiert.

Nach meiner Meinung zeigte sich die Überlegenheit unseres Systems nicht hauptsächlich im Industriebereich, sondern auf anderen Gebieten (z. B. Friedenserhaltung, Landwirtschaft, Bildung und Erziehung, Kultur, Soziales usw.).

Gerhard Frank, Riesa

EINFÜHRUNG IN DAS STUDIUM VON MARX, ENGELS UND LENIN

Das Buch des Theoretikers, Historikers und Lehrers der Arbeiterbewegung **Prof. Dr. Josef Schleifstein** (1915–1992) ist nach wie vor die beste Einführung in das unentbehrliche Studium der Klassiker. Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins hat daher beschlossen, dieses Werk als erstes einer ganzen Reihe von Bildungsmaterialien zugänglich zu machen (als zweites folgt eine Einführung in das „Kommunistische Manifest“). – Das Buch hat 170 Seiten und ist über den RF-Vertrieb (Telefon: 030/6545634) zu beziehen (Spendenempfehlung: 10,- €) und sollte in allen Regionalgruppen zu Schulungszwecken eingesetzt werden.

Der 12. April 1961 war ein historischer Tag in der Geschichte der DDR und der deutschen Arbeiterbewegung. Auf Initiative der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde unter der Leitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) das erste deutsche Gesetzbuch der Arbeit (GBA) von der Volkskammer beschlossen. Das gesetzlich fixierte Recht auf Arbeit, das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit und damit die arbeitsrechtliche Gleichstellung von Mann und Frau sowie andere primäre Arbeitsrechte waren in der DDR bereits 1950 bestätigt worden. Es handelte sich um Regelungen, die die kapitalistische BRD heute, mehr

etwa 150000 kritische Hinweise und Vorschläge unterbreitet.

Geht man von solchen Tatsachen aus, dann ist es einfach grotesk, der DDR heute die sozialistische Demokratie abzusprechen zu wollen. Aus dem GBA von 1961 ging das viel umfangreichere, ab 1. Januar 1978 gültige Arbeitsgesetzbuch der DDR (AGB) hervor, das die beiderseitigen Rechte und Pflichten von Werktätigen und Betrieben regelte. Vielen früheren DDR-Bürgern sind die darin enthaltenen Begriffe wie Betriebskollektivvertrag, Jahresendprämie, Konfliktkommission, FDGB-Urlaubsplätze, Betriebskulturhaus, Betriebspoliklinik, Betriebskindergarten, Betriebsferienlager, Mutter- und Kinder-

Diese soziale Gesetzgebung wurde den DDR-Bürgern durch den konterrevolutionären Anschluß an die kapitalistische BRD genommen. Inzwischen sind bei den meisten die letzten Illusionen über das Arbeitsrecht des „Sozialstaates“ gewichen. Dessen Bosse und Manager bezeichnen die Werktätigen als „Humankapital“ und reduzieren sie so ganz bewußt auf den ökonomischen Faktor der Profitmaximierung. Kann mehr Profit mit weniger „Humankapital“, sprich Arbeitern, erzielt werden, dann „setzen“ die Unternehmer Tausende „frei“ und vergrößern die industrielle Reservearmee. Die länger Arbeitslosen sind über die Hartz-IV-Gesetze nur noch an der Armutsgrenze „abgesichert“, jederzeit erpreßbar und stehen sogar für Ein-Euro-Sklavenjobs zur Verfügung.

Die BRD-„Eliten“ greifen in die ideologische Mottenkiste und verwenden menschenfeindliche Begriffe, weil sie zu keiner Rücksichtnahme auf die Vorbildregelungen aus GBA und AGB der DDR mehr gezwungen sind. Sie demontieren skrupellos die eigene Arbeitsgesetzgebung. Zugleich wagen sie es im Rahmen ihrer nicht nachlassenden Medienhetze gegen die „SED-Diktatur“ und den „Unrechtsstaat DDR“, auch im 16. Jahr nach der Rückwende immer neue Gruselstories zu präsentieren.

Aller Hetze zum Trotz bleibt das DDR-Arbeitsrecht auch in Zukunft der Maßstab, an dem die BRD gemessen wird. Ein neues AGB muß von den Werktätigen und den am Arbeiten Gehinderten erkämpft werden. Das dürfte noch ein langer Weg sein.

Dr. Marta Kokoschko

DDR-Arbeitsgesetzgebung ist der Maßstab

als ein halbes Jahrhundert später, noch nicht besitzt.

Die rasche Entwicklung in den 50er Jahren erforderte eine umfassendere juristische Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft. Ein solches sozialistisches Arbeitsrecht für die Werktätigen der DDR konnte nur ein Gemeinschaftswerk der Menschen selbst sein. Der Entwurf des FDGB zum GBA wurde 1960/61 in 325000 Versammlungen mit 7 Millionen Teilnehmern diskutiert. 23348 von ihnen gaben mündliche und schriftliche Verbesserungsvorschläge ab, von denen viele berücksichtigt wurden. So konnte der damalige FDGB-Vorsitzende Herbert Warnke am Ende der Debatte erklären: „Das GBA ist der zum Gesetz erhobene Wille der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.“

1977 folgte in der DDR eine weitere öffentliche Diskussion zur Verbesserung des bestehenden GBA. Dabei wurden erneut

schutz, Unterrichtstag in der Produktion usw. noch geläufig. Diese kleine Auswahl aus dem GBA und dem AGB zeigt, daß es im DDR-Arbeitsrecht bei weitem nicht nur um die ökonomische Leistung der gesellschaftlichen Hauptproduktivkraft Mensch ging, sondern auch um dessen Persönlichkeitsentfaltung weit über den Arbeitsprozeß hinaus.

Rücktritt vom Vorsitz

Doz. Dr. sc. Gerhard Feldbauer

ist auf der Vorstandssitzung des RF-Fördervereins am 12. März 2005 als dessen Vorsitzender zurückgetreten.

Mit der kommissarischen Leitung des Vereins bis zur Neuwahl wurde der stellvertretende Vorsitzende

Botschafter a. D. Rolf Berthold beauftragt.



Graphik: Arno Fleischer

Aus dem Alt-Griechischen entlehnt, heißt Demokratie Volksherrschaft (demos – das Volk, kratein – herrschen). Fast jeder kapitalistische Staat garniert gern mit dieser Vokabel seine Staatsform. Das trifft auch auf die Bundesrepublik Deutschland zu. Nach Artikel 20 des Grundgesetzes ist sie ein demokratischer und sozialer Bundesstaat, in dem alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Es bedarf nun der Beantwortung der Frage, inwieweit in einem kapitalistischen Land alle Staatsgewalt vom Volke auszugehen vermag und ob nicht die sozialstaatliche Begriffsbestimmung ein Etikettenschwindel ist. Brecht hat darauf verwiesen, daß Begriffe „Griffe darstellen, mit denen man die Dinge in Bewegung setzen kann“. Das dürfte einerseits, was „Demokratie“ und „Sozialstaatlichkeit“ angeht, nach der bürgerlichen Interpretation in einen zähen Begriffssumpf führen, andererseits bei einer dialektisch-materialistischen Wertung zur Aufhellung dieser gesellschaftlichen Fundamentalfragen beitragen. Wenn im klassischen Ursprungsland der vielbeschworenen Demokratie, im Griechenland des Altertums, ein Teil der Bevölkerung (nämlich die Klasse der Sklaven) von der Volksherrschaft ausgeschlossen war und nur eine begüterte Schicht das Wahlrecht besaß, so wird schon hier ein Grundproblem der Demokratie deutlich, auf das Friedrich Engels aufmerksam machte: Jede Demokratie ist als Klassenherrschaft zu begreifen. Das trifft sowohl für die bürgerliche als auch für die sozialistische Demokratie zu. Beide stellen notwendige Formen und Instrumente dar, um Klasseninteressen durchzusetzen. W. I. Lenin kam zu dem Schluß, daß der Inhalt der Demokratie in allen Gesellschaftsformationen durch den Klassencharakter des Staates zu bestimmen sei. Das schließe die „Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere“ ein.

Es entbehrt folglich der gesellschaftlichen Realität, eine über den Klassen stehende Demokratie als Gütesiegel für die humanistisch-moralische Bewertung eines Staates anzusehen. Ein solches Vorgehen führt zwangsläufig am Kern der Frage des Klassencharakters der Demokratie vorbei. Friedrich Engels erwähnte, daß die sogenannte reine Demokratie die letzte Bastion der Gesamtreaktion beim revolutionären Sturm der Massen auf die Bastionen kapitalistischer Klassenherrschaft ist. Damit steht außer Frage, daß die bürgerliche Demokratie ihren ökonomischen Stützpfeiler im kapitalistischen Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln hat, das die Basis für die politische Machtausübung der Bourgeoisie bildet. Dort, wo kein gesamtgesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln existiert, kann es Demokratie als Volksherrschaft nicht geben. Auch die These des „Sozialstaates“ innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation ist absurd und angesichts der durch das Kapitalverhältnis bedingten Widersprüche unsinnig. Die Agenda 2010 mit ihren sozialen Verwerfungen und die damit verbundene Umverteilung des gesellschaftli-

chen Reichtums zugunsten des Kapitals belegen dies ein weiteres Mal. Natürlich darf nicht übersehen werden, daß die bürgerliche Demokratie ein historischer Fortschritt gegenüber den feudalistischen Herrschaftsformen war. Gefördert durch die Aufklärung und den Liberalismus entsprach sie dem Stand der Produktivkräfte und den diese vorantreibenden Produktionsverhältnissen. Demgemäß diente sie der gesellschaftlichen Entwicklung ihrer Zeit. So hatten die Bürger demokratische Rechte und Freiheiten wie das Wahl- und Vereinigungsrecht, die Presse- und Versammlungsfreiheit erkämpft. Eine solche „Volksherrschaft“ mußte allerdings – bedingt durch die

das überhaupt möglich?) stehenbleiben. Eine solche reformistische „Politik der kleinen Schritte“, würde dem revolutionären Endziel der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zuwiderlaufen; denn die bürgerliche Demokratie kann nur als Vorbereitungsphase eines revolutionären Prozesses begriffen werden. Das zu betonen ist auch deshalb von Belang, weil durch die Propagierung der angeblich hehren Ziele der bürgerlichen Demokratie Illusionen über Freiheit, Gerechtigkeit und andere humanistische Werte erzeugt werden, die dem Emanzipationsprozeß der Menschen abträglich sind. Auch die Pluralität politischer Äußerungsformen, die sich in den unterschiedlichen Parteien

Demokratie als Klassenfrage

Fesseln der privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse – eine Scheindemokratie bleiben. Daraus folgt, daß die Erringung der Demokratie als wahre Volksherrschaft und somit die Beseitigung des fiktiven Charakters der bürgerlichen Demokratie durch den Kampf der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen das Kapital und seine politische Repräsentanz – den bürgerlichen Staat – ein notwendiges gesellschaftliches Erfordernis ist. Es stellt einen bedeutsamen Schritt für die gesellschaftliche Umwälzung in Richtung Sozialismus dar. Ein zentrales Anliegen muß vor allem die Demokratisierung der Wirtschaft sein, ohne die eine Demokratisierung des politischen Systems und der gesamten Gesellschaft sowie die Gewährung politischer und sozialer Grundrechte nicht möglich ist. Bei der im Klassenkampf anzustrebenden Demokratisierung der Wirtschaft sind sicher Stufenlösungen notwendig, die aber letztlich zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse im Sinne der Schaffung gesamtgesellschaftlichen Eigentums führen müssen. Aus diesem Grunde ist auch die Detailanalyse demokratischer Garantien (politische, ökonomische, soziale, juristische) in einem kapitaldominierten Staat für die gesellschaftspolitische Bewertung und die Strategienbildung im Hinblick auf den Klassenkampf unerlässlich.

Eine sozialistische Partei kann keinesfalls bei der politischen Forderung nach Vervollkommnung der bürgerlichen Demokratie zur Kultivierung der kapitalistischen Gesellschaft (Ist

und Organisationen manifestiert, wird als Vorzug der bürgerlichen Demokratie gepriesen. Man muß jedoch betonen, daß dieser Pluralismus die bestehenden Eigentumsverhältnisse nicht berührt. Anders ist es freilich im Falle der Existenz einer revolutionären Massenpartei wie der KPD der 20er Jahre.

Werner Hoppe hat in seinem Beitrag „Marxisten und Wahlen“ (Juli-RF 2004) zutreffend hervorgehoben, daß „die bürgerliche Demokratie für den Kapitalismus die günstigste Herrschaftsform ist. Sie verhüllt am geschicktesten das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln begründete Ausbeutungsverhältnis.“ Zugleich ist festzustellen, daß diese Staatsform auch die vorteilhaftesten politischen Ausgangsbedingungen für den proletarischen Klassenkampf schafft. Es gibt also eine Dialektik von Verteidigung und Überwindung der bürgerlichen Demokratie.

Prof. Dr. Werner Roß



Ich bin für Demokratie ... aber nicht am Arbeitsplatz.
Aus „People's Voice“, Kanada

Immer stärker zeichnet sich ab, daß die Strukturen des Kapitalismus anstehende Herausforderungen nicht mehr bewältigen können. Alles ist Ware: die Arbeitskraft, die Kultur und die Politik. Selbst die Gesundheit bleibt nicht verschont. Der ökologische Kollaps wird in Kauf genommen. Dabei spielt auch das Pestizid DDT eine Rolle.

Das als Dichlordiphenyltrichloräthan bezeichnete außerordentlich aktive Kontaktinsektizid wurde 1942 von der Schweizer Firma J. R. Geigy eingeführt. Seitdem diente DDT mit Erfolg in der Landwirtschaft als Insektizid und im Forst- und Holzschutz zur Bekämpfung von Buchen- und Kiefernspinnern, des Borkenkäfers und bei der Behandlung gewisser Krankheiten, die durch Insekten übertragen

Einer Mitteilung von D. Crosby ist zu entnehmen, daß sich DDT unter dem Einfluß langwelliger Ultraviolettstrahlung des Sonnenlichtes auch in polychlorierte Biphenyle (PCB) umwandelt. PCB fand man in aller Welt in Fischen, Vögeln, Eiern, Margarine, Milch und anderen Produkten der tierischen und menschlichen Nahrungskette. Es wirkt schon in geringster Konzentration nach Veränderung der Magenschleimhaut krebsauslösend. PCB verursacht beim Menschen die Chlorakne (Perna-Krankheit).

Diese vorgenannten Erkenntnisse führten im Zusammenhang mit der Versprühung riesiger Mengen DDT in der Landwirtschaft und dem drohenden Aussterben mancher Tierarten 1972 zum Verbot des Einsatzes von DDT und anderer

de toxischer Stoffe in Lebensmitteln, unsachgemäße Entsorgung.

In den 90er Jahren sind nach Schätzungen der WHO weltweit pro Jahr etwa eine Million Menschen durch Pestizide geschädigt worden. Rund 20 000 davon starben, überwiegend in Entwicklungsländern.

Erst kürzlich wurde über hohe Schadstoffrückstände bei den in Indien vertriebenen Soft-Drinks von Coca-Cola und Pepsico berichtet. Hauptgrund für die Belastung ist die Verwendung des eigentlich verbotenen Schädlingsbekämpfungsmittels DDT in der indischen Landwirtschaft. Der Giftstoff gelangt in das Grundwasser und über das Trinkwasser in die Nahrungsmittelkette.

Weit unübersichtlicher ist jedoch der Einsatz des DDT in Afrika. Im Jahr 2000 erlebte Südafrika eine der schlimmsten Malaria-Epidemien seiner Geschichte. Angesichts dieser Entwicklung wurde beschlossen, die Innenwände der Häuser in den bedrohten Provinzen wieder regelmäßig mit DDT zu besprühen, so wie es bis 1995 zur Abwehr der Anopheles-Mücke, die den Malaria-Erreger überträgt, üblich war. Diese Entscheidung rief international heftige Proteste hervor, denn die UN-Staatengemeinschaft erarbeitete gerade eine neue Konzeption, mit der 12 als besonders umweltschädlich geltende Chemikalien, darunter auch DDT, weltweit geächtet werden sollten. Doch Südafrika beharrte auf dem eingeschlagenen Weg. So wurde in die Stockholm-Konzeption eine Ausnahmeregel aufgenommen. Sie erlaubt auch in Zukunft den Einsatz von DDT im Kampf gegen die Malaria.

Schon sind in den Industrieländern Stimmen zu hören, es fehlten ja schlüssige Beweise dafür, daß DDT für den Menschen schädlich sei. Sie heißen den Einsatz von DDT gegen die Anopheles-Mücke gut.

W. Ruckelshaus, der einst als Chef der US-Umweltschutzbehörde das Verbot von DDT durchsetzte, sagte der „New York Times“: „Wenn ich ein Entscheidungsträger in Sri Lanka wäre, wo der Nutzen von DDT die Risiken übersteigt, würde ich anders urteilen.“

Auch in Kreisen deutscher Molekularbiologen wird die Meinung vertreten, für DDT gebe es bislang keinen ähnlich wirksamen und vor allem billigen Ersatz. Mit Blick auf die extreme Armut in den Ländern müsse berücksichtigt werden, daß sich der Kampf an der Kostenfrage entscheide.

Die WHO steckt nunmehr in einer Zwickmühle. Soll sie den reichen Ländern folgen und DDT endgültig ächten? Oder sollte sie den Bedarf Afrikas an DDT als humanitäre Hilfe anerkennen und fördern? Doch führende Mitarbeiter sprechen längst eine klare Sprache. So R. Gusman, Epidemiologe der WHO: „Im tropischen Afrika geht es nicht ohne DDT.“

Warten wir also auf die irreversible Schädigung der Menschheit, der Tierwelt und unserer Natur, aber gleichzeitig auf weiter steigende Gewinne und Dividenden der Hersteller von Pestiziden.

Kontaktgifte gegen die Dritte Welt

werden (Typhus und Malaria). Seine tödliche Wirkung auf Insekten übertrifft die vieler bekannter Insektizide. Mehrere Millionen Tonnen DDT gelangten bisher weltweit zum Einsatz.

DDT dringt durch die Haut, löst sich in den Lipoiden der Nerven und entwickelt gegenüber Insekten große, gegenüber Warmblütern eine geringere Toxizität. Bei diesen wird es im Körperfett deponiert. So konnten im Fett über 10 mg/kg Körpergewicht nachgewiesen werden.

chlororganischer Insektizide in den USA, Deutschland und anderen Industriestaaten. Trotz allem wurde der Export in Entwicklungsländer unverändert weiter erlaubt.

Das Verbot des DDT-Einsatzes in hochentwickelten kapitalistischen Ländern hat an der Struktur des Weltmarktes wenig geändert. Nach wie vor befindet sich dieser in den Händen von sechs großen Pestizid-Herstellern, darunter von Bayer, BASF und Hoechst. In den letzten 20 Jahren hat sich der Absatz mehr als vervierfacht. Mit Bayer und BASF beherbergt Deutschland zwei der weltweit größten Chemieunternehmen. Sie haben maßgeblichen Anteil am Export gefährlicher Chemikalien in Länder der Dritten Welt. Bayer hat zum Beispiel in Indien einen Marktanteil von 22 Prozent und füllt dort die Pestizid-Regale mit über fünfzig verschiedenen Produkten. Viele dieser Substanzen sind in Deutschland längst verboten.

Diese skandalöse Geschäftspolitik chemischer Großunternehmen, in ihren Heimatländern nicht zugelassene Pestizide weiter in Entwicklungsländer zu exportieren, war einer der Hauptgründe für die Schaffung des Pestizid-Aktions-Netzwerkes (PAN) im Herbst 1984. Noch heute beschäftigen die deutsche Sektion des PAN Vergiftungsfälle, Rückstän-



Igitt! Hier gibt es nichts außer Vögeln, Viechern und Bäumen! Das reinste Ödland! Aus „The Guardian“, Sydney

Dr. Rudolf Druх

Im Gesundheits- und Sozialwesen der BRD wird der „Tanz ums goldene Kalb“ mit betriebswirtschaftlichen und steuerepolitischen Termini vernebelt. Zwei Vorgänge veranlaßten mich im Besonderen, Recherchen zu diesem Thema aufzunehmen:

Erstens. Im November 2004 wurde der neue Chefarzt der Inneren Abteilung des Krankenhauses Königs Wusterhausen noch in der Probezeit von seinem Münchener Chef gekündigt. Dabei stellten wir im Umfeld tätigen niedergelassenen Ärzte fest, daß unser bereits seit Jahrzehnten bestehendes Kreiskrankenhaus jetzt dem Sana-Konzern gehört.

Zweitens. Die Berliner PDS-Senatorin Heidi Knake-Werner beauftragte bereits zum zweiten Mal die Berater-Firma Mc Kinsey,

der Betreiber. Sie haben meist den Eigentumsstatus einer GmbH.

Seit Januar 2004 gibt es gemäß Sozial-Gesetzbuch V die Möglichkeit, „Medizinische Versorgungszentren“ zu bilden. Da hierfür Ärzten, aber auch den Kommunen im allgemeinen das Gründungskapital fehlt, dürften diese Gesundheitseinrichtungen fast ausschließlich durch starke private Kapitaleigner errichtet werden, was wohl auch der Gesetzgeber so wollte. Einerseits sind sie Finanzinstitute, andererseits nicht profitorientiert, allerhöchstens kapitalaufstockend nach innen.

Einen ähnlichen Zwitterstatus wie die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen haben die Kliniken, Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen sowie Notfalldienste der konfessionellen Träger (insbesondere

radikaler Eigentumswechsel statt. Momentan gibt es 2200 Kliniken mit 1,1 Millionen Beschäftigten und 512000 Betten. Der „Umsatz“ beträgt 64 Milliarden Euro. Die Kommunen renovieren und rekonstruieren mit Steuergeldern diese Einrichtungen auf den neuesten Stand und „verscherbeln“ sie meistens unter Preis an die bereits vorhandenen medizinischen Konzerne (SRH-AG, Sana-, Humaine-, Asklepios-, Helios-, Rhön-Kliniken AG als Marktführer, Medioclin AG u. a.). Ihnen gehören bereits jetzt zahlreiche Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen, z. B. bundesweit 10 %, in Sachsen sogar 22,1 % aller Betten.

So verfügen z. B. die Rhön-Kliniken AG über 34 Kliniken in 8 Bundesländern (2 % aller Betten bundesweit); die Helios-Kliniken GmbH über 25 Kliniken (19000 Mitarbeiter, 9600 Betten, 330000 Patienten, 1,1 Milliarde Euro „Umsatz“); die Medioclin AG über 30 Kliniken in 11 Bundesländern; die Sana Kliniken GmbH über 35 Kliniken (4400 Betten, 6400 Mitarbeiter, 166000 Patienten, 478 Millionen Euro „Umsatz“); die Asklepios GmbH über 90 Krankenhäuser, darunter alle ehemals städtischen Krankenhäuser Hamburgs (33000 Mitarbeiter, 1,6 Milliarden Euro „Umsatz“).

Immer mehr Banken reagieren auf die Privatisierung des deutschen Klinikmarktes. Viele Eigentumstransfers werden von Spezialabteilungen der Geldinstitute begleitet. Deren Experten beschäftigen sich ausschließlich mit Übernahmen, Börsengängen und Kapitalerhöhungen im Gesundheitswesen, sie konzentrieren sich auf die „Begleitung“ von Kommunen, die eine Klinik veräußern wollen. Sie „helfen“ bei der Wertanalyse, bei der Suche nach potentiellen Käufern, bei der Klärung rechtlicher Fragen und sitzen mit am Verhandlungstisch, wenn über den Preis gesprochen wird.

In den „Marxistischen Blättern“ wurde im Juli 2004 das Milliardengeschäft mit den Pflegebedürftigen deutlich gemacht. Von derzeit 14 Millionen deutschen Rentnern erhalten zwei Millionen (Pflegestufe I ca. 50 %, Pflegestufe II ca. 35 %, Pflegestufe III ca. 15 %) Leistungen aus der Pflegeversicherung (davon ca. 50 % Geldleistungen, ca. 50 % Sachleistungen). Pflege ist ein lukrativer Markt mit zweistelligen Wachstumsraten pro Jahr. 34 Mrd. Euro werden z. Z. in Deutschland für Pflege ausgegeben. Die Konzerne bringen sich immer deutlicher in Stellung. Der Marktführer Pro Seniore verfügt über 17 000 Betten.

Eine vergleichbare Eigentumsanalyse wissenschaftlicher, kultureller, pädagogischer und sportlicher Einrichtungen würde ein ähnliches Bild zunehmender Privatisierung offenlegen.

Die Selbstenteignung des Staates, d. h. die massive Umwandlung des allgemeinen Eigentums in privates Eigentum, gefährdet die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Prüfung dieser Vorgänge durch den Verfassungsschutz und die Einschaltung des Bundesverfassungsgerichts wären mehr als angezeigt.

Prof. Dr. sc. med. Herbert Kreibich

Die Eigentumsverhältnisse im BRD-Gesundheitswesen

für ein Viel-Millionen-Euro-Honorar ein Gutachten zum Vivantes-Klinikverbund (9 Kliniken, über 5000 Betten) anzufertigen. Weiß sie nicht schon jetzt, welche Ergebnisse sie von diesem neoliberalen „Flaggschiff“ präsentiert bekommt?

Die Frage, wem die verschiedenen Elemente des Gesundheitswesens in Deutschland gehören, kann man nicht treffsicher beantworten, da die Analysen dürftig und vage sind und zur Zeit ein umfassender Eigentümerwechsel stattfindet.

Fünf Eigentumssektoren sind zu betrachten: der private; der der Allgemeinheit gehörende staatliche; der genossenschaftliche; das Eigentum der Gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Renten-Versicherungen sowie das Eigentum der Religionsgemeinschaften und freigemeinnützigen Träger. Die hier verwendeten Angaben stammen aus dem offiziellen Deutschen Ärzteblatt, der privat verlegten „Ärzte-Zeitung“ und aus Annoncen.

Seit jeher klar sind die bundesdeutschen Besitzverhältnisse der Pharma- und Medizintechnik-Konzerne, ebenso des Großhandels, der Privaten Krankenversicherungen, der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen mit ihren Kliniken und Reha-Einrichtungen, der Apotheken, der Dentallabore, der Physiotherapie-Praxen, vieler Sozial- und ambulanter Krankenpflege-Stationen und der Praxen von niedergelassenen Ärzten, Zahnärzten und Psychologen. Sie sind Privatbesitz einzelner oder von Gruppen.

Genossenschaftliches Eigentum spielt im deutschen Gesundheitswesen keine Rolle. Die im Osten noch vorhandenen und aus kommunalen und Betriebs-Polikliniken der DDR hervorgegangenen „Ärztelhäuser“, „Gesundheitszentren“, „Medizinischen Zentren“ sind keine Genossenschaften

Caritas, Diakonie, Jüdische Gemeinde, Freikirchen) und der Verbände und Vereinigungen (DRK, Johanniter, Malteser, Arbeiter-Samariter, Volksolidarität u. a.). Sie arbeiten Einnahmen-Ausgaben-neutral.

Gegenwärtig gibt es noch einen großen Anteil staatlichen Eigentums im stationären Bereich und bei den Senioren- und Pflegeheimen.

Auf den drei staatlichen Ebenen ergibt sich folgendes Bild:

Bundeseigentum sind die medizinischen Einrichtungen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes, der Bundespolizei sowie wenige Institute (z. B. Robert-Koch-Institut). Ländereigentum sind die Universitätskliniken, einige Landeskliniken für Psychiatrie und Neurologie sowie medizinische Einrichtungen der Polizei und in Haftanstalten. Die Landesregierung Hessens begann 2004 mit der Privatisierung von Universitätskliniken. Marburg und Gießen waren als erste von dieser folgenschweren Infragestellung der Unabhängigkeit in der akademischen Lehre betroffen.

Großstädte und Landkreise sind noch Eigentümer oder Mehrheitseigner der kommunalen Krankenhäuser und von Pflegeheimen. Hier findet zur Zeit ein

Wir trauern um unser Vereinsmitglied, den Minister der DDR für örtliche Industrie und Lebensmittelindustrie,

Dr. Udo-Dieter Wange

Der treue Kommunist ist am 24. Februar 2005 im Alter von 76 Jahren verstorben.

Mit den Sinnen erkennen wir die Außenwelt und benötigen dazu kein wissenschaftliches Wissen. Jeder von uns hat bestimmte Vorstellungen von nahen Verwandten, seinem bekannten menschlichen Umfeld und von sich selbst. In dieses Wissen sind Wahrnehmungen und Erinnerungen, Erlebnisse, Illusionen, Irrtümer, Meinungen, Wahrheiten eingeschlossen. So bindet der Alltag nicht nur unsere mehr oder weniger subjektiven (persönlichen) Vorstellungen über andere Menschen ein, sondern vermittelt uns auch das Wissen über bekannte Dinge. Der Mensch strebt danach, die Welt zu erkennen, in der er lebt, und die Wahrheit zu finden, von der er im Leben Rückhalt be-

gang vom Bewußtsein die eigenen Empfindungen eingeschleust; sie übertreiben das Ergebnis des Erkannten subjektiv, und die Sachlichkeit der Wahrheit wird preisgegeben. Der Idealismus hat die Rolle übernommen, das wissenschaftliche Denken und Forschen der Religion unterzuordnen.

Der erste Leitgedanke im materialistischen Herangehen – eine vom Menschen unabhängige, absolute Wirklichkeit zu setzen, die grenzenlos, ewig ist, von der die Menschen abhängig sind – tauchte im den kosmologischen Überlegungen Heraklits (um 550–480 v. d. Z.) auf. Er sagte: „Diese Weltordnung, dieselbige für alle Wesen, schuf weder einer der Götter noch

kopernikanisch-heliozentrischen Gedanken (Sonne im Mittelpunkt), öffneten den Blick für die physikalische Unendlichkeit der materiellen Welt. Sie setzten einen neuen Maßstab, der zwar zu den antiken Vorstellungen zurückfand, aber auf einer neuen wissenschaftlichen und philosophischen Grundlage beruhte. Dank den Wissenschaften rückte das materialistische Denken näher an die objektive Wirklichkeit (Materie) heran.

So ging Spinoza (1632–1677) von der Substanz-Natur aus, die wirklich existiert, materiell, unendlich im Raum und in der Zeit ist und sich selbst verursacht. Doch dieser (Substanz) fehlte noch die Bewegung. Der Gedanke Spinozas wurde weiterentwickelt. John Tolard (1670–1722) und die französischen Materialisten des 18. Jahrhunderts wie LaMetrie (1709–1751), Diderot (1713–1764), Molbach (1723–1789) führten den Begriff der Substanz auf den der Materie zurück, die sich selbst bewegt. Aber noch beruhte der Materialismus auf der mechanistischen Bewegungsauffassung, und die Frage nach dem ersten Anstoß blieb offen. Für Engels (1820–1895) drückt der Materiebegriff Spinozas die umfassende Wechselwirkung der Erscheinungen aus. Das bestätigen neben der materialistischen Philosophie die Naturwissenschaften und die Praxis.

In der Zeit, in welcher die mechanistische Auslegung (der Bewegungsformen), herrschte, verbanden Karl Marx (1818 bis 1883) und Friedrich Engels die materialistische Naturauffassung mit der materialistischen Geschichtsbetrachtung des gesellschaftlichen Lebens. Dadurch wurde die objektive Wirklichkeit, die Natur, auf die Gesellschaft ausgeweitet.

Der Mensch spiegelt nicht nur passiv die Außenwelt wider, er wirkt auch aktiv auf sie ein und schafft damit eine gesellschaftliche „zweite Natur“. Das menschliche Handeln geht nicht von geistigen Bewegungsgründen aus, wie der Idealismus und die Religion, sondern es wird von den ursprünglichen, materiellen Verhältnissen der Menschen bestimmt. Entwickelt wird die Gesellschaft von den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen. Zwischen den beiden Seiten der Erzeugung bilden sich unter den Bedingungen des Privateigentums klassenmäßige Konflikte. In der gegensätzlichen Klassengesellschaft sind die besitzenden, herrschenden Ausbeuterklassen bestrebt, diesen Zustand zu bewahren. Das gilt besonders für die letzte ausbeutende Gesellschaft, den Kapitalismus. Die materialistische Denkweise wird auch nach dem Zerfall des europäischen Sozialismus den Standpunkt der arbeitenden Klasse vertreten. Denn die materiellen Produktionsverhältnisse sind grundlegend für das menschliche Leben. Für die wissenschaftliche Philosophie bedeutet Materie, das heißt Natur und Gesellschaft mit ihren Bewegungsformen, die objektive Wahrheit.

Friedrich Konrad

Unser Autor ist ein 83jähriger Lehrer i. R. aus Altdorf in Bayern.

Was uns die objektive Wahrheit bedeutet

kommt. Und das ist keine alltägliche Frage mehr, sie berührt die Wissenschaft.

Um über unsere Wirklichkeit aussagen zu können, müssen wir ihre zwei Bestandteile, Körper (Materie) und Geist (Bewußtsein) betrachten und von ihnen ausgehen. Hierbei ergeben sich zwei Denkmöglichkeiten, die sich aus dem Gegensatz Materie – Geist ableiten lassen. Es bestimmten und bestimmen auf der einen Seite Religion und philosophischer Idealismus (Idee) – auf der anderen Seite die materialistische Philosophie das menschliche Denken. Das wird bleiben, solange Menschen existieren.

Für die monotheistischen Religionen (Judentum, Christentum, Islam) bedeutet Gott die höchste Wahrheit; er schuf und lenkt die Welt und erklärt die Geschehnisse der Menschen. Dadurch nehmen die natürlichen und gesellschaftlichen Erscheinungen übernatürliche Formen an. Religiöse Vorstellungen kommen organisiert in Kirchen, Gemeinden, Sekten vor. Eine bestimmte Ordnung vorgeschriebener Bräuche (Riten) und Kulthandlungen dient dazu, den Gläubigen mit seinem Gott zu verbinden. Viele Anhänger der Ein-Gott-Religionen betrachten diese als wahr. Aber kann die Wahrheit von Gott ausgehen, wenn er selbst im menschlichen Denken erzeugt wurde?

Verwandt mit der Religion ist der philosophische Idealismus. Er behauptet, daß das Bewußtsein (innerer Geist) die Außenwelt hervorgebracht habe. Das idealistische Denken beansprucht Wissenschaft zu sein, doch es trifft nicht zu. Denn, so werden in den Erkenntnisvor-

der Menschen, sondern sie war immerdar und ist und wird sein ewig lebendiges Feuer, erglühend nach Maßen und erlöschend nach Maßen.“

Das war eindeutig gegen die griechische Götterlehre gerichtet, da die naturhaften Gewalten darin personifiziert wurden. Damit brach die Philosophie. Die ersten Materialisten wollten die Welt aus sich selbst heraus erklären. Sie setzten den unbegreiflichen übernatürlichen Kräften die täglich beobachteten natürlichen Vorgänge und Erscheinungen entgegen. Die materialistische Vorstellung vom Urgrund, vom Urstoff, woraus alles entsteht, strebte danach, die einheitliche Welt zu verstehen und religiöse Vorstellungen von übernatürlichen Wesen zu verhindern. Auch wenn die Begriffe „Urgrund“ und „Urstoff“ unwissenschaftlich sind, drücken sie eine neue Denkweise aus.

In der antiken Naturforschung wirkte sich die Spekulation Demokrits (460–370 v. d. Z.) befruchtend aus, als er die erste Atomtheorie aufstellte, die auf kleinsten unteilbaren Bausteinen beruhte. Zu seiner Zeit konnte die unendliche Vielfalt der Naturerscheinungen noch nicht erklärt, ja nicht einmal festgestellt werden. Die Atomistik war eine wissenschaftliche Theorie (K. Marx); der Atombegriff wurde, nachdem 1896 der radioaktive Zerfall und das Elektron 1897 entdeckt wurden, verneint.

Im europäischen Mittelalter herrschte die Vorstellung vom allmächtigen Schöpfer der endlichen, in Raum und Zeit begrenzten Welt. Die christliche Theologie bestimmte das Denken in der Scholastik. Die

Die Kirchen sind stolz auf ihre Mitwirkung am Sturz der DDR und der sozialistischen Gesellschaften in den osteuropäischen Staaten und ernten dafür nach wie vor viel Lob. Sie interpretieren den Systemwechsel als den von einem Unrechts- zu einem Rechtsstaat, von einer Diktatur zur Demokratie. Das entspricht weder im Hinblick auf das eine noch auf das andere System der Wahrheit, die auf jeden Fall viel komplexer ist. Diese These widerspricht auch beginnenden Erkenntnissen in den Kirchen selbst während ihrer Existenz in der DDR. Immerhin konnte die Synode des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR noch 1989 erklären, daß „der Sozialismus doch die friedvollere und sozial gerechtere Perspektive unserer Gesellschaft“ sei. Falsch war ihre Grundhaltung vor allem deshalb, weil sie den gesellschaftlichen Antagonismus nicht als den von Kapitalismus und Sozialismus bei tiefgründiger Analyse beider Systeme verstand.

Freilich gab es auch in der DDR Christen und christliche Gruppierungen, die Bündnispartner der Marxisten waren und dies zu begründen wußten, die aber auch nicht bei einem abstrakten Dialog stehenblieben, sondern ihre Erkenntnisse in politisches Handeln umsetzten. In den Kirchen wurden sie höchstens am Rande geduldet, waren durchweg aus kirchlicher Arbeit ausgegrenzt und faktisch geächtet. Darüber könnte ich selbst aus lebenslanger Erfahrung ein ganzes Buch schreiben, aber aus Taktgefühl werde ich dieses Wissen mit ins Grab nehmen.

In Wahrheit hatten jene Christen die weitaus besseren Argumente, nur diskutierte man nicht mit ihnen, sondern schwieg sie tot. Dem Eintreten für eine friedliche Koexistenz der beiden damaligen Welt-systeme und für soziale Gerechtigkeit lagen sowohl rationale Einsichten und geschichtliche Erfahrungen als auch ein Ernstnehmen des christlichen Gebots der Nächstenliebe zugrunde. Wer sich für einen Staat ohne Arbeits- und Obdachlose engagierte, brauchte sich gewiß nicht zu schämen. Im übrigen war die DDR auch ein Staat ohne organisiertes Verbrechen, Drogenhändler und ausbeuterische Millionäre. Dafür konnte sie im Kontrast zur Welt des Spätbürgertums gar nicht genug

gelobt werden, wenn man Gottes Gebote ernst nimmt.

Ich kritisiere die Kirchen nicht deshalb, weil sie manche Probleme anders interpretierten und andere Standpunkte vertraten als die Marxisten. Selbstverständlich sind stets unterschiedliche Ansichten nicht nur möglich, sondern im Wortsinn notwendig. Aber wie gesagt: Es ging ja nicht um Meinungsstreit, sondern um die Behauptung eines unüberbrückbaren Gegensatzes, um Gegenüberstellung von angeblichem Glaubensgehorsam und angeblichem Verrat. Ein Rückblick in die Geschichte zeigt, daß dies nicht primär – wie sicher jetzt behauptet wird – an den Marxisten lag, weil sie keine Freiheit für

Streben nach immer mehr Einfluß und Reichtum ließ sie verweltlichen, sich der sie umgebenden Feudalgesellschaft anpassen und der Sache, unter deren Zeichen sie einst angetreten war, untreu werden. Kreuzzüge nach außen und innen, Folter, Scheiterhaufen und Hexenverbrennungen waren die schlimmsten Folgen ihres Verrats an der Sache Jesu. Ihre wütende Verfolgung richtete sich gegen alternative Bewegungen wie Waldenser und Hussiten, die dieser Sache viel näher standen.

Als versuchte Reformen im wesentlichen scheiterten, wurde eine Reformation unumgänglich. Doch auch diese mündete nicht in geistliche Freiheit, sondern in eine neue unselige Bindung im Zeichen von „Thron und Altar“, woraus seit dem

Zur Haltung der Kirchen in der DDR

den Austausch politischer Überzeugungen boten.

Die vorherrschende Haltung der Kirchen in der DDR hatte eine lange Vorgeschichte, die bis zum Anfang des 4. Jahrhunderts zurückreicht, als der römische Kaiser Konstantin die Kirche zu einer bereits privilegierten Institution machte und damit einen Prozeß auslöste, der am Ende jenes Jahrhunderts zum Staatskirchentum führte. Seit dieser Zeit bezogen die Kirchen für ca. anderthalb Jahrtausende die Position der Herrschenden und nicht die der Beherrschten. Freilich: Nachdem sie erstarkt waren, kämpften sie im Mittelalter dann sogar mit dem Kaisertum darum, sich auch dieses untertan zu machen. Im Mittelalter erreichte die katholische Kirche den Höhepunkt ihrer Macht, doch ihr

19. Jahrhundert „Kapital und Altar“ wurden. Staatskirchen verwandelten sich in Volkskirchen. Damit vertrieben die Kirchen Unzählige aus ihren Reihen, zuerst in der Intelligenz und dann auch unter den Proletariern. Das Ausmaß ihrer Verirrung zeigen das Koppelschloß „Gott mit uns“, der geistliche Tiefstand der Kriegspredigt im Ersten Weltkrieg, die Verunglimpfung von Friedenskämpfern, die unaufhörlichen Attacken gegen die Weimarer Republik von rechts, womit in der Zeit der Weltwirtschaftskrise eine profaschistische Massensuggestion mit ausgelöst wurde, die auch große Teile der Christen auf Nazi-Parolen hereinfallen ließ. Andere reiften zu antifaschistischen Kämpfern.

Jene Christen, die in der DDR am Aufbau und an der Gestaltung des Sozialismus mitwirkten, wollten aufgrund all dieser schmerzlichen Erfahrungen, daß die Kirchen nicht aufs neue schuldig würden. Sie traten für eine friedvolle Welt ein, die allen eine nicht mehr gefährdete Existenz und volle Menschenwürde ermöglichte. Sie erkannten, daß es seit 1945 nicht nur um Wiederaufbau, sondern um die Gestaltung einer qualitativ neuen Welt ging. Sie wissen auch heute, daß diese Aufgabe weiterhin besteht, auch deshalb, weil Gottes Verheißung für seine geliebten Geschöpfe im Vollsinne gültig bleibt, aber durch politisch organisierte Menschen durchgesetzt und gestaltet werden muß.

Prof. Dr. theol. habil. Gert Wendelborn

Die Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen

lädt Mitglieder, Leser und Interessenten für den **9. April, 10.00 Uhr**, nach Chemnitz, Rosenplatz 4, ein. Zeitzeuge **Erhard Haugk** und **Prof. Dr. Werner Roß** sprechen zum Thema

Die Lehren aus der Vereinigung von SPD und KPD auf marxistischer Grundlage

Am **27. April** findet um **16.30 Uhr** im Jugendklub „Pablo Neruda“, Ehm-Welk-Straße 23, eine Veranstaltung der

Regionalgruppe Rostock mit **Dr. Klaus Steiniger** statt.

Der RF-Chefredakteur stellt sein Buch vor:

Bei Winston und Cunhal



Das Standesamt der Saalestadt Halle hatte im Jahre 1897 schon 999 neue Erdenbürger registriert. Am 26. März kommt Fritz Weineck als 1000. zur Welt. Seine Familie wohnt in einer kleinen, engen und feuchten Behausung des Arbeiterviertels Glaucha. Die Menschen, die hier zu leben gezwungen sind, nennen die Häuser „Särge“ und „Wanzenburgen“.

Die Schule, die Fritz bis 1911 besucht, kann dem Jungen nur wenig für die Zukunft geben. So reicht sein Wissen nicht aus, um Maschinenschlosser zu werden. Der Vater ist kurz zuvor gestorben. Die Mutter hat große Mühe, für ihren Sohn eine Lehrstelle zu finden. Schließlich kommt er bei einem Bürstenmacher unter. Der Arbeitstag dauert vierzehn Stunden. Lohn gibt es für Lehrlinge nicht. Fritz besucht Zusammenkünfte der Arbeiterjugend. Sie finden im „Volkspark“ statt, einer traditionellen Versammlungsstätte, die sich das Hallenser Proletariat selbst erbaut hat. Oft aber bleibt er zu Hause, verzieht sich in die Bodenkammer und lernt Waldhorn blasen, das ihm ein Onkel geschenkt hat. Stundenlang und verbissen übt der Junge, bis er sich die Melodien angeeignet hat. Im September 1914 legt Fritz Weineck die Gesellenprüfung ab. Doch in der Werkstatt kann er nicht bleiben. Der große

Ein lustiges Rotgardistenblut: Fritz Weineck

Krieg des Kaisers und der Imperialisten hat begonnen. Auch der Bürstenmachersgeselle muß jetzt Bomben und Granaten drehen. Fünf Mark erhält er pro Tag, einschließlich Überstunden und Sonntagsarbeit. Probleme hat der Siebzehnjährige mit der Politik. Vieles versteht er nicht mehr. Vor dem Krieg waren die meisten Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre gegen den Militarismus. Aber jetzt? Im „Volksblatt“, der SPD-Zeitung, schreiben dieselben Leute nun von Vaterlandsverteidigung und Patriotismus. Aber nicht alle laufen zum Klassenfeind über, etliche bleiben ihrer Gesinnung treu. Auch das bekommt er mit.

Ein knappes Jahr später wird Fritz Weineck eingezogen. Im Infanterieregiment 27 lernt er Drill und Demütigung durch adlige und bürgerliche Offiziere kennen, aber auch den Musketier Gonschorek, einen Bergarbeiter aus dem Mansfeldischen, der der SPD-Führung die Gefolgschaft verweigert. Dieser nimmt sich des Jungen an. Dann geht es an die Front nach Wolhynien in verschlammte und nasse Schützengraben. Russen liegen ihm gegenüber, und plötzlich sickert es durch: In Petersburg haben sie den Zaren gestürzt. Deutsche und russische Soldaten steigen aus den Gräben, laufen aufeinander zu, verbrüdernd sich. Schnell wird das Regiment an die Westfront verlegt, mit Ersatzleuten aus der Heimat aufgefüllt. Sie bringen schlechte Nachricht aus der Stadt der Halloren: Hunger, Not, Krankheit, Tod. Aber auch gute: Immer mehr Arbeiter versagen den Durchhalte-sozialisten die Gefolgschaft. Die gesamte Bezirksorganisation Halle-Merseburg der SPD sei aus der Partei ausgeschlossen worden, weil sich achtzig Prozent der Mitglieder der Ostern 1917 gegründeten und weiter links stehenden USPD angeschlossen haben.

Trotz schwerer Verwundung kehrt Fritz Weineck erst Weihnachten 1918 nach Hause zurück. Er hat Glück, bekommt Arbeit in einer Autoreparaturwerkstatt. Zwar geht der revolutionäre Sturm des Volkes über Deutschland hinweg, aber schon formiert sich die Konterrevolution. An vielen Orten setzen sich Arbeiter zur Wehr. In Halle und Umgebung werden die kargen Errungenschaften der Revolution von ihnen verteidigt. Hier treten sie in den Generalstreik. Noske schickt seine Mördergarden. Diese besetzen die Stadt und das umliegende Gebiet, meucheln Arbeiter, darunter Karl Meseberg, einen der Führer des Aufstandes in der kaiserlichen Flotte. Fritz Weineck gibt dem roten Matrosen mit dreißigtausend Hallensern das letzte Geleit. Wenig später tritt er der KPD bei.

In den folgenden Jahren wird die Region um Halle, Leuna und Mansfeld zum „Roten Herzen“ Deutschlands. Die KPD-Bezirksorganisation ist bald die stärkste

innerhalb der Partei. Ihr gehören über 30 000 Genossen an, etwa jeder siebente Arbeiter des Gebiets ist Mitglied. Die Parteizeitung „Klassenkampf“ erreicht eine Auflage von 50 000 Exemplaren. Bei den Wahlen zum Preußischen Landtag erhält die KPD mit 29,8 Prozent die meisten Stimmen. Verständlich, daß die Bourgeoisie und deren Handlanger in der SPD auf diesen Regierungsbezirk mit besonderer Wut blicken. 1920, 1921 und 1924 versuchen sie, die revolutionäre Bewegung in Mitteldeutschland mit militärischer Gewalt niederzuschlagen. Sie ermorden und verletzen Hunderte Arbeiter.

Der weiße Terror veranlaßt die Partei, 1924 mit dem „Roten Frontkämpferbund“ eine Wehr- und Schutzorganisation zu schaffen. Am 26. Juli gründen 400 Arbeiter die Ortsgruppe Halle des RFB. Fritz Weineck schließt sich ihrem Spielmannszug an.

Für den 29. März 1925 sind Reichspräsidentenwahlen angesetzt. Der KPD-Kandidat Ernst Thälmann kommt am 13. März zu einer Großkundgebung in die Saalestadt. Ihn begleiten Jacques Duclos von der Führung der FKP und ein englischer Genosse. Der „Volkspark“ ist mit über 8000 Teilnehmern brechend voll. Die beiden Gäste erhalten als erste das Wort. Als ihre Reden übersetzt werden, springt Polizeioberleutnant Pietzker mit gezogener Pistole auf einen Tisch und erklärt die Versammlung für aufgelöst. Minutenlang herrscht Unruhe, Proteste werden laut. Der Versammlungsleiter gibt Fritz Weineck ein Zeichen. Der Hornist des RFB setzt das Instrument an die Lippen und bläst das Signal. Plötzlich rücken Schupos in den Saal ein, die Waffen im Anschlag. Der fünfzehnjährige Hans Dittmar wird tödlich getroffen. Dann knattern die Salven der Polizisten. Rücksichtslos schießen sie in die unbewaffnete, fliehende Menge. Drei Arbeiter sind sofort tot, einer davon ist der kleine Trompeter, drei andere sterben auf dem Weg ins Krankenhaus, vier erliegen in den folgenden Tagen ihren Verletzungen. Die meisten von ihnen haben Einschußlöcher im Rücken.

Den Särgen der neun Ermordeten folgen über 35 000 Menschen, darunter 200 Delegationen aus ganz Deutschland.

Günter Freyer

Für den **9. April** lädt ein:
Regionalgruppe Strausberg
in die Gerhart-Hauptmann-Straße 6
zu einer Veranstaltung anlässlich des

60. Jahrestages
der **Befreiung**

Nach Einführungsvorträgen
ist eine freimütige, sachliche und
konstruktive Diskussion erwünscht.

Bitte geänderte Anfangszeit
beachten: **9.30 Uhr!**

Herzlich gratulieren
Vereinsvorstand und
Redaktion unserem
engagierten
und erfolgreichen
Strausberger
Regionalgruppenleiter

Bernhard Wartke

der am **20. April**
seinen **70. Geburtstag** begeht.



Verteidigungsfall?

Peloton, stillgestanden! Hoch legt an! Feuer! Feuer! Feuer! Vierzehn Deutsche sind in Afghanistan gefallen. Vermutlich sind inzwischen mehr ums Leben gekommen. Vielleicht fünfzehn oder sechzehn oder zwanzig oder hundert? Also hundertmal dieselbe Prozedur. Feuer! Hundertmal dieselbe Beileidsbekundung und die Auszahlung des Kopfgeldes. Ich nehme an, Sie bieten den Hinterbliebenen Kopfgeld an, Herr Beileidsbeauftragter, Kopfgeld in bescheidenen Grenzen natürlich; man muß bescheiden sein, wenn vor dem Altar des Vaterlandes Millionen Arbeits- und Obdachlose knien. Die Kugel kostet ein paar Cent, und die Worte kosten gar nichts. Aber es macht sich natürlich gut, wenn das „Heilig Vaterland“ oder ein passendes Credo intoniert wird und die Salve den Schlußpunkt unter ein Leben setzt, das gerade erst angefangen hat. Feuer! Hundert Tote werden es irgendwann sein und tausend Schwerverletzte. Jetzt sind es vierzehn Tote und zweiunddreißig Schwerverletzte. Vierzehn und zweiunddreißig von insgesamt zweitausendzweihundert Bundeswehrsoldaten in Afghanistan.

Siebenundvierzig Abgänge, Herr Struck! Melde gehorsamt: Den Frieden gesichert, den Terror bekämpft, für Recht und Ordnung auf dem Felde der Ehre gesorgt! Und so weiter ... Sagen Sie das den Angehörigen, Herr Struck? Früher hieß das feierlich: Für Führer, Volk und Vaterland. Und es waren ein paar mehr, die den Kopf hingehalten haben. Für wen halten sie ihn heute hin? Für Herrn Schröder? Frau Merkel? Den Kriegsminister? Verzeihung, Verteidigungsminister, Friedensminister! Frieden ist das Synonym für Krieg, wohl

besser für Mord geworden. Hunde, wollt ihr ewig leben? Natürlich nicht, aber fünfzig Jahre hätten uns noch gefehlt. Immerhin sind wir für Deutschland gefallen, für die Demokratie oder das, was wir darunter verstanden haben. Das heißt, es gab einmal zwei Deutschlands, zwei Länder, die den Frieden beschworen. Eins davon schwört immer noch und folgt dabei den räuberischen Interessen der USA, die in Korea, Vietnam, Grenada, Panama, Irak, Afghanistan und anderen Staaten den Weltfrieden und die Ölquellen gesichert, den War-Lords die Beute zugeteilt, die Schalthebel der Macht mit treuen Verbündeten besetzt und dafür gesorgt haben, daß die neue Herrschaft mit den Waffen bestückt wurde, die das manchmal wankelmütige Volk zur Raison bringen konnten. Das nennt man dann freiheitliche Grundordnung. Mit großzügigem Ermessensspielraum für alle nur denkbaren Wohlstandsszenarien. Die Klassenherrschaft mutiert zur Kassenherrschaft, und wer den Laden bezahlt, der macht auch die Musik.

Mit anderen Worten: Im seit mehr als zwanzig Jahren umkämpften und zerstörten Afghanistan könnte man die Infrastruktur ersetzen, für Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser und Straßen, Telefonleitungen und Kabelnetze Geld ausgeben oder für den nächsten Krieg sparen und die Dinge lassen, wie sie sind. Und das bedeutet zerstörte Dörfer und Städte, abgeholzte Nußbäume und Olivenhaine und eine am Boden liegende Landwirtschaft, die sich nicht anders zu helfen weiß als durch den Anbau von Mohn zu den geringen Einnahmen zu kommen, die das Überleben einer vielköpfigen Familie garantieren. Und es gibt noch einen zweiten Aspekt für das Nichtstun. Die amerikanischen Geheimdienste haben an Mohnanbau und Heroinhandel mitverdient, haben Wege gefunden und Transporte ermöglicht und damit eigene Finanzquellen gehabt, eigene Unternehmungen bezahlen können. Das Verbot von Produktion, Verteilung und Konsum galt immer nur für die anderen. Auch die Strafverfolgungsbehörden haben zugehört und beide Hände aufgehoben. God bless America, predigt Bush. Auch für ihn und das gesegnete Amerika sind die Bundeswehrsoldaten gefallen. Hoch legt an! Feuer!

Ich weiß nicht, was ich den Eltern oder Geschwistern sagen würde, wenn ich die Trauerbotschaften überbringen müßte. Vielleicht was der Kanzler sagte, als er mit achtzehn Kilogramm schwerer Schutzweste zwei Tage nach den Präsidentschaftswahlen Herrn Karsai gratulierte: „Afghanistan hat friedlich gewählt – es ist ein glücklicher Tag für dieses Land.“ Ein glücklicher Tag sicherlich für Karsai, der in amerikanischen Diensten steht, von einer amerikanischen Schutztruppe bewacht wird und mitverdient am Opiumhandel. Kein glücklicher Tag für die

Bombenwerfer, die zum Kanzlerbesuch drei Raketen auf die Innenstadt Kabuls abschoßen, sie in der Nähe des ISAF-Stützpunktes einschlagen ließen. Schröder hatte dem deutschen Kontingent kurz zuvor eine Visite abgestattet und war mit siebzehn schwer bewaffneten Leibwächtern, über sich die kreisenden Kampfhubschrauber der Amerikaner, ebenfalls mit Kampfhubschrauber zu einem Kurzbesuch in die nur wenige Kilometer entfernte Regierungszone aufgebrochen. Er hatte Glück und kam mit seinen Leibwächtern wieder heraus. Ein Toter und mehrere Schwerverletzte hatten weniger Glück und mußten die Inspektion Schröders mit dem Leben und schlimmsten Verwundungen bezahlen. Ist der Kanzler nun ein Held oder eher ein skrupelloser Spieler, der den Besuch nutzte, um sein außenpolitisches Image aufzupolieren? Wie sehr er um sein Leben fürchtete, geht auch daraus hervor, daß er mit höchster Sicherheitsstufe reiste und von deutschen Funkexperten das afghanische Handy-Netz stören ließ, damit die Delegation nicht geortet werden konnte.

Natürlich drängt sich die Frage auf, ob Deutschland am Hindukusch verteidigt werden muß. Ist Deutschland also ein Verteidigungsfall, in seiner Existenz gefährdet? Natürlich nicht, weder am Hindukusch noch sonst irgendwo. Das auf Weltherrschaft, polizeistaatliche Willkür und Diktatur des Geldes fixierte Amerika, dessen Bürger sich in der Mehrzahl damit abgefunden haben, daß ihre Präsidenten oder Vizepräsidenten hochrangige Posten bei Halliburton oder anderen der Wiederwahl förderlichen Weltkonzernen einnahmen und einnehmen und sich später in gewählten Positionen erkenntlich zeigen, bestätigte sich gerade mal wieder beim Sturm auf das Weiße Haus, bei dem die Dreckschleudern die wichtigste Rolle spielten. Den Deutschen bleibt wohl nichts anderes übrig, als fromme Lieder zu singen und hinterherzuziehen, um die Brosamen aufzusammeln, die von der Herren Tisch fallen. Was sollte man also den Gefallenen hinterherschicken, um die Angehörigen zu trösten: Vielleicht sollte man ihnen sagen, daß sie für eine Lüge gefallen sind.

Peloton, stillgestanden! Hoch leeeegt an! Feuer! Feuer! Feuer! **Gerhard Schmidt**

Die Stars

Mein Gott, sie sind Stars,
Titane und Götter,
erreichbar in Bars
für trunkene Spötter.

Sie zeigen mal Brust,
mal Muskeln und Waden
und tilgen den Frust
beim Bier und beim Baden.

Sie gehen auf Pirsch,
sie lauern auf Beute,
mal sind sie Platzhirsch,
mal einfache Leute,

mal süß wie ein Reh,
mal giftig wie Schlangen,
mal sind sie die Fee,
mal voller Verlangen.

Mal sind sie korrupt,
mal Playboy, mal Sünder,
und was sich entpuppt
spielt noch den Verkünder.

Sie sitzen herum,
mal eifrig, mal träge
und warten im Jumm
auf Werbeverträge.

Sie spielen das Spiel
ihres Lebens alleine.
Ihr einziges Ziel
sind Scheine, sind Scheine.

Gerhard Schmidt



ine herzliche Umarmung
unserem bewährten Autor,
dem Schriftsteller

Gerhard Schmidt

zum **80. Geburtstag**
am **7. April** ★★ ★

Letzter Gruß an Gladys Marin



Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin wurden von zwei mutigen und selbstbewußten jungen Frauen überstrahlt: der Philosophin Angela Davis aus den USA und Gladys Marin. Die Generalsekretärin des Kommunistischen Jugendverbandes Chiles vertrat das Land von Salvador Allende. Die ganze fortschrittliche Menschheit war von diesem Fanal begeistert. Und so rückte eine kleine, lebensfrohe, energische junge Frau in das Rampenlicht des Interesses der Weltjugend.

Auch ich war von ihr und von Chile, das den sozialistischen Weg zu beschreiten schien, fasziniert. Damals ahnte ich noch nicht, daß ich ihr einige Monate später unter dramatischen Umständen in Santiago persönlich begegnen sollte.

Überrascht vom CIA-gelenkten Militärputsch, der Präsident Allende gestürzt und in den Tod getrieben hatte, war auch Gladys Marin zum Untertauchen gezwungen. Nach einer abenteuerlichen Flucht bat sie die holländische Botschaft um Schutz und Asyl. Man gewährte es ihr und anderen bekannten Kommunisten wie Orlando Millas, Julietta Camposano und Mireilla Baltra.

Ich begleitete den noch anwesenden Konsul der DDR Horst Richel, als er den ersten Kontakt zu der kleinen Gruppe aufnahm und Grüße von der Außenwelt überbrachte. Wir überraschten Gladys und die anderen Frauen auch mit einem Blumengruß zum Internationalen Frauentag 1974. Erst nach acht Monaten, im August 1974, genehmigte ihr die Militärjunta die Ausreise aus Chile ins Exil.

Wir sollten uns an einige Stationen im Leben dieser mutigen Kommunistin erinnern.

Gladys Marin wurde am 16. Juli 1941 in einem Dörfchen bei Curico geboren. Ihr Vater war Landarbeiter, die Mutter Lehrerin. Gladys besuchte das Lyzeum und begann ein pädagogisches Studium.

Bald schon wählte man sie zur Vorsitzenden des Verbandes der Lehrerstudenten

1957 begann sie zu arbeiten. Ihre erste Anstellung fand sie in einer Schule für geistig behinderte Kinder. 1958 wurde sie Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes JJCC. 1963 leitete sie die Initiative der chilenischen Jugend zur Unterstützung der ersten Präsidentschaftskandidatur Salvador Allendes.

Im gleichen Jahr heiratete sie den Ingenieur Jorge Munoz Poutays. Mit ihm hat sie zwei Söhne, Alvaro und Rodrigo.

1963 wählte man sie zur Generalsekretärin des Kommunistischen Jugendverbandes. 1965 wurde sie als Abgeordnete für mehrere Arbeiterbezirke der Hauptstadt in das Parlament gewählt.

1969 schlossen sich die linken Parteien zur Unidad Popular zusammen und stellten Salvador Allende als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 1970 auf. Die Begeisterung unter der chilenischen Jugend über seinen Sieg war grenzenlos. Die Jugendverbände entwickelten sich zu den wichtigsten Protagonisten dieser Zeit. Freiwillige Arbeitsbrigaden wurden überall gebildet. Sie hoben Bewässerungsgräben aus, legten Spielplätze an, bauten Freibad, verteilten Grundnahrungsmittel an die Bedürftigsten.

Zu den X. Weltfestspielen im Sommer 1973 führte Gladys Marin die Delegation ihres Verbandes nach Berlin.

Mit Pinochets Staatsstreich vom 11. September desselben Jahres war der Traum eines Sozialismus mit „empanadas“ und „vino tinto“ in Chile vorbei.

Unzählige Kommunisten, Sozialisten und Ultralinke fielen dem weißen Terror zum Opfer, darunter auch das Idol der chilenischen Jugend, der revolutionäre Sänger Victor Jara. Andere sind bis heute verschollen. Gladys Marin und viele ihrer Genossen aus dem engsten Führungskreis der Partei standen auf der Fahndungsliste der Militärjunta ganz oben. Disziplin und nüchterner Weitblick veranlaßten sie und andere bekannte Kommunisten, sich der Weisung der KP zu beugen und ins Ausland zu gehen, um den Kampf von dort aus fortzusetzen.

1976, als sie gerade in Costa Rica war, erfuhr Gladys von der Verhaftung ihres

Mannes Jorge Munoz, der der illegalen Leitung der Partei angehörte. Von ihm fehlt seitdem jede Spur. 1978 organisierte Gladys Marin ihre geheime Rückkehr nach Chile, um dort die Führung der Inlandsleitung im Untergrund zu übernehmen.

Das Schwerste in dieser Zeit war für sie, wenn sie aus sicherem Abstand ihre Söhne betrachtete, die von ihrer Anwesenheit nichts wissen durften. Im Angesicht des Feindes trug ihre Arbeit dazu bei, Pinochet schließlich aus dem Regierungspalast zu vertreiben.

1984 wählte die KP Gladys Marin zur stellvertretenden Generalsekretärin an der Seite von Luis Corvalan. Auf dem XX. Kongreß wurde sie dann an die Spitze der Partei berufen.

Wegen ihrer großen Popularität wurde Gladys bei den ersten halbwegs freien Wahlen 1998 von einem Bündnis linker Kräfte als Kandidatin für das Amt des Präsidenten der Republik aufgestellt, obwohl sie unter den bestehenden Verhältnissen keine Siegeschancen besaß. Das Hauptziel ihrer Bewerbung bestand darin, eine Alternative zum Regierungslager Chiles anzubieten und dafür eine entsprechende politische Bewegung zu schaffen. Dann kam der furchtbare Schlag. Die schwere Krankheit suchte sie heim. Im September 2003 diagnostizierten die Ärzte bei ihr einen bösartigen Gehirntumor. Am 1. Oktober unterzog sie sich in der Stockholmer Karolinska-Klinik einer Operation. Doch es wurde zur Gewißheit, daß die Geschwulst unerbittlich weiterwachsen würde.

Nach einem weiteren Eingriff in Havanna kehrte sie im November 2004 definitiv in ihr Heimatland zurück. Abertausende Menschen nahmen Anteil an ihrem Schicksal. Hohe Anerkennung zollten Gladys nicht nur ihre Bewunderer, sondern auch manche Gegner. Als die langjährige Senatorin in der Nacht des 6. März 63jährig starb, verkündete Chiles Regierung eine zweitägige Staatstrauer für die Vorsitzende der KP. Ein Staatsbegräbnis wurde angeordnet.

Mit Gladys Marin hat ihre Partei eine populäre und begnadete Führerin verloren. Die Genossen nannten sie im Gedenken an eine andere Heldin des Proletariats „unsere kleine Rosa“. Die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt sind um eine große Kämpferin für die Sache der Befreiung der Menschheit ärmer geworden. Gladys Marin steht in einer Reihe mit anderen durch ihre Partei geprägten Vorbildern: Emilio Recabarren, Pablo Neruda, Victor Jara, um nur einige zu nennen.

Rudolf Herz

Der Autor war nach dem faschistischen Putsch Pinochets im Auftrag der DDR in Santiago de Chile tätig.

Am 13. April 2005 findet in der Stadt- und Kreisbibliothek Bautzen, Schloßstraße, um 17.00 Uhr, eine Veranstaltung zum Thema

Erinnerungskultur

60 Jahre Befreiung vom Hitlerfaschismus

statt.

Es spricht

Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden.

Eingeladen sind VVN-BdA-Mitglieder, „RotFuchs“-Leser und Sympathisanten.

Die KP Chinas hat die Ursachen der Ereignisse in der UdSSR und den anderen ehemals sozialistischen Ländern Europas sowie deren Charakter analysiert und Schlußfolgerungen für ihre Politik gezogen. Im letzten Jahr wurde im Zusammenhang mit dem 100. Geburtstag Deng Xiaopings eine umfangreiche Diskussion über die aktuelle Bedeutung des Marxismus-Leninismus geführt. Die KP bekennt sich uneingeschränkt zu ihm und betrachtet seine Anwendung auf die konkreten Bedingungen Chinas sowie seine Weiterentwicklung unter den heutigen Bedingungen als prinzipielle Aufgabe, als Voraussetzung für den Erfolg des sozialistischen Weges.

Sie vertritt die Auffassung, daß der Systemwechsel in Osteuropa und die Auflösung der UdSSR ein ernster Rückschlag für den Weltsozialismus waren und die sozialistische Sache Chinas mit großen Schwierigkeiten konfrontiert haben. Deng Xiaoping erklärte aber, angesichts dieser Situation dürfe man nicht in Panik geraten. Der Marxismus sei eine Wissenschaft, er sei nicht verschwunden oder besiegt. Die Politik der KP Chinas sei auf die Vervollkommnung der wirtschaftlichen und politischen Strukturen des Sozialismus ausgerichtet und nicht auf seine Beseitigung. Darin bestehe der prinzipielle Unterschied zwischen den Reformen in China und den Veränderungen in Rußland und den anderen früher sozialistischen Ländern Europas.

Deng Xiaoping betonte Anfang der 90er Jahre: „Nur wenn der Sozialismus in China nicht fällt, wird er in der Welt künftig bestehen. ... Wenn Mitte des nächsten (21.) Jahrhunderts China wirklich entwickelt ist, dann hat es nicht nur der Dritten Welt mit drei Vierteln der Erdbevölkerung einen Weg geöffnet; was noch wichtiger ist, es hat der Menschheit gezeigt, daß der Sozialismus der einzig gangbare Weg ist, daß er dem Kapitalismus überlegen ist.“ Bereits mit Beginn der strategischen Wende 1978 wurde festgestellt: Beim sozialistischen Aufbau müsse von der konkreten Lage Chinas ausgegangen werden; ausländische Erfahrungen seien zu studieren und zu beachten, sollten aber nicht kopiert werden. Die allgemeine Wahrheit des Marxismus müsse mit der konkreten Situation Chinas verbunden werden; es gelte, einen Sozialismus chinesischer Prägung zu errichten.

Damit formulierte die Führung der KP Chinas ihren Anspruch, einen Weg entsprechend den eigenen Bedingungen zu gehen und nicht das „Modell“ der UdSSR und der europäischen sozialistischen Länder zu übernehmen. Es gab bereits am Ende der Kulturrevolution in der Führung der KP Chinas Befürchtungen, daß die Entwicklung in der UdSSR in eine Sackgasse führen werde. Mao Zedong erklärte kurz vor seinem Tode 1976, wenn die Kulturrevolution abgeschlossen sei, müsse man sich davor hüten, die fehlerhafte Entwicklung der UdSSR zu wiederholen. (In einigen Parteien wurde damals die Auffassung vertreten, wenn die KP Chinas den Weg der Kulturrevolution verlas-

sen und eine erfolgreiche sozialistische Entwicklung anstreben wolle, brauche sie nur einen Kurs einzuschlagen, wie er in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern verfolgt werde.) Darüber wurde aber in der KP Chinas damals nicht öffentlich diskutiert. Man verwies lediglich auf die konkrete Lage im Lande.

Nach der Restauration in der UdSSR und anderen Ländern wurde von der Führung der KP Chinas nochmals die bereits nach 1978 ausgearbeitete Position bekräftigt, daß es kein einheitliches „Modell“ des Sozialismus für alle Länder gebe. Jedes Land müsse seinen Weg zum Sozialismus ausgehend von seinen eigenen Bedingungen finden.

auch im Kapitalismus. Planwirtschaft und Marktwirtschaft seien Methoden der Wirtschaft, keine Synonyme für Gesellschaftsordnungen. Marktwirtschaft sei nicht gleich Privatwirtschaft. Sozialistische Marktwirtschaft kennzeichne die Anfangsphase des Sozialismus. Sie wurde nie als sozialistische Struktur generell bezeichnet.

Auf der 3. Tagung des XVI. ZK im November 2003 wurde ein Beschluß über die Vervollkommnung des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft gefaßt. Es wurde festgestellt, daß deren Strukturen in den Grundzügen bereits entstanden seien, daß die fundamentale Wirtschafts-

Chinas Weg zum Sozialismus (2)

Ein chinesischer Wissenschaftler äußerte zu der Frage, daß Marx wohl einen anderen Sozialismus als einen mit ausländischem Kapital und privaten Betrieben im Sinn hatte: Marx konnte nur voraussehen, daß der Sozialismus auf der Basis eines hochentwickelten Kapitalismus entsteht. Die KP Chinas hatte aber die Chance zur Eroberung der politischen Macht unter Bedingungen eines niedrigen Standes der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Partei hat diese Möglichkeit genutzt und muß jetzt gesellschaftliche Prozesse nachvollziehen, die eigentlich bereits am Beginn einer sozialistischen Umwandlung gegeben sein sollten.

Schrittweise wurde von der KP Chinas in den Jahren nach 1978 das wirtschaftliche System der Anfangsphase des Sozialismus erarbeitet. Im Mittelpunkt steht dabei die Aufgabe, eine sozialistische Marktwirtschaft zu entwickeln. Es wurde die Position überwunden, Planwirtschaft und Warenwirtschaft seien sich ausschließende Gegensätze. Im November 1993 faßte das ZK einen Beschluß über die Schaffung der Strukturen der sozialistischen Marktwirtschaft. Wichtiger theoretischer Ausgangspunkt war die Einschätzung, daß Planwirtschaft und Marktwirtschaft nicht mit Sozialismus bzw. Kapitalismus gleichzusetzen seien. Marktwirtschaft habe es gegeben, bevor sich der Kapitalismus durchgesetzt hatte; sie werde mit Ablösung des Kapitalismus nicht abgeschafft. Planung bestünde

ordnung der Anfangsphase des Sozialismus existiere.

Die Eigentumsfrage wird von der KP Chinas stets als eine zentrale Frage der Entwicklung des Landes betrachtet. Das gesellschaftliche Eigentum ist Hauptbestandteil des Gesamteigentums und Grundlage der politischen Macht. Das individuelle und private Eigentum an Produktionsmitteln wird als wichtiger Bestandteil der Wirtschaft in der Anfangsphase des Sozialismus gesehen. Ihm werden gute Entwicklungsmöglichkeiten gegeben, und seine Existenz ist in der 2004 überarbeiteten Verfassung gesichert. Während diese Eigentumsform 1979 einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von weniger als 1 % hatte, sind es jetzt 20 %; zusammen mit den Betrieben mit ausländischen Investitionen erbringt dieser Sektor ein Drittel des BIP, während das gesellschaftliche Eigentum zwei Drittel erzeugt.

Daß die entscheidenden Bereiche der Wirtschaft in staatlicher Hand bleiben müssen und daß das gesellschaftliche Eigentum die führende, dominierende Stellung behalten muß, sind wichtige Schlußfolgerungen der KP Chinas aus der eigenen Entwicklung, aus den Ereignissen in der UdSSR und anderen ehemals sozialistischen Staaten. Die entscheidenden Betriebe bleiben vollständig in staatlicher Hand, ebenso Grund und Boden, das Finanzsystem und die strategischen Bereiche.

Rolf Berthold

International steht heute wieder die „russische Frage“. In der Russischen Föderation (entwickelt sich ein politisches Regime mit autoritären Zügen, das eine starke Zentralmacht anstrebt. Es stützt sich auf eine eng mit der Beamtenbürokratie verquickte Oligarchie, ein Zusammenwachsen von Business und Macht. Wir haben es mit einer Symbiose aus korrumpierter Bürokratie, spekulativem Kapital und organisierter Kriminalität zu tun. Noch befindet sich Rußland in einer Übergangsphase auf dem kapitalistischen Weg. Die Veränderungen im politischen Überbau vollzogen sich schneller als an der Basis, in den Produktionsverhältnissen. Die Klassenstruktur der sowjetischen Gesellschaft wurde zwar zerstört, die neue soziale Struktur einer bürgerlichen Gesellschaft bildet sich aber erst heraus. Vertreter der Administration des Präsidenten nehmen maßgebliche Positionen im Rohstoffsektor ein (in den Vorständen von „Rosneft“, „Transneftproduct“, der Energiesysteme RAO EES, „Gasprom“ usw.) Regierungsbeamte selbst bilden somit eine Art Monopol. Die fehlende Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Gerichtsbarkeit kann man vor diesem Hintergrund auch als von Putin beabsichtigte Stärkung des Staates in der chaotischen russischen Situation ansehen. Die Regierung gerät immer mehr unter Druck. Keine vom Präsidenten gestellte ökonomische Aufgabe wird erfüllt. Die Relation von Reichen und Armen wuchs von 1:13,8 im Jahre 1998 auf 1:15 im vergangenen Jahr, obwohl die soziale Stabilität nur ein Verhältnis von höchstens 1:8 erträgt. Zwei Drittel der Einkünfte des Staates kommen aus dem Rohstoffsektor, aber 70 % der Steuern aus Löhnen der Bürger. 80 % der Bevölkerung sind ärmer geworden, wobei die Armen in den letzten 10 Jahren um das Zweifache verarmten. Nur 20 % sind in dieser Zeit reicher geworden, davon 2 % um das Zehnfache. Während die UNO Mitte der 80er Jahre festlegte, daß ein Stundenlohn unter 3 US-Dollar unzulässig sei, beträgt er in Rußland heute 1,7 Dollar, in den Vereinigten Staaten liegt er bei 16,4 Dollar und in Mexiko bei 4,5 Dollar. Dabei stellt ein statistischer Durchschnittsarbeiter in Rußland für 1 Dollar Arbeitslohn dreimal so viel Produkte her wie ein Arbeiter in den USA oder in Westeuropa. Der Hinweis auf die um das Sechsfache niedrigere Arbeitsproduktivität in Rußland ist nicht überzeugend, da der Arbeitslohn im Vergleich selbst dazu um das Zwölfwache (!) niedriger bleibt. Es müßte also um die Kennziffer Anteil des Arbeitslohnes am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gehen, d. h., alles, was produziert wurde, ist mit dem zu vergleichen, was die Menschen dafür erhalten haben (in Rußland bekommt der Arbeiter für die Erzeugung einer Ware im Wert von einem Rubel 33 Kopeken, in Japan 75 Kopeken, in der EU 70 Kopeken, in den USA 72 Kopeken). Nichts wäre dringlicher als eine Reform in der Entlohnung, im Steuersystem (von der „flachen“ Steuer für alle von 13 % zur progressiven Besteuerung, Veränderung im Eigen-

tumssteuersystem von z. Z. 0,006 % auf 1,5–2 % für „neue Russen“), Abkehr vom Rohstoff-Verkauf und der Veräußerung des intellektuellen Potentials als Hauptquelle, Übergang zu Investitionen in Hochtechnologie, in eigene Produktion, Ersetzung kurzfristiger Prognosen durch eine Strategie für die nächsten 15 bis 20 Jahre, innere Nutzung des Stabilisationsfonds aus Erlösen für hohe Erdölpreise. (Angaben: „Argumenty i Fakty“, Nr. 45 und Nr. 47) Innenpolitisch könnte man aufgrund der schwachentwickelten bürgerlichen Klassenstruktur, der labilen Wirtschaft und einer starken Bürokratschicht im

zur Folge. Der ehemalige Gorbatschow-Berater Tschernjajew schätzte in seinem Buch: „Gab es für Rußland eine Chance? Dies ist die letzte!“ die sowjetische Politik gegenüber den sozialistischen Ländern folgendermaßen ein: „Wir haben sehr schnell erkannt, daß es bei uns eigentlich eine wirklich zielgerichtete, kontinuierliche Politik gegenüber den ‚Bruderländern‘, die uns so schnell davonschwammen, nicht gab. Wir sind sehr unvernünftig, sehr undurchdacht zur voreiligen Entscheidung über die Einführung der harten Valuta in den ökonomischen Beziehungen gelangt. Und haben dabei selbst viel verloren – politisch wie ökonomisch.“

Was stellt Rußland heute dar?

heutigen Rußland unter Berücksichtigung seiner Demokratiedefizite von einem bonapartistischen Regime sprechen. Außenpolitisch bleibt das Land, wenn auch stark geschwächt und in unfreundlicher Umkreisung, ein selbständiger Machtfaktor, der nicht in einen erweiterten Westen integriert werden kann und will. Es betreibt gegenwärtig eine Art pragmatischer, eigene Interessen verfolgender „Realpolitik“ unter Beibehaltung der wesentlichen Rolle des militärischen Faktors. Es sucht eine Konfrontation mit den USA zu umgehen und am „großen Schachspiel“ (à la Brzezinski) unter Nutzung unterschiedlicher geostrategischer Interessen bis hin zu verschiedenen flexiblen Koalitionen teilzunehmen. Die angekündigten gemeinsamen Manöver mit der chinesischen Armee deuten das an. Objektiv stellt sich aufgrund der Widersprüchlichkeit und Unübersichtlichkeit der russischen Politik für viele Staaten und deren Führer die Frage nach der Berechenbarkeit Moskaus. (Feind oder Partner?) Insgesamt werden das Wirken Rußlands in der internationalen Politik, seine Kompromisse und sein Pragmatismus sowohl von seiner derzeitigen Schwäche als auch vom Streben nach Wiedererlangung früherer Positionen bestimmt. Den USA, der NATO und der EU geht es hingegen darum, ein starkes Rußland nicht mehr zuzulassen und den eigenen Einfluß im gesamten postsowjetischen Raum auszubauen. Das Vorgehen der USA und der EU gegenüber Belarus und der Ukraine offenbart die sich dabei zuspitzenden Interessengegensätze. Die NATO- und EU-Osterweiterung hat für Rußland ernste Konsequenzen, Verlust an Einfluß und ökonomische Einbußen

Wir haben im wesentlichen aufgehört uns dafür zu interessieren, was bei ihnen vor sich geht. Als eingedenk alter Zeiten einige Politiker aus Osteuropa mit der Vorstellung nach Moskau kamen, irgendwelche Ratschläge oder Hilfe zu erhalten, sogar unsererseits Einmischung erwarteten, haben wir ihre Appelle völlig ignoriert: Dies ist eure Sache, und werdet selbst damit fertig. Das heißt, wir haben sie, offen gesagt, im Stich gelassen. In dieser Situation haben besonders scharf und schmerzhaft die DDR-Bürger gelitten. Sie können bis jetzt Gorbatschow nicht verzeihen und nennen ihn sogar Verräter. Dies zeugt von eigener Verwirrung und Hilflosigkeit und, wenn man so will, von einer unterwürfigen Psychologie des Schmarotzens auf unsere Kosten, auf Kosten unserer Schirmherrschaft, unabhängig davon, was sie selbst wert sind und wie sie sich verhalten.“ Das Zitat offenbart die moralisch-politische Verfaßtheit bestimmter Politiker der Gorbatschow-Ära. **Bruno Mahlow**



Und wo waren Sie, als die Privatisierung lief?
Aus „Iswestija“, Moskau

Als die Nazis 1940 auf der Akropolis ihre Fahne hißten, wurden Tausende inhaftierter griechischer Kommunisten der Gestapo übergeben. Doch schnell reorganisierte sich die kampferfahrene KKE und rief zum Widerstand gegen die Okkupanten auf. Nach Zurückweisung ihres antifaschistischen Einheitsappells durch das bürgerliche Lager formierte sich im September 1941 aus linken Parteien die Griechische Nationale Befreiungsfront (EAM) unter Führung der KKE. Die 1941 geschaffene Griechische Volksbefreiungsarmee (ELAS) wurde innerhalb eines Jahres zur stärksten Kraft des nationalen Widerstandes.

Da Griechenland zur britischen Interessensphäre gehörte, wollte sich London die erfolgreichen linken Partisanen unterordnen. Im Sommer 1943 signierte seine Militärmission ein Abkommen mit der ELAS. Die Briten waren die in dieser Region gegen die Faschisten antretende Großmacht und die ELAS-Kämpfer an einer Versorgung durch sie interessiert. Ende 1943 befanden sich zwei Drittel Griechenlands unter Kontrolle der ELAS, die über 100 000 Partisanen verfügte. Die Rechtsparteien, die jegliche Zusammenarbeit mit den Linken ablehnten, waren politisch an den Rand gedrängt. Das beunruhigte die Briten, die auf die königliche Exilregierung in Ägypten setzten. Der erste Vermittlungsversuch zwischen allen Widerstandorganisationen und der Emigration scheiterte im September 1943, da die Kairoer es ablehnten, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden und durch ein Referendum über die Zukunft der Monarchie entscheiden zu lassen. Daraufhin formierten die Linken im März 1944 in den befreiten Gebieten eine provisorische Regierung und schufen eigene Machtorgane. Im April meuterten Einheiten der Exilregierung und forderten die Beteiligung der Linken am Kabinett. In dieser Situation gab die Emigration auf englische „Empfehlung“ nach. Im Mai 1944 kam es in Beirut zu neuen Verhandlungen.

Das dort geschlossene Abkommen war ein Sieg der schwachen Rechten über die starke Linke, doch die Kommunisten zeigten sich vor allem an einer schnellen Beendigung der Kämpfe mit den Okkupanten und der eigenen Reaktion interessiert. Im September 1944 wurde in Kairo eine Regierung der nationalen Einheit gebildet, der fünf kommunistische Minister angehörten. Man unterstellte die ELAS nun dem griechischen Exiloberkommando, faktisch den Briten. Überdies erlaubte die Regierung die Anlandung englischer Truppen. Damit verloren die Linken ihre politische und militärische Selbständigkeit. Die Exilregierung übersiedelte im Oktober in das von der ELAS befreite Athen. Hier waren jetzt auch die Briten präsent. Kollaborateure der Faschisten wurden nicht bestraft, sondern in verantwortlichen Positionen belassen oder in diese eingesetzt. Zudem holte man königstreue griechische Verbände aus Italien nach Athen.

Das alles rief das Mißtrauen der Linken hervor. Als unter Aufsicht der Briten die ELAS entwaffnet werden sollte, kam es zum offenen Konflikt. Die kommunistischen Minister traten zurück, riefen zu Generalstreik und Massendemonstrationen auf. Die Linke plante jedoch keinen Machtwechsel.

Trotz ihrer Stärke waren die Volkskräfte auf die kommenden Ereignisse nicht vorbereitet. Die ELAS verfügte zu jener Zeit über 120 000 Kämpfer (mehr als Briten und Rechte zusammen) und die KKE zählte 435 000 Mitglieder. In keinem Land der Welt gab es damals mehr organisierte

Obwohl das Ergebnis einer Niederlage gleichkam, begrüßten die meisten Griechen das Abkommen. Doch nach der Entwaffnung der ELAS begann eine Orgie der Gewalt: Etwa 1000 ehemalige ELAS-Kämpfer wurden ermordet, über 75 000 verhaftet, die übrigen in die Illegalität getrieben. Die Kommunisten riefen daraufhin zum Boykott der Parlamentswahlen auf, doch 40 % Enthaltungen verschafften den Rechten eine Mehrheit.

Im Ergebnis eines Volksentscheids konnte der König 1946 zurückkehren. Nach der Bildung einer monarchistischen Regierung verstärkte sich der antikommunisti-

Griechische Tragödie

Kommunisten als in Griechenland, das nur 7 Millionen Einwohner zählte. Am 3. Dezember 1944 nahm jeder zehnte Grieche an einer Massendemonstration gegen die Regierung teil. Von den Briten unterstützt, riskierte diese die Flucht nach vorn. Sie ließ auf die Demonstranten schießen und löste damit einen Bürgerkrieg aus, der mit Unterbrechungen fünf Jahre dauern sollte. Nun griffen Regierungstruppen und Briten die Athener ELAS an. In dieser „Dezemberschlacht“ gerieten die Engländer in eine kritische Situation. Sie verfügten aber über den Zugang zum Hafen und erhielten ständig Nachschub. Die Briten brachten nun 60 000 Soldaten zum Einsatz. Im Januar zog sich die ELAS aus der Hauptstadt und der naheliegenden Region zurück. Sie hatte 6 000 Gefallene zu beklagen, war aber weder geschwächt noch zerschlagen worden. Die Linken hatten ihre politische und militärische Handlungsfreiheit zurückgewonnen. Jetzt bemühten sich der britische Premier Churchill und dessen Außenminister Eden, die verfahrenere Situation durch Verhandlungen zu retten. Die Kommunisten forderten dabei die Hälfte aller Ministerposten, was abgelehnt wurde. Inzwischen hatte sich das Lager ihrer Gegner um Athen stabilisiert und neue britische Truppen herangeführt. Die ELAS-Hauptkräfte aber waren über ganz Nordgriechenland verteilt. Damit hatte sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Rechten verändert. Um weiteres Blutvergießen zu verhindern (eine halbe Million Griechen waren im Krieg umgekommen), zeigten sich die Linken im Januar 1945 zu einem Waffenstillstand und weiteren Verhandlungen bereit. Im Februar wurden in Varkiza die Auflösung aller Partisaneneinheiten und der ELAS, ein Gefangenenaustausch, eine Amnestie, die Zulassung der KKE, ein Volksentscheid über die Monarchie, demokratische Wahlen usw. vereinbart. Darüber sollten 75 000 Briten als „Garantiemacht“ wachen.

sche Terror. Die Konzentrationslager auf entlegenen Inseln füllten sich noch mehr. Im Oktober 1946 schlossen sich Partisanenabteilungen zur Demokratischen Armee Griechenlands (DAG) zusammen. Sie konnte bis zu einem Viertel des Territoriums einnehmen, operierte aber weniger konzentriert als früher. Obwohl sie sich einer zehnfachen Übermacht gegenüber sah, hielt sie sich tapfer. Die Regierung verbot nun die KKE und alle demokratischen Organisationen. Sie ließ Massenerschießungen von Gefangenen durchführen. Im Dezember 1947 bildete die Linke eine provisorische Regierung. Nachdem sich die Briten als unfähig erwiesen hatten, die DAG zu vernichten, schalteten sich die Amerikaner ein. Die als Truman-Doktrin in die Geschichte eingegangene Versicherung der USA, „vom Kommunismus bedrohten Staaten zu helfen“, nahm schnell konkrete Formen an: Es erfolgte die Einbeziehung Griechenlands in den Marshallplan, eine 400-Millionen-Dollar-Hilfe zur Zerschlagung der DAG floß nach Athen, und US-Instrukteure ersetzten die britischen Militärs. Sie bildeten die Regierungstruppen an modernster Kriegstechnik aus. Doch erst nach mehreren erfolglosen Anläufen konnten diese die DAG im Oktober 1949 zum Abbruch des Kampfes und zum Rückzug in Nachbarländer zwingen. Tausende Zivilisten flohen in die sozialistischen Staaten, darunter die DDR. In dieser Etappe des Bürgerkrieges fielen 154 000 Griechen, darunter Zehntausende Kommunisten. 60 000 Patrioten starben in den Konzentrationslagern, 3 033 Todesurteile wurden vollstreckt. Noch Jahre später wütete der weiße Terror. Die Antwort war weltweite Solidarität. Erinnert sei hier an den Kampf für Nikos Belojannis, Mitglied des ZK der KKE, Politikommissar der ELAS und der DAG. 1950 verhaftet, wurde er dreimal zum Tode verurteilt und 1952 hingerichtet. **Dr. Bernhard Majorow**

Portugals PCP wieder im Aufwind

Nach Jahren partieller Rückläufigkeit und einer schwierigen innerparteilichen Situation haben Portugals Kommunisten bei den vor kurzem abgehaltenen Parlamentswahlen deutliche Fortschritte erzielt. Mit einem Wähleranteil von 7,6 % konnten sie die Zahl ihrer Mandate in der Versammlung der Republik um zwei auf 14 erhöhen. Offensichtlich honorierten die Wähler die vom jüngsten Parteitag der PCP vollzogene Stärkung prinzipienfester Kräfte. Dem neuen Generalsekretär Jerónimo de Sousa traut man zu, daß er die Partei sicherer zu führen vermag als sein Vorgänger Carlos Carvalhas.

Als problematisch dürfte sich allerdings das gleichzeitige Wachstum der Gefolgschaft des aus früheren Trotzlisten, Maoisten und anderen Gruppierungen gebildeten Linksblocks (BE) erweisen, der seinen Stimmenanteil sogar verdreifachen konnte. Hier hat verbaler Radikalismus, der von der sozialen Misere besonders betroffene Wählerschichten ansprach, Wirkung gezeigt. Auch die zeitweiligen Schwierigkeiten der PCP dürften eine Rolle gespielt haben. Es wird sich herausstellen, ob die BE-Fraktion in Fragen der praktischen Politik mit den Kommunisten votiert oder Obstruktion betreibt.

Der große Wahlverlierer waren die konservativen und prononciert rechtsgerichteten Parteien – die sich irreführenderweise als sozialdemokratisch ausgebende großbürgerliche PSD des jetzigen EU-Chefkommissars Barroso und die noch rechts von ihr angesiedelte PP, das frühere CDS. Ihre Regierung wurde massiv abgewählt.

Wahlsieger war die sozialdemokratische Sozialistische Partei (PS), deren Führer José Sócrates bei absoluter Parlamentsmehrheit die Regierungsgeschäfte übernommen hat. Ein Linksschwenk ist von ihm und seiner Partei keineswegs zu erwarten. Denn Portugals PS steht seit den Tagen der Nelkenrevolution auf eindeutig proimperialistischen Positionen und betrachtet ihre Aufgabe darin, den echten Linkskräften das Wasser abzugraben. Inzwischen hat Sócrates sein Kabinett gebildet und dem früheren CDS-Vorsitzenden Freitas do Amaral – einem ehemaligen Universitätsassistenten des letzten faschistischen Diktators Marcelo Caetano – das Außenministerium übertragen. **S. R.**

KKE: Eine Partei, die aufhorchen läßt

Als Griechenlands Kommunisten am 9. Februar zu ihrem 17. Kongreß zusammentraten, konnten sie zugleich den 80. Jahrestag ihrer Partei – der KKE – begehen. 75 ausländische Delegationen waren bei der Eröffnung zugegen. Vertreter aller einflußreichen politischen Formationen des Landes – von der sozialdemokratischen PASOK bis zur regierenden großbürgerlich-konservativen Neuen Demokratie – hatten es nicht für ratsam gehalten, die Einladung zur Teilnahme an diesem nationalen Ereignis auszuschlagen.

An der Stirnseite des amphitheatrisch angeordneten Großen Saals im Athener Parteihauptquartier verdeutlichte die Losung „Eine starke KKE! Für das Volk! Für die Volksallianz! Für Sozialismus!“ die Strategie der Partei. Schon der Einstieg in die Beratungen war dramatisch: Das Video über den opferreichen Weg einer proletarischen Avantgarde und die aufgezeichnete Grußbotschaft des langjährigen KKE-Führers und heutigen Ehrenvorsitzenden Harilaos Florakis sorgten für eine emotionsgeladene Atmosphäre.

Generalsekretärin Aleka Papariga trug dann den in 39 Thesen gefaßten programmatischen Bericht des ZK vor. Seine Quintessenz: Um ihre historische Aufgabe erfüllen zu können, müsse die treu zum Marxismus-Leninismus stehende Partei politisch, ideologisch und organisatorisch weiter gestärkt werden. Das liege auch im Interesse der Volksbewegung Griechenlands, die sich den reaktionären Machenschaften der herrschenden Kreise entgegenstelle. Obwohl die beiden hellenischen Hauptparteien – Neue Demokratie und PASOK – untereinander politisch verfeindet seien, verfolgten sie im Grunde dieselbe Politik. Es gehe ihnen gleichermaßen um eine „Reformierung“ des Kapitalismus. Eine ähnliche Linie widerspiegeln sich auch in den Auffassungen der linkssozialdemokratischen Strömung Synaspismos, die zur sogenannten Europäischen Linkspartei gehört. Sie bejahe den Maastricht-Vertrag und die EU.

Nach dem Bericht Aleka Paparigas – und das gehört in Griechenland zur politischen

Kultur – erhielten Führer der PASOK, der Neuen Demokratie und des von der PASOK weggebrochenen marxistischen Flügels dieser Partei das Wort zu Grußansprachen und zur kurzen Darstellung ihrer Positionen.

Bei den allgemeinen Wahlen im Jahr 2004 hatte die Neue Demokratie die PASOK geschlagen und die Regierung übernommen. Die KKE konnte ihre Abgeordnetenzahl bei insgesamt 300 Mandaten auf 12 erhöhen, Synaspismos errang 6 Sitze.

Obwohl nach parlamentarischen Begriffen relativ klein, verfügt die KKE in Griechenland über großen Einfluß im nationalen Leben. Sie gibt mit „Rizospastis“ ein tägliches Massenblatt heraus. Ein Rundfunksender und eine Fernsehstation werden von der Partei betrieben. Kommunisten stehen in der Allgriechischen Arbeiterkampffront PAME und in vielen Berufsverbänden an der Spitze gewerkschaftlicher Kräfte und führen die machtvollen Volkskampagnen gegen NATO und EU an.

Die KKE genießt hohes Ansehen in der internationalen kommunistischen Bewegung, für deren weiteres Zusammenrücken sie u. a. durch die Koordinierung eines Internetzentrums für kommunistische Information wirkt.

Heute setzen sich die griechischen Kommunisten für ein breites Bündnis aller antiimperialistischen, antifaschistischen und demokratischen Kräfte zur Verteidigung der durch Kapital und Regierung hart attackierten Bürgerrechte ein.

Der 17. KKE-Kongreß wurde am 12. Februar mit der Wahl des 77köpfigen Zentralkomitees abgeschlossen. Es bestätigte Aleka Papariga in seiner ersten Sitzung als Generalsekretärin. In ihrer Schlußrede wandte sie sich besonders auch an neue oder wiedergewonnene Mitstreiter: „Viele, die gestern zögerten, haben sich heute dem Kampf angeschlossen. Viele, die heute noch zögern, werden ebenfalls zu uns stoßen und Seiten in der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Volkes schreiben.“

**R. F.,
gestützt auf „The New Worker“, London**



Statt „Achse des Bösen“ jetzt „Vorposten der Tyrannei“

Washingtons smarte Außenministerin Condoleezza Rice – Pastorentochter und verhinderte Konzertpianistin – ist eines der schärfsten Geschütze in Bushs verbaler Batterie. Die scharfzüngige Dame ist geschickt ausgewählt worden. Mit einem bezaubernden Lächeln verkauft die afroamerikanische Spezialistin für den Export von Gewalt die schlimmsten Drohungen. Noch vor ihrem Amtsantritt wählte sie sechs Staaten als potentielle Aggressionsopfer aus. Während sie den Begriff „Achse des Bösen“ fallen ließ, sprach sie von „Vorposten der Tyrannei“. An erster Stelle erwähnte sie **Iran** – ein Land, gegen das ihr Präsident „keine Option ausschließt“. Natürlich auch nicht die Variante des Überfalls. Bush beunruhigen nicht die reaktionären Mullahs in Teheran – schließlich störte auch der tyrannische Schah seine Vorgänger in keiner Weise. Er wird durch den enormen Ölreichtum Irans angezogen. Die potentielle Atomdrohung, die angeblich von diesem Land ausgehen soll, ist nur ein Vorwand, um an die iranischen Bodenschätze heranzukommen. Was auf die USA-Führung besonders irritierend wirkt, ist Teherans prochinesische und prussische Außenpolitik. Moskau und Peking widersetzen sich den Kriegsdrohungen gegen Iran. Während sich Putin in dieser Frage nicht erpressen ließ und die friedliche Nutzung der Atomenergie im Land am Kaspischen Meer nach Kräften unterstützt, ist China ein wichtiger Bezieher von Rohöl aus Iran. Unterdessen haben die USA bereits geheime Kommandos dorthin entsandt, wobei sie vorspiegeln, nur die nuklearen Kapazitäten genauer erkunden und lokalisieren zu wollen. Übrigens steht auch der Atomwaffenstaat Israel für „notwendig werdende Überraschungsschläge“ bereit. Sein Verteidigungsminister hat sich öffentlich geweigert, irgendwelche „Aktionen“ auszuschließen.

Myanmar (Burma) befindet sich ebenfalls auf der Hit-Liste der Dame Rice. Warum? Ist das Regime nicht repressiv und antikommunistisch genug? Die „Auswahl“ dieses Staates hat Gründe, die ausschließlich mit der Einkreisung Chinas durch die USA zu tun haben. Bush will dort ein den Vereinigten Staaten höriges Regime installieren, um die Ölzufuhr in die Volksrepublik gegebenenfalls unterbrechen zu können. Gegenwärtig passieren 60 % der für China bestimmten Lieferungen die strategisch wichtige Meerenge von Malacca, die durch die USA und Japan kontrolliert wird. Eine Blockade in dieser Region hätte enorme Auswirkungen auf den chinesischen Ölimport. Der in Erwägung gezogene Bau eine Pipeline von Burma nach China würde nicht nur die Transportstrecke wesentlich verkürzen, sondern auch den Tankern die Fahrt durch die Meerenge ersparen.

Die USA ziehen die Würgeschlinge um Kuba enger. Seine Bedrohung ist akuter denn je. Seit 45 Jahren wird die sozialistische Inselrepublik von den Vereinigten Staaten ökonomisch blockiert und politisch erpresst. Dennoch hat sie bislang dem mächtigsten imperialistischen Staat getrotzt und bei allen Schwierigkeiten Signalwirkung auslösende Erfolge errungen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Gegenwärtig arbeiten 18 000 kubanische Ärzte in anderen Ländern der Dritten Welt. Besonders die zunehmende Kooperation zwischen

Visier des USA-Imperialismus, dessen führende Politiker die jüngste Mitteilung aus Pjöngjang, das Land verfüge über eigene Atomwaffen, vorerst in Zweifel zu ziehen und herunterzuspielen versuchen. Nordkorea ist aus Washingtoner Sicht ein empfindlicher Störfaktor bei der Einkreisung Chinas.

Schließlich hat Condoleezza Rice **Simbabwe** unter Präsident Robert Mugabe auf die Liste der vorrangigen Aggressionsziele gesetzt. Dem afrikanischen Staat wird seine militärische Unterstützung für



Grafik: Karlheinz Effenberger

Kuba, China und Venezuela verstärkt die Nervosität des USA-Präsidenten und seiner Berater, unter denen Condoleezza Rice an erster Stelle rangiert.

Zu den Staaten, die von Bushs Außenministerin als „Vorposten der Tyrannei“ ausgedeutet wurden, gehört **Belorusland (Belarus)**, dessen Präsident Alexander Lukaschenko allen Drohungen zum Trotz an den unabhängigen Zielen seines Landes und den sozialen Interessen der Bevölkerung festhält. Als einzige frühere Sowjetrepublik hat Belarus erhebliche Teile des Nationalvermögens in Staats- und Kollektivhand belassen, auch wenn es sich dabei nicht um sozialistisches Eigentum handelt. Hier gibt es nur 1,7 % Arbeitslose, während 2,6 % offene Stellen gemeldet werden. Bildung und Gesundheitsfürsorge sind nach wie vor unentgeltlich, an Lernende und Studierende werden Stipendien ausgereicht. Belarus, über dessen Territorium wichtige Erdöl- und Erdgasstränge aus dem Kaukasus nach Westeuropa verlaufen, tritt gegen die Osterweiterung der NATO auf und unterhält enge Beziehungen zur Russischen Föderation.

Auch die **Koreanische Demokratische Volksrepublik (KDVR)** befindet sich im

Laurent Kabilas Demokratische Republik Kongo im Krieg mit Rwanda und Uganda, die 1998/99 von den USA ausgerüstet und vorgeschickt worden waren, angekreidet. Simbabwe steht auch deshalb zur „Disposition“, weil Mugabe enge Beziehungen zu China unterhält und eine weitreichende Bodenreform zum Nachteil der weißen Plantagenbesitzer durchgeführt hat.

Unerwähnt ließ Condoleezza Rice einen Staat, gegen den längst mit vergifteter Munition geschossen wird. Er steht der „Demokratisierung“ des Nahen und Mittleren Ostens, wie Bush sie versteht, im Wege: Es handelt sich um **Syrien**. Die jüngsten Ereignisse in Libanon – angefangen mit dem offensichtlich von CIA oder Mossad inszenierten Attentat auf den früheren Ministerpräsidenten Rafik Hariri über die ultimative Forderung nach sofortigem Abzug der angeblich dahinterstehenden Syrer bis zum zeitweiligen „Sturz“ der prosyrischen Beirut Regierung und massiven Drohungen Scharons an die Adresse von Damaskus – verlaufen nach einem Drehbuch, das wir in einer ganz anderen Variation gerade erst in Kiew erlebt haben.

**R. F.,
gestützt auf „Solidaire“, Brüssel**

Abu Masen – so lautet seit 1956 der Kampfname des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas. Nach dem palästinensisch-israelischen Gipfel von Scharm el-Scheich am 8. Februar d. J. werden nicht nur unter Palästinensern und in der PLO-freundlichen arabischen Presse sondern auch unter Sympathisanten der Palästinenser in Europa Befürchtungen geäußert, daß Mahmud Abbas zur Kapitulation vor Bush und Scharon bereit ist oder daß er bereits Verrat an den nationalen Interessen der Palästinenser begeht. Diese Sorgen sind berechtigt. Abbas gehört zu den Gründern der Fatah, der größten Organisation der PLO. Er und

„die bewaffnete Gewalt im Aufstand gegen Israel ein Fehler“ gewesen sei, stießen auf große Zustimmung in Washington und Tel Aviv, auf Empörung bei vielen Palästinensern, nicht nur bei Hamas und Islamischem Dschihad. Als er es dann ablehnte, Aktionen der Hamas zu verurteilen, die Reaktionen auf israelische Angriffe mit zivilen palästinensischen Opfern waren, zog er sich sofort israelischen wie amerikanischen Zorn zu.

Laut Abbas hat der Gipfel in Scharm el-Scheich „eine große Chance eröffnet“. Entscheidend sei, daß „ein Waffenstillstand vereinbart wurde. ... Wir haben erreicht, daß die Welt die Palästinenser

nem „gerechten Frieden“ befragt, betonte er: „Wir halten uns an die Roadmap mit ihren drei Grundparagrafen. Der erste regelt das Entstehen eines unabhängigen, lebensfähigen palästinensischen Staates neben Israel. Der zweite befaßt sich mit dem Ende der Besatzung von 1967. Und der dritte behandelt die Bedingungen für eine faire Lösung der Flüchtlingsfrage ... Wir haben über fünf Millionen Flüchtlinge, und wir wissen, daß nicht alle zurückkehren können. Sie sollten jedoch entschädigt werden. Das Recht der Flüchtlinge können wir prinzipiell nicht aufgeben. Es wurde uns durch eine UNO-Resolution garantiert.“ Er kann aber Bushs klare Absage an das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr nicht vergessen haben.

Abbas sagte weiter, daß unverzichtbarer Bestandteil eines freien, lebensfähigen Palästina das besetzte Ost-Jerusalem ist. „Al-Kuds al-Scharif, wie wir es nennen, soll unsere Hauptstadt sein, West-Jerusalem die der Israelis. Wir wollen Jerusalem nicht teilen, wir könnten uns sogar eine gemeinsame Stadtverwaltung vorstellen ...“ Scharon bekräftigt bei jeder Gelegenheit, daß die großen Siedlungsblöcke im Westjordanland „Tatsachen“ seien, an denen man bei Verhandlungen nicht mehr vorbeikomme. So fragt Abbas (im SPIEGEL): „Welches Recht hat Israel, auf unserem Land Siedlungen zu bauen? Auch die Mauer, die über palästinensisches Land führt, ist illegal und wird weder Sicherheit noch Frieden bringen. Mit einem Land, das in kleine Teilstücke zerfällt, können wir keinen lebensfähigen Staat aufbauen. Entweder werden alle Siedlungen aufgelöst oder unserer Oberhoheit unterstellt. Israel muß endlich anerkennen, daß wir auf den Großteil des historischen Palästina verzichten und uns statt dessen mit 22 Prozent begnügen, um einen historischen Frieden zu schließen ... Welches Recht haben die Amerikaner – mit ihren Garantien für die Erhaltung großer Siedlungsblöcke im Westjordanland - gemeinsam mit Israel und ohne uns über unser Schicksal zu entscheiden?“ (Brief Bushs an Scharon vom Mai 2004, s. RF, 6/04, S. 17)

All dem ist nicht zu widersprechen. So denken die Palästinenser in ihrer Mehrheit. Aber Uri Avnery, dem konsequenten israelischen Gegner zionistischer Okkupationspolitik (s. RF 1/05, S. 17) ist beizupflichten: „Abu Masen spielt va banque“, wenn er von Bush etwas erhofft. Auch nach dem Gipfel von Scharm el-Scheich läuft alles darauf hinaus, daß Scharon mit dem Abzug aus dem Gazastreifen und vielleicht aus wenigen schwer zu unterhaltenden Siedlungen im Westjordanland lediglich lästigen Ballast abwerfen wird. Über den Widerstand der zionistischen Siedler selbst gegen diese Minimalvariante ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Danach soll ohnehin die Okkupation palästinensischen Landes für ewig zementiert, und es sollen, wie für 2005 schon projiziert, weitere Siedlungen errichtet und noch mehr Palästinenser vertrieben werden. Schließlich hat Bush seine im Mai 2004 dazu erteilte Garantie mitnichten aufgehoben. **Bernd Fischer**

Abu Masens verzweifelter Seiltanz

Faruk Kaddumi (Abu Lutf) sind die letzten Überlebenden des seit Ende der 50er Jahre wirkenden engsten Führungskreises um Arafat. Alle anderen wurden ermordet – außer Arafat (wirklich?). Abbas ist der eigentliche Architekt der Oslo-Abkommen. (s. RF 6/03, S. 19) Als palästinensischer Ministerpräsident wurde ihm die „Roadmap“ offiziell übergeben. Abbas konnte Ende Juni 2003 Hamas, Dschihad und Fatah zu einer Waffenruhe gegenüber Israel bewegen – der sogenannten Hudna. Doch Israels „gezielte Tötungen“ machten diese zunichte. Die „Roadmap“ war schnell nur noch ein Fetzen Papier: Die Sperrmauer wurde gebaut, neue Siedlungen wurden errichtet. Im September 2003 trat Abbas zurück.

Jetzt ist das allgemeine Loblied auf ihn, das in den letzten Wochen in den USA, in Europa und auch in Israel lautstark angestimmt wurde, für Abbas ein schweres Handicap. Bush und Scharon zu unterstellen, daß ihnen die Interessen der Palästinenser am Herzen liegen, ist erwiesenermaßen falsch.

Abbas vollführt einen schwierigen Seiltanz. Seine öffentlichen Äußerungen, daß

als Volk anerkannt hat. Aber jetzt ist es höchste Zeit, Zeichen für den Frieden zu setzen.“ Er artikuliert die Sehnsüchte der überwiegenden Mehrheit der Palästinenser und hat ihre Unterstützung, wenn er erklärt: „Wir wollen unser Volk zu einem gerechten Frieden und zu Sicherheit in einem lebensfähigen eigenen Staat führen.“ Der zentralen israelisch-amerikanischen Bedingung, mit der Entwaffnung von Hamas, Dschihad und Al-Aksa-Brigaden den bewaffneten palästinensischen Widerstand faktisch zu zerschlagen, will er die Integration der Kämpfer in die palästinensischen Sicherheitskräfte entgegensetzen. Alle Erfahrungen besagen: Das wird Israel torpedieren.

In Scharm el-Scheich wurde die Lösung des Nahostkonflikts überhaupt nicht erwähnt. Abbas hat bisher nichts in der Hand, was sichern könnte, daß sein aktueller, ausdrücklich auf Gewaltfreiheit basierender Verständigungskurs zum Erfolg führen kann. Deshalb bemüht er immer wieder die von Scharon schon im Herbst 2004 für tot erklärte und de facto längst gescheiterte „Roadmap“. Jüngst u. a. vom SPIEGEL nach seiner Vorstellung von ei-



Der Gipfel von Scharm el-Scheich

Aus: Al-Hayat, Beirut

Polens Rolle in Bushs Irak-Krieg

In letzter Zeit haben Polens Staatspräsident Aleksander Kwasniewski sowie Ministerpräsident Marek Belka erklärt, Warschau werde sein Militärkontingent in Irak um 800 Soldaten verringern. Gleichzeitig versicherte USA-Außenministerin Condoleezza Rice am 6. Februar 2005 während ihres offiziellen Besuchs, Polen bleibe „ein wichtiger Verbündeter der Vereinigten Staaten“. Die sogenannten Parlamentswahlen in Irak wären ohne diesen Bundesgenossen nicht möglich gewesen. Sie lobte das polnische Engagement in Irak als das viertstärkste nach dem der USA, Großbritanniens und Australiens.

Wie sind die Dinge aus marxistischer Sicht zu beurteilen?

Die Verfassung der Republik Polen von 1997 stellt im Artikel 136 fest: „Der Präsident der Republik ordnet auf Antrag des Ministerpräsidenten im Falle der direkten äußeren Bedrohung des Staates eine allgemeine oder Teilmobilmachung der Streitkräfte zur Verteidigung der Republik Polen an.“ Daraus folgt: Nur bei der direkten Bedrohung von außen und nur zur Verteidigung der Republik dürfen die polnischen Streitkräfte eingesetzt werden.

Im Falle Iraks bestand keine der erwähnten Voraussetzungen, und der Präsident besaß nicht das Recht, Truppen zum Überfall auf fremde Territorien zu nutzen. Auch die NATO, deren Mitglied Polen seit 1999 ist, war in Irak keine Kriegspartei, so daß das Washingtoner Abkommen von 1949 nicht angewendet werden konnte.

Der Präsident und die Regierung haben nicht nur die Verfassung gebrochen, weshalb viele oppositionelle Abgeordnete und Parteien forderten, sie vor den Staatsgerichtshof der Republik Polen zu stellen. Sie haben auch auf die innere Strafgesetzgebung hingewiesen. Im polnischen Strafgesetzbuch von 1997 gibt es den Abschnitt 16, der Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen umfaßt. Diese Verbrechen sind sogenannte *delicta iuris gentium*. Es bedeutet, daß diese Straftaten durch die ganze zivilisierte Welt verurteilt werden. Im Artikel 117 § 1 des polnischen StGB heißt es: „Wer einen Aggressionskrieg beginnt oder führt, wird zu einer Freiheitsstrafe von 12 bis 25 Jahren oder zu lebenslänglicher Haft verurteilt.“ Wir können also feststellen, daß durch den Krieg gegen Irak der Präsident, der Ministerpräsident und die polnische Regierung den Tatbestand des Artikels 117 § 1 erfüllt haben. Deshalb verlegten sie sich auf die juristische Interpretation, daß Polen ja gar keinen Krieg gegen Irak führe, sondern lediglich dem Verbündeten (USA) helfe. Das würde bedeuten, daß die polnischen Streitkräfte in Irak keine Okkupanten, sondern „Stabilisierungskräfte“ wären. Die Besatzerrolle und die entsprechenden Pflichten würden von den USA und Großbritannien wahrgenommen. Daher befinde sich Polen nicht im Kriegszustand mit Irak.

Es gibt auch eine andere Tatsache, die beachtet werden muß: Der Präsident und der Ministerpräsident haben am 17. März 2003 den Aggressionskrieg eigenmächtig begonnen, und erst nach einer Woche hat das Parlament (Sejm) darüber debattiert. Das widerspricht der polnischen Verfassung, deren Artikel 115 eindeutig lautet: „1. Der Sejm entscheidet im Namen der Republik Polen über den Kriegszustand und den Friedensschluß. 2. Der Sejm kann den Kriegszustand nur bei einem militärischen Überfall auf das Territorium der Republik Polen beschließen oder wenn internationale Abkommen Polen zur gemeinsamen Verteidigung gegen eine Aggression verpflichten. Wenn der Sejm nicht zur Beratung zusammentreten kann, verfügt der Präsident der Republik den Kriegszustand.“

Es gab keinen Militärüberfall auf polnisches Territorium, der Sejm tagte und konnte einen Beschluß fassen. Auch die Artikel des NATO-Abkommens trafen nicht zu. Man muß sagen, daß die bürgerlichen Fraktionen und die Sozialdemokraten nach scharfer Kritik gegenüber Inhalt und Form der Erklärung diese Entscheidung im Parlament unterstützt und akzeptiert haben. Gegen sie traten die Liga der polnischen Familien sowie „Samoobrona“ (Selbstverteidigung), die Polnische Bauernpartei und einzelne Abgeordnete anderer Parteien auf.

Die katholische Kirche unterstützte die Politik des Präsidenten und des Regierungschefs, obwohl der Papst den Krieg offiziell kritisierte. Militärbischof General S. Glodz segnete die polnische Brigade in Irak und erteilte Anweisungen an die Feldkuraten zu direkten Einsätzen.

Im Lande gab es scharfe Kritik. Es kam zu Demonstrationen. Tausende Studenten und andere junge Leute zogen vor das Warschauer USA-Botschaftsgebäude und die Konsulate in anderen Städten Polens. Die Polizei stellte mit brutaler Gewalt „die Ordnung wieder her“. Von den Amtsgerichten hagelte es schwere Strafen.

Nach soziologischen Untersuchungen waren im Januar 2005 mehr als 75 % der polnischen Bevölkerung gegen den Krieg. Sie forderten den sofortigen Abzug des Truppenkontingents aus Irak. Weniger als 20% der Staatsbürger unterstützen ganz oder zum Teil die Politik der Regierung. Der Krieg gegen Irak und seine Besetzung schaden den polnischen Interessen im Innern und nach außen.

Die bürgerlichen Parteien haben gemeinsam mit den Sozialdemokraten der SLD ebenso wie Polens Regierung und seine Streitkräfte von den USA im diesem imperialistischen und neokolonialen Krieg schmutzige Aufgaben übertragen bekommen. Seitens des irakischen Volkes ist der Widerstandskrieg gerecht, die Aggressoren und Okkupanten aber führen einen ungerechten Krieg.

Die Anwesenheit polnischer Truppenverbände widerspricht den fortschrittlichen und revolutionären Traditionen unseres Volkes. Am Krieg sind nur die polnische Kompradorenbourgeoisie und deren politische Marionetten interessiert.

Ende Juni 2004 verkündeten die Vereinigten Staaten das „Ende der Okkupation Iraks“ und die „Übergabe der Souveränität“ an eine „provisorische irakische Regierung“, die jedoch ohne U. S. Army nicht amtieren kann.

Am 30. Januar 2005 fanden in Irak Parlamentswahlen unter Bedingungen des Ausnahmezustandes und bei Andauern des Partisanenkrieges statt. Wann eine echte und souveräne irakische Volksvertretung und eine entsprechende Regierung zustande kommen, bleibt der Zukunft vorbehalten.

Die Kommunistische Partei Polens stellte unlängst fest, daß darüber die Welt-Erdölpreise, das innere Kräfteverhältnis, die amerikanischen und israelischen strategischen Ziele und die internationale Lage entscheiden werden.

Prof. Dr. sc. Zbigniew Wiktor, Wroclaw

**„Aber jagen wir nicht alles in die Luft?“
„Kein Problem, die humanitäre Hilfe ist schon angefordert.“**

Aus: „Solidaire“, Brüssel



Durch die Blöcke der Rechtsparteien, der Sozialdemokraten und der Grünen bekam die Europäische Verfassung (EV) Mitte Januar im Europaparlament die Mehrheit der Stimmen. Aber nicht alle Gruppen waren mit diesem Elaborat einverstanden. Um am 1. November 2006 in Kraft treten zu können, muß die Verfassung von den 25 EU-Mitgliedsländern ratifiziert sein. Spanien führte deshalb am 20. Februar als erstes EU-Land ein Referendum durch. Die Abstimmungsbeteiligung war mit nur 42 % erbärmlich niedrig. Die Dreiviertelmehrheit an Jastimmen konnte so niemanden darüber hinwegtäuschen, daß nur eine klägliche Minderheit der Spanier die EU-Konstitution bestätigt hat. Übri-

Außerdem betonten die Sprecher der „Plattformen für das Nein“, daß die in der Verfassung festgelegten Mechanismen deren spätere Änderung unmöglich machten. Sie warnten die Befürworter eines angeblich „kritischen Ja“ vor ihrem Selbstbetrug. Mit der Zustimmung zur EV und deren Zielen stimmten Spaniens große politische Formationen – die sozialdemokratische Regierungspartei PSOE, die rechte Oppositionspartei PP, die bürgerlich-katalanische Oppositionspartei CiU, die bürgerlich baskische regionale Regierungspartei PNV – überein. Sie erklärten sich damit einverstanden, die EU „für den globalen Konkurrenzkampf um größt-

November der holländische Premierminister Balkenende als EU-Ratspräsident auf einer Pressekonferenz bekannt: Man überlege, die Länder, welche die Kriterien der „Agenda von Lissabon“ nicht erfüllten, zu benennen. „Name and Shame“ heißt das Anzeigeverfahren, das die berüchtigte Kok-Kommission 2003 anregte. „Die Europäische Union läuft Gefahr, ihr eigenes Ziel zu verfehlen, das sie sich im Jahr 2000 in Lissabon gesetzt hat, nämlich bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in der Welt zu werden“, hieß es im Kok-Bericht. Was aber die Wellen in Spanien zur Zeit hochschlagen läßt und sogar das Referendum in den Hintergrund drängte, ist die geplante Änderung der Autonomiestatuten im Baskenland und in Katalonien. Vor allem der nach dem baskischen Lehendakari (Präsident) benannte „Plan Ibarretxe“, der am Ende der Verhandlungen mit der Zentralmacht eine Volksbefragung in Euskadi über das Ausgehandelte vorsieht, läßt die finstersten Seiten des spanischen Nationalismus erklingen. Um die von den „faktischen Mächten“ geforderte „Einheit und Hoheit“, die überhaupt nicht in Gefahr sind, zu „garantieren“, setzt Ministerpräsident Zapatero sogar seine Regierungsvereinbarungen aufs Spiel. Er ging einen weiteren Pakt, neben den bereits existierenden Abmachungen, mit der PP ein. Für die ihn bisher unterstützenden linken Parteien bedeutete dies einen Schlag ins Gesicht. Der Balanceakt, den die sozialdemokratische Regierungspartei mit ihren Beruhigungsbotschaften an ERC und IU vollführt, stellt wiederum deren Glaubwürdigkeit und die Verantwortung ihrer Wählerschaft gegenüber auf eine Probe. Schlucken die Linken die Kröte des Paktes der beiden großen Parteien, oder stellen sie sich auf die Hinterbeine? Die unverhohlene Freude des PP-Oppositionsführers Rajoy war ein Signal: Er sieht in der neuen Übereinkunft den „Geist von 1978“, als die Nach-Franco-Verfassung zusammengezimmert wurde. Um diesen Geist, den Spaniens Rechte auf die Reyes Católicos des 15. Jahrhunderts zurückdatiert, zu beschwören, wird auch die Europäische Verfassung bemüht. Sie beende die „Delirien der Selbstbestimmung“ und verhindere die nationalistischen Exzesse, „das wahre Krebsgeschwür in Europa“, erklärte Rajoy.

Bisher hat die Regierung Zapatero, außer ihrer Hinwendung zum Autoritarismus der PP, nur leere Worte und Unbeweglichkeit gegenüber den Verhandlungsangeboten aus dem Baskenland gezeigt. Die baskische Partei Batasuna betonte in einem offenen Brief an Zapatero ihren Willen, den Konflikt politisch zu lösen. Dem schloß sich auch die ETA in einem Kommuniké an.

Viel lieber zeigt sich Zapatero allerdings im Kreis seiner Freunde Schröder und Chirac, wie erst jüngst bei der Airbus-Galavorführung in Frankreich, der „Europa zur Nummer 1“ in dieser Sparte mache, wie das spanische Staatsfernsehen zu loben wußte. **Isolda Bohler, Valencia**

Spaniens Pseudo-Referendum

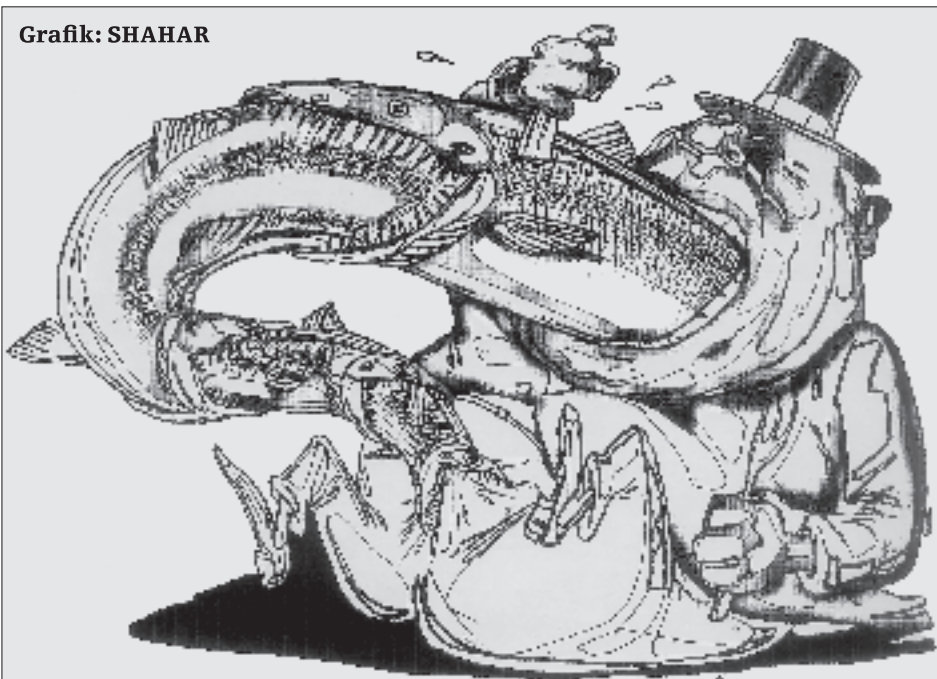
gens hätte das Kabinett der Europaverfassung auch bei einem mehrheitlichen „Nein“ der Wähler zustimmen dürfen. Darin besteht das Besondere der spanischen „Demokratie“.

Um zumindest den Anschein einer Entscheidungsmöglichkeit zwischen Zustimmung und Ablehnung zu wahren, hatte die spanische Regierung unter José Luis Zapatero eine Werbekampagne gestartet, an der Stars aus dem Fußballmilieu und sonstigen „Kulturkreisen“ beteiligt waren. Allerdings beruhte diese einzig und allein auf einer Zustimmung einfordernden Propaganda, ohne daß die schlecht informierte Öffentlichkeit hinter die einzelnen Verfassungsartikel blicken konnte. So verwunderte es nicht, daß unabhängige Gruppen und Organisationen die offizielle Kampagne als einseitig zurückwiesen.

mögliche Anteile am weltweit erzielbaren Profit und für die führende Position in der Weltwirtschaft fit zu machen“, wie ein Blatt schrieb. Die das Nein vertretenden bekanntesten Parteien waren: das Linksbündnis Izquierda Unida (IU), Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) – beide haben Vereinbarungen mit Zapateros Regierung abgeschlossen –, und die linksbaskische Batasuna. Sie begründeten ihre Ablehnung vor allem mit dem Abbau sozialer Rechte, der militärischen Aufrüstung, der fehlenden Anerkennung des Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und der Nichtberücksichtigung von Emigranten und Flüchtlingen, die in der EU wohnen.

Mit welcher Zielstrebigkeit die Brüsseler Pläne umgesetzt werden sollen, gab im

Grafik: SHAHAR



Heinrich Mann und die Geschichte vom guten König Henri

Am 21. Februar 1933, eine Woche vor dem Reichstagsbrand, verließ Heinrich Mann, gewarnt durch Wilhelm Herzog und einen verschlüsselten Hinweis des französischen Botschafters in Berlin, Francois-Poncet, Nazideutschland. Für ihn als prominentesten Repräsentanten der progressiven Strömung der bürgerlichen deutschen Literatur, Präsidenten der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste und engagierten Gegner der faschistischen Bewegung war die Flucht nach Frankreich konsequent. Zusammen mit Käthe Kollwitz aus der Akademie ausgeschlossen, blieb ihm kein anderer Weg. Er mußte um sein Leben fürchten.

Noch im Februar hatten beide Künstler einen Appell, der zum „Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront“, zum Zusammengehen von KPD und SPD aufrief, unterzeichnet. Am 10. Mai 1933 brannten die Werke Heinrich Manns auf dem Scheiterhaufen. Am 26. August des gleichen Jahres stand sein Name auf der ersten Ausbürgerungsliste. In seiner Autobiographie „Ein Zeitalter wird besichtigt“ bekennt er, daß „die sinnlose Sehnsucht nach einem zugrundegegangenen Deutschland mich nie belästigt hat“. Hitler-Deutschland hatte ihn „abgestoßen“. Die Atmosphäre Frankreichs, seine Sprache, Kultur und Geschichte waren ihm Gewinn. Das Land wurde seine zweite Heimat, und, ohne Überhöhung, das Land seiner Liebe. Heinrich Manns politische, publizistische und nicht zuletzt literarische Tätigkeit in „seinem“ Frankreich war so umfang- und folgenreich, daß es keine Übertreibung ist zu sagen: In den Jahren von 1933 bis 1940 wurde er die anerkannte, führende Persönlichkeit der antifaschistischen deutschen Emigration.

Schon Mitte der zwanziger Jahre hatte sich Heinrich Mann einem Stoff zugewandt, aus dem sein wohl bedeutendstes Werk erwuchs, der Roman „Die Jugend und die Vollendung des Königs Henri Quatre“. Er wurde letztlich der große Gegenentwurf zur Politik und Ideologie des Faschismus. 1932 begann er mit der Niederschrift.

In seinem Essay „Gestaltung und Lehre“ erklärt er, welches Ziel er verfolgte: „Wir werden eine historische Gestalt immer auch auf unser Zeitalter beziehen. Sonst wäre sie allenfalls ein schönes Bildnis ... Nein, die historische Gestalt wird, unter unseren Händen, ob wir wollen oder nicht, zum angewendeten Beispiel unserer Erlebnisse werden, sie wird nicht nur bedeuten, sondern sein, was die weilende Epoche hervorbringt oder leider versäumt. Wir werden sie den Mitlebenden schmerz-



lich vorhalten: seht dieses Beispiel ... wir (sind) berechtigt, Mut zu fassen und ihn anderen mitzuteilen.“

Was aber bewog nun Heinrich Mann, gerade den König Henri IV. zum Gegenstand des „historischen Beispiels“ zu machen, berechtigt, Mut zu vermitteln in den Kämpfen der Zeit?

Henri IV., 1553 in den südwestfranzösischen Pyrenäen geboren, verkörpert Volkstümlichkeit und die Vernunft der Güte. Aufgewachsen im Hugenottenmilieu eines kleinen Fürstentums, leidet er unter Gewissenszwang und Intoleranz. Nur knapp entgeht er den Mordkumpanen des katholischen Adels in der Bartholomäusnacht und lernt die Kunst der List, entdeckt aber auch den Haß gegen alles Inhumane.

Folgerichtig bekämpft er das Haus Valois und den Machtklüngel der „Liga“, getragen von der Unterstützung des Volkes. Es gelingt ihm schließlich, die Religionskriege zu beenden und den französischen Nationalstaat zu festigen. Die Rechte des Adels beschneidet er. Zugleich erweitert er die Bürgerrechte. Henri, seit 1589 legitimer König, leitet eine Phase des Friedens und breiteren Wohlstands für Frankreich ein. 1610 fällt der „gute König Frankreichs“ einem Mordanschlag zum Opfer, initiiert durch die Jesuiten.

Heinrich Mann konzentrierte sich in seiner Darstellung nicht nur auf das Handeln des Königs, sondern auch auf die weiten Dimensionen seines Denkens. Er wählte aus, indem er bestimmte Charakterzüge Henris unterdrückte, andere

unterstrich, ließ Ereignisse weg und erfand andere. Schließlich schrieb er einen Roman, kein geschichtswissenschaftliches Werk. In der Person Henris wird die Humanismuskonzeption Manns deutlich. Der König ist Humanist, weil „nichts Menschliches ihm zu gering war“. Und weiter: „Humanismus heißt, den Menschen kennen und von einer umfassenden Sympathie für das Leben erfüllt sein.“ Humanität schließt Toleranz und Vernunft ein. Henri handelt moralisch-sittlich und deshalb im Sinne des Fortschritts. Er lebt die Politik von Freiheit, Toleranz und sozialer Gerechtigkeit im Sinne der progressiven Denker seiner Zeit. So wird er eine Führergestalt, die ihre Königswürde nicht ergaunert hat. Macht zu haben, heißt für ihn nicht, eigensüchtigen Interessen zu folgen, sondern die Volksinteressen zu den eigenen zu machen. Der Autor zeigt aber auch, daß Humanität n u r auf dem Boden des aktiv-bewußten Handelns, des Kampfes, wenn nötig mit Gewalt, entstehen kann. Es ist eine Gewalt, die sich von der des Feindes klar abgrenzt.

Humanismus kann, will er fruchtbar werden, nur militant sein. Das ist auch die Grundmaxime des Antifaschisten Mann, die er im Wirken Henri IV. verdeutlicht. An einer Schlüsselstelle des Buches heißt es: „Seht den Zustand des Königreichs! Es ist verwahrlost, es ist ein Morast aus Blut und Lüge, und auch kein gerades, gesundes Geschlecht könnte auf einem solchen Boden heranwachsen, wenn nicht wir Humanisten auch ritten und zuschlugen. Des werden wir Sorge tragen. Verlaßt euch, daß wir reiten und zuschlagen.“

Die aktuelle Komponente des Romans, im Querido-Verlag 1935 (1. Teil) bzw. 1938 (2. Teil) erschienen, ist deutlich: Der Blick ist auf das faschistische Deutschland gerichtet, auf die Tatsache, daß ein Land im Verbrechen versinkt, auf die Machthaber des Nazismus, auf die irreführenden, zugleich schuldig werdenden Deutschen.

Ausgehend von den Idealen der Aufklärung und der Französischen Revolution hat Heinrich Mann seine Zentralbegriffe „Volk“, „Geist“, „Vernunft“, „Toleranz“ und „Liebe“ abgeleitet und die Utopie einer Gesellschaft entwickelt, die durch Freiheit, Vernunft und Menschlichkeit konstituiert ist. Immer mehr fühlte er sich jenen Kräften zugehörig, die eine solche Wirklichkeit zu erobern und zu formen berufen sind: der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten. Gerade diese Verbindung des Ästhetischen mit dem Politisch-Moralischen findet er bei diesen, nicht mehr bei den „zerstörenden, verneinenden Kräften“ einer reaktionären Bourgeoisie.

Dr. Peter Fisch

Zum 120. Geburtstag des „rasenden Reporters“



Kisch in Australien

Der spätere Klassiker des Journalismus und der Reportage Egon Erwin Kisch wurde vor 120 Jahren, am 29. April 1885, in Prag geboren. Später riet er dem jungen Bodo Uhse: „Wer etwas mitzuteilen hat, soll sich zusammenehmen und es gefälligst so mitteilen, daß man es mit Interesse aufnimmt.“ Dem Wirklichkeitsfanatiker gelang es in hohem Maße, diese Zielsetzung selbst zu erreichen, denn die Wahrheit war für ihn „das edelste Rohmaterial der Kunst, die Präzision ihre beste Behandlungsweise“. Die Nachfrage nach seinen Büchern hielt zu DDR-Zeiten unvermindert an.

1947 brachte der Aufbau-Verlag Berlin die ersten Kisch-Werke heraus. 1955 erschienen der „Kisch-Kalender“, den F. C. Weiskopf unter Mitarbeit von Dieter Noll zusammengestellt hatte. In diesem äußerten sich Freunde und Zeitgenossen über den Meisterreporter, darunter Barbusse, Weinert, Huppert, Fedin, Feuchtwanger, Fürnberg und Uhse. Im gleichen Jahr legte dieser Verlag die Monographie „Egon Erwin Kisch, der klassische Journalist“ von dem Literaturwissenschaftler Emil Utitz vor. Dieser interpretierte das Lebenswerk seines Jugendfreundes und untersuchte die künstlerischen Besonderheiten der Reportagen Kischs. Dieter Schlenstedt veröffentlichte 1959 seine Studie „Die Reportagen bei Egon Erwin Kisch“, die als erste wissenschaftliche Kisch-Kritik gewertet wurde. 1978 gab der Aufbau-Verlag einen Band „Briefe an den Bruder Paul und an die Mutter 1905–1936“ heraus.

1960 begannen Bodo Uhse und Gisela Kisch mit der Herausgabe der „Gesammelten Werke in Einzelausgaben“, die ursprünglich auf acht Bände konzipiert waren. 1980 lagen im Aufbau-Verlag Kischs Bücher in eineinhalb Millionen Exemplaren vor, davon „Marktplatz der Sensationen“ mit 220 000 und „Der rasende Reporter“ mit 150 000. Die Werkausga-

be wurde seit 1967 von Fritz Hofmann und Josef Polacek ab Band 8 fortgeführt. Sie sollte zum 100. Geburtstag Kischs 1985 mit dem zehnten Band beendet werden. Die Edition mußte letztlich mit bisher unveröffentlichten Arbeiten immer wieder erweitert werden. Man hatte zunächst im Prager Literaturarchiv des Museums für tschechische Literatur in Zeitungen und Zeitschriften noch viele Beiträge aus der Feder Kischs gefunden. Darunter befanden sich Nachworte, Reden, Feuilletons, Rezensionen, Theater- und Filmkritiken. Letztlich lag 1993 eine Kisch-Ausgabe von zwölf Bänden mit siebentausend Seiten vor. Von Fritz Hofmann stammen auch der Almanach „Servus Kisch! Erinnerungen, Rezensionen, Anekdoten“ (1985) und eine profunde Kisch-Biographie (1988).

Auf Kischs Spuren begaben sich auch Harald Wessel und Klaus Haupt. Sie veröffentlichten im Verlag der Nation ihr Buch „Kisch war hier“ (1985) mit Reportagen über „den rasenden Reporter“. Die Paperback-Ausgabe enthielt 54 Abbildungen und der Festband 281 größtenteils unbekannte Fotos. 1985 folgte Dieter Schlenstedts vierte Wortmeldung zu Kisch mit der 460seitigen Biographie in der Reihe „Schriftsteller der Gegenwart“ (Verlag Volk und Wissen). Für die einst beliebte Taschenbuchreihe „bb“ wählte Fritz Hofmann Erzählungen Kischs unter dem Titel „Die Katastrophe“ (1985) aus. Dieser Überblick über die Kisch-Editionen kann nur als ein Versuch angesehen werden.

Dieter Fechner

Der „Rotfuchs“ beglückwünscht Mitstreiter zu ihren großen Jubiläen

Frieda Grampitz, Rostock
(13. April), und

Dr. Siegfried Stein, Güstrow
(21. April), werden 80 Jahre alt.

Verstärkung erfährt auch die Gruppe
der 75-jährigen. Wir gratulieren

Günther Stegner, Ilsenburg
(8. April),

Friedrich Alexandrin, Schwerin
(14. April),

Dr. Werner Irmeler, Berlin
(15. April),

Gerhard Steinmann, Leimen
(16. April), und

Kurt Woltersdorf, Fürstenwalde
(17. April), zu ihrem Ehrentag.

Herzlich grüßen wir die neuen 70er

Dr. Dr. Ernst Albrecht,
Burg Stargard (12. April),

Adolf Storch, Fürstenwalde
(12. April), und

Günter Besig, Halle (30. April).

Nicht minder liebe Wünsche begleiten

Klaus Hesse, Leipzig
(5. April), und

Heinz Seidel, Berlin (13. April),
die die 65er Hürde nehmen.

Redaktion und Vereinsvorstand
drücken den Geburtstagkindern
ihre Verbundenheit aus.

Leserbriefe an RotFuchs



Liebe „RotFüchse“, im Namen aller Mitglieder des Singeclubs „Ernesto Che Guevara“ e. V. möchten wir mit etwas Zeitabstand noch einmal danke sagen für Eure Hilfe und die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung „Fest des politischen Liedes“ am 27. 11. 04 in Berlin.

Dieses Fest war natürlich zuerst wichtig für uns, um nach 30 Jahren des Bestehens unseres Clubs zu zeigen, daß es noch politisches Lied in der ursprünglichen Form gibt und daß noch Gruppen bestehen, die bemüht sind, dieses so wichtige Genre gerade heute zu pflegen, zu aktualisieren und zu verbreiten.

Jeder, der anwesend war, konnte seinen Teil aus diesem Treffen Gleichgesinnter mitnehmen und seine Erinnerungen an andere Festivals und Konzerte, an Gruppen und Erlebnisse auffrischen und vertiefen. (...)

Alle „RotFüchse“ sollen in unser Dankeschön ebenso einbezogen sein wie private Spender. (...) Viele fragen uns: Wird es eine Zweitausgabe geben, wird es wieder eine Tradition? Wir wissen es nicht, versprechen aber, darüber nachzudenken.

Wolfgang Klötzer, Dresden, Leiter des Singeclubs „Ernesto Che Guevara“ e. V.

Dem „RotFuchs“ und seinen Machern möchte ich ganz herzlich danken. Es gelingt ihnen immer wieder, Ereignisse und Daten auf die verschiedenste Art und Weise in Erinnerung zu bringen. (...)

Zum Tag der NVA, der in der März-Ausgabe gewürdigt wurde, sei mir eine kleine Anmerkung gestattet. Im Glückwunsch wird die Nationale Volksarmee der DDR richtigerweise als Armee des Friedens bezeichnet. Ich bin der Meinung, daß das aber eine sehr verkürzte Darstellung ist. Sicher kann eine Losung nicht alles aussagen. Aber gaben sich nicht auch die preußisch-kaiserliche Armee und die faschistische Wehrmacht als Friedensbringer aus, obwohl sie Werkzeuge des deutschen Imperialismus waren, zwei Weltkriege vom Zaun brachen und führten sowie verheerliche Verbrechen begingen? All das wird gestützt von Lügern, Geschichtsklitterern und Produzenten sogenannter historischer Filme aus der Giftküche eines Herrn Knopp. Deshalb sollte die NVA nicht nur als Armee des Friedens, sondern auch als einzige deutsche Armee gewürdigt werden, die weder einen Krieg geführt hat noch an Kriegshandlungen beteiligt war.

Hans Linke, Suhl

Weitgehend einhellig machten Leser der „Freien Presse“ ihrer Empörung über Konrad Weiß Luft. Sie mußten vernehmen, daß der in der DDR (einst auch von mir!) hochgeschätzte Regisseur – unvergessen bleibt sein in Moskau 1967 ausgezeichnete Vietnam-Film – wider besseres Wissen die Frage faktisch bejahte, ob die DDR ein brauner Schoß gewesen sei und der zunehmende Rechtsradikalismus im Osten Deutschlands seine Wurzeln auch dort habe.

Man fragt sich, ob Herr Weiß tatsächlich bewußt in der DDR gelebt hat! Wie konnte ihm entgangen sein, daß die aus dem antifaschistischen Widerstand kommende Führung der DDR frei war von Verstrickungen in die Nazi-Diktatur, während es in Westdeutschland eine fast vollständige Restauration der alten Machtverhältnisse in Verwaltung, Polizei, Justiz, Armee gegeben hat? So feierten dort Nazi-Generäle fröhliche Urständ, während der Chef der NVA ein Mann war, der ab 1936 in Spanien gegen Franco und Hitler gekämpft hatte. (...) In der DDR haben Millionen Menschen den antifaschistischen Geist von Kind auf zutiefst verinnerlicht. Man brauchte den Haß auf die braunen Verbrecher nicht „verordnet“ zu bekommen, wenn

man in der Schule „Das Tagebuch der Anne Frank“ verstehen lernte!

Weiß spricht ungeheuerlicherweise von Antisemitismus in der DDR. Auch in meiner Heimatstadt Plauen wurde der jüdische Friedhof liebevoll gepflegt, hier erschien ein beachtliches Werk über die Chronik unserer jüdischen Mitbürger. Hat Herr Weiß keine Kenntnis darüber, daß Himmlers und Fricks „Judenreferent“ Dr. Hans Maria Globke, Mitautor der Nürnberger Rassegesetze, Adenauers Staatssekretär und engster Vertrauter wurde?

Heinz Behrendt, Plauen/Vogtland

Seit neuester Zeit beziehe ich dieses hervorragende Monatsblatt, das ganz nach meinem und dem Geschmack auch anderer Geister ist. Besonders das Thema Antifaschismus hat es mir angetan, da ich von Geburt an bis zum 12. Lebensjahr durch ehemalige Gefangene des Hitler-Regimes aufgezogen wurde. Wir gehören dem Alten Volk an, bekannter ist die Bezeichnung „Zigeuner“ oder Roma. (...)

Ein Kollege und ich – wir betätigen uns etwas auf dem Gebiet der Schriftstellerei und versuchen, durch Literatur die Kenntnisse über unser Volk zu erweitern, wobei es auch mal handfester gegen das neu erwachte Nazitum geht. Wir sind von Herzen antifaschistisch eingestellt. In unserer nächsten Umgebung ist der alltägliche „Kleinfaschismus“ zu Hause, der unbewußt und selbstverständlich praktiziert wird. Ich denke, im Kleinen fängt es an, dem Faschismus zu begegnen – und wenn es nicht mit Vernunft oder mit Sachlichkeit geht, auch mal handgreiflicher.

Roland Schwarzenberger, Bruchsal

Jedermann hat den treffenden Artikel „Braune Äpfel“ auf der ersten „RotFuchs“-Seite gelesen und war ganz der Meinung des Autors. Aber der Zusammenschluß aller Antifaschisten erscheint ihm nicht so einfach. Manchmal fragt man sich: Wo sind sie?

Jedermann erinnert sich an eine Szene in der Strausberger Vorstadt, schon ein paar Jahre her, wie aus einem Italo-Western. Neubaugebiet. Vor einer Einkaufshalle das übliche Bild: Arbeitslose mit Bierbüchsen, sommerliche Wärme, eine Telefonzelle, auf deren gläserner Scheibe plötzlich ein großes schwarzes Hakenkreuz erscheint, wie von Geisterhand gemalt. Jedermann läßt erstarrt den Einkaufswagen los, geht auf die Zelle zu, wo ein stiernackiger, kahlköpfiger junger Mann mit nacktem Oberkörper auftaucht. Dazu Pinsel, schwarzes Eimerchen, offensichtlich voll Kalteer. Jedermann nähert sich spontan dem jungen Stiernacken, der eine Tarnuniformhose trägt. Er sieht, wie der ein zweites Hakenkreuz auf die Telefonzelle malt, langsam und genüsslich. Der Jung-Nazi spuckt eine Zigarette aus und fragt provokant: „Na, Alter, willst Du auch eins auf Deine Glatze?“ Jedermann sieht sich betroffen und ratlos um. Die arbeitslosen Biertrinker, teils in NVA-Trainingshosen, sehen weg, grinsen, spucken auf die Erde. Einer sagt: „Eh, Mann, verpiß Dich lieber!“ Jedermann schreit plötzlich empört auf: „Das ist ja unerhört!“ Eine jüngere Frau zieht ihn in Richtung Halle beiseite und sagt zu dem Alten: „Junger Mann, nun werden Sie mal nicht komisch, gehen Sie weg oder in die Halle, sonst kriegen Sie noch eins auf die Birne. Helfen tut Ihnen hier keiner. Und wenn Sie Schaden nehmen, kommt keiner für Sie auf. Glauben Sie mir. Anzeige bei der Polizei hat keinen Zweck. Wo sind die Zeugen? Ich habe auch nichts gesehen ...“ Genau hier liegt das Problem. Es gibt zu wenig rote Äpfel!

Manfred Hocke, Berlin

Nationalsozialismus nannte Hitler seine „Bewegung“, und er war der Führer der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“, der NSDAP. Allein der Name war eine Lüge. Es war keine Arbeiterpartei und sie war weder sozialistisch noch national. Hitler unterschied zwischen den „Arbeitern der Stirn“ und solchen der „Faust“. Die der „Stirn“ waren die Unternehmer, die Herren in Fabrik und Staat, die der „Faust“ waren die Proleten. Sein „Sozialismus“ bestand darin, Vollstrecker des Willens der Banken und Konzerne zu

sein. Kein einziges Unternehmen wurde enteignet, sozialisiert, etwa zum Volkseigentum erklärt. Mit „arisierten“ jüdischen Firmen belohnte er seine Parteigänger. National, d. h. dem Wohle der Nation dienend, waren die Nazis keineswegs. Sie terrorisierten das Volk und stürzten Deutschland in eine nationale Katastrophe.

Warum wohl sprechen die Medien heute vom „Nationalsozialismus“ oder vom „NS-Staat“? Oder auch von den „beiden deutschen Diktaturen“, der Hitler-Diktatur und der Diktatur der Kommunisten? Hier werden Begriffe bewußt und gefährlich vermengt. (...)

Wir sollten vom Faschismus sprechen. Die Fasesc waren Rutenbündel mit einem Beil in der Mitte, im römischen Sklavenhalterstaat Zeichen höchster Amtsgewalt. Benito Mussolini, Spießgeselle Adolf Hitlers, hatte sie als Symbol seiner offenen Diktatur übernommen. Auch Hitler liebte Symbole: den vorgesteckten rechten Arm der Cäsaren erklärte er kurzerhand zum „deutschen Gruß“.

Joachim Weise, Hohenstein-Ernstthal

In der RF-März-Ausgabe befaßt sich der Chefredakteur mit der faschistischen Renaissance in Deutschland. Zu Recht fordert er den „Zusammenschluß aller Antifaschisten – bis weit ins bürgerliche Lager hinein und unter Einbeziehung von Menschen verschiedener Ideologien, Glaubensbekenntnisse und Parteien“. Dabei kommt seinem Hinweis, daß das aktive Wirken von Faschisten in der einstigen DDR undenkbar gewesen wäre, substantielle Bedeutung zu. Jawohl, „die besondere Infamie des Geschehens besteht darin“, dort, wo einst dem Faschismus auf der Basis von Potsdam konsequent der Nährboden entzogen worden war, die braune Pest als Reserve gegen Rot zu installieren. Und das Motto heißt: „Rot gleich braun“. Aber müssen wir alle uns nicht fragen, wieso es wieder einmal so weit kommen konnte? (...)

Plätze und Straßen der Hauptstadt liefern Beweise für die Geisteshaltung der Machthaber. Einen „Konrad-Adenauer-Platz“ gibt es heute, aber die „Straße der Befreiung“ sucht man wohl vergeblich in Berlin. (...)

E. Rasmus, Berlin

Wie war die DDR wirklich? Das kann man erfahren, wenn man in der Nacht das Fernsehen des Mitteldeutschen Rundfunks einschaltet und dabei die DEFA-Serie „Die gläserne Fackel“ sieht. In diesem Film geht es um die Geschichte von Zeiss Jena. Original und DDR-wirklich erleben wir Widersprüche eines DDR-Weltbetriebes. Wie wohlthuend der Umgang der Menschen miteinander, freundschaftlich, offen und zuweilen auch zornig.

Ganz anders, wenn westdeutsche Filme den DDR-Alltag zeigen. Da sind es dann verbiesterte SED-Sekretäre, die nur schikanieren und das antikommunistische Vorurteil der Alt-BRD-Bürger nähren. In ihrem Zerrbild sehen wir Fanatiker, die faschistoid toben und eine „Zonen-Republik“ beherrschen, wo es keine Freude und keinen Spaß gibt.

Die westdeutschen Filmemacher sind auch heute noch von einem unrealistischen, wirklichkeitsfalschen Bild gefangen, welches mit der DDR nichts zu tun hat. Selbst „Good bye, Lenin“ ist in ihrem Klischee einer kitschigen DDR zu sehen.

Historiker und Filmemacher, die sich bei der Darstellung des DDR-Alltags von westdeutschen Ressentiments und Zerrbildern leiten lassen, sollten sich Albert Einsteins Worte hinter die Ohren schreiben: „Um ein tadelloses Mitglied einer Schafherde sein zu können, muß man vor allem ein Schaf sein.“

Solange sie die Propagandavorgaben der Bourgeoisie erfüllen, werden ihre Annalen und „Aufklärungsfilm“ einen Dreck wert sein.

Dieter Schütt, Hamburg (Zeitschrift DER FUNKE)

Eine Bemerkung zum Artikel „Gesinnungshatz: Vom ‚Radikalenerlaß‘ zur ‚Abwicklung‘“ von Hans Horn. Bei der personellen und Betriebsabwicklung in der früheren DDR haben sich die bundesdeutschen Behörden auf einen Stamm von Erfahrenen stützen können, die sich ihre Sporen nicht erst unter der Obhut des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen erwarben. Auch viele

ehemalige Nazis, die während der Zeit der faschistischen Machtausübung an der Ausplünderung überfallener osteuropäischer Staaten teilgenommen haben, ließen ihre Kenntnisse einfließen. Auf diesen erfahrenen Faschistenstamm wollten die Gründungsväter der Bundesrepublik keinesfalls verzichten. Unter Mißachtung des Potsdamer Abkommens durften die alten Nazis im „demokratischen Gewand“ ihre berüchtigten Praktiken weiterführen. Es war nicht nur der ehemalige Spitzenmanager der Berliner Zentralbank Friedrich Reuter, der als faschistischer Reichskommissar für das Kreditwesen und von 1939 bis 1941 Erster Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens seine reichen Erfahrungen zur Vorbereitung der „Übernahme der DDR“ durch die Treuhänder zur Verfügung stellte. Auch der bekannte Ökonom Wilhelm Grelle, bis zum 8. Mai 1945 Sturmbannführer in der SS-Division „Götz von Berlichingen“ gehörte zu diesem „Team“. Prof. Dr. Grelle war aufgrund seiner faschistischen „Verdienste“ besonders geeignet, zwischen 1991 und 1993 als Vorsitzender der Struktur- und Berufungskommission die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität abzuwickeln und eine „neue“ Fakultät aufzubauen.

Armin Lufer, Berlin

In dem Artikel „A und O der Niederlage: Der Zustand der Parteien“ (Februar-RF) wird die Frage nach den Ursachen für die Niederlage des Sozialismus in Europa praktisch sofort auf die Frage reduziert: „Warum zog die SED-Führung 1989 nicht in den Kampf?“ Gegen wen und mit welchen Mitteln bleibt dabei schleierhaft.

Nach oberflächlichen Erörterungen kommt der Autor zu der Feststellung: „Die ideologische und organisatorische Zersetzung der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder liefert die Haupterklärung für die erlittene Niederlage.“

Nun ist eine marxistische Analyse der Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa dringend erforderlich, schon um sich für einen neuen sozialistischen Anlauf (der irgendwann auch erfolgen wird) vorzubereiten und dabei Fehler möglichst zu vermeiden.

Prof. Ekkehard Lieberam schreibt: „Wir brauchen eine differenzierte und gerechte Analyse dieser Niederlage. Weder die Übernahme bürgerlicher Beurteilungen noch verkürzte Schuldzuweisungen können dies ersetzen.“ (...) Und Prof. Ingo Wagner meint: „Es gibt noch keinen methodologisch-theoretischen Ansatz für eine marxistische Analyse der Niederlage des (europäischen) Sozialismus. Die notwendigen ‚Ursachen-Analysen‘ sind auch deshalb (...) höchst kompliziert, weil dieser noch nicht ausreichende Ansatz mit einem Mangel an fundierten marxistischen historisch-theoretischen Forschungsergebnissen gepaart ist. Soweit vorhanden, sind sie in der Literatur ‚verstreut‘.“

Versuche einer Analyse gibt es eine ganze Reihe. Die beiden Arbeiten, aus denen ich zitiert habe, möchte ich dabei sehr empfehlen. Sie zeigen die Vielfalt und Komplexität eines solchen Vorhabens und machen die Schwierigkeiten deutlich.

Wie verkürzt der eingangs genannte Artikel den (...) vielschichtigen Sachverhalt behandelt, sieht man schon daraus, daß noch nicht einmal die wirtschaftliche Situation der DDR, die ganz sichtbar für jedermann eine Rolle gespielt hat, überhaupt erwähnt wird.

Dr. Siegfried Steinbach, Leipzig

Nachdem nun Julius Kober wieder dahämm ist in Suhl, er, der auf seinem „deutschen Lebensweg“ im Jahre 1923 die Worte fand: „Völkerveröhnung ist das Begräbnis der Welt, Kampf unter den Völkern ist Weltenaufstieg“, ist nun offensichtlich auch wieder die deutsche Rüstungsindustrie hier dahämm. Zunächst zwar sehr öffentlich nur in der „Kulturstätte“ Waffenmuseum, vertreten durch den „traditionsreichen Waffenhersteller Heckler & Koch“, aber immerhin ... Welch ein Umgang mit den Lehren deutscher Geschichte im sechsten Jahrzehnt nach dem 8. Mai 1945 in unserer Stadt des Friedens!

Es ist der Alt-BRD-Bürger Jürgen Grässlin, der vor wenigen Jahren unserer Einladung zu einer Dis-

kussion folgte und in seinem 1994 erschienenen Buch „Den Tod bringen Waffen aus Deutschland“ schrieb: „Allein 1992 wurden 52 Kriege geführt ... Fast jeder dieser Kriege findet mit den von Heckler & Koch entwickelten Waffen statt ...“ Und er mahnt am Schluß: „Werden Sie aktiv: Nichts fürchten die Geschäftsführer der Waffenschmieden mehr als eine kritische Öffentlichkeit.“

Ich denke, jenes Vermächtnis aus dem Mai 1945 „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ sollte möglichst viele Bürgerinnen und Bürger angesichts solcher „Kulturangebote“ in Suhl sehr nachdenklich machen und zu Widerspruch und Widerstand anregen.

Jochen Peters, Suhl

Über fast 50 Jahre spielte in der Öffentlichkeit der BRD die kritische Auseinandersetzung mit der Nazi-Herrschaft eine geringe Rolle. Ralph Giordano schreibt dazu in seinem im Jahr 2000 erschienenen Buch „Die Traditionslüge“: „Der Krieg war das Hauptverbrechen Hitlerdeutschlands! Es ist beschämend, daß diese Tatsache bis heute im öffentlichen Bewußtsein immer noch der weiße Fleck ist.“ Den Beweis zu dieser Aussage treten u. a. die regelmäßig stattfindenden Treffen von Soldaten- und Traditionsverbänden der faschistischen Wehrmacht und der Waffen-SS an, die ihre Verbrechen verharmlosen, die eigene Verantwortung leugnen und sich gegenüber jungen Menschen als Helden ausgeben.

Scham ist angebracht. Das Gedenken an die Millionen Ermordeten des Holocaust und die Opfer des Vernichtungskrieges mahnt dazu, für materielle, politische und gesellschaftliche Grundlagen zu kämpfen, die gewährleisten, daß sich das nie wiederholen kann. Auf dem Gebiet der damaligen SBZ wurde deshalb sofort nach der Befreiung mit der Gestaltung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung begonnen.

Maria Aschmutat, Berlin

Das letzte Mal telefonierte ich mit ihr Ende April 2004. Ich erfüllte damit ein Versprechen, das ich ihr nach einem überraschenden Anruf ihrerseits einige Wochen vorher gegeben hatte und berichtete ihr über das Ergebnis einer Besprechung ihres Buches „4 x Deutschland ... und keins für mich dabei“.

Die Rede ist von Käte Woltemath, der „großen alten Dame“ der SPD. Vom Sommer 1989 bis zum Sommer 1990, als unser Land zusammenbrach und viele DDR-Bürger westlicher Prominenz der verschiedensten politischen Färbungen die Möglichkeit boten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln kräftig nachzuhelfen, gab es kaum eine politische Sendung über die SPD, wo sie nicht an der Seite von Partei-Größen wie Willy Brandt, Johannes Rau, Ibrahim Böhme oder Manfred Stolpe auftauchte und entsprechend vorgestellt wurde.

Käte Woltemath setzte große Hoffnungen in die sogenannte Wende. „Zeit, Zeit und nochmals Zeit, besonnene kluge Menschen, frei von Ungeduld, falschem Ehrgeiz und Machtgelüsten tun uns not“, meinte sie. Sie mußte schnell erfahren, daß die wenigsten, die sich nun an die Spitze stellten, diesen Kriterien entsprachen. Sie schildert in ihrem Buch, wie sehr sie beim Auftritt von Helmut Kohl in Dresden die neue Losung „Wir sind ein Volk“ und die vielen nagelneuen gleichgroßen BRD-Fahnen erstaunten und erschreckten. (...)

Und ihre geliebte SPD war auch nicht mehr das, was sie aus der Zeit vor 1933 in Erinnerung hatte. (...) Gemeinsam mit einigen anderen bekannten Frauen aus ihrer Partei kam sie zu dem Schluß: „Früher taten wir, was uns gesagt wurde, heute wird uns gesagt, was wir zu tun haben.“ Käte Woltemath wurde sehr schnell trotz des Großen-Alt-Dame-Bonus zur Querulantin abgestempelt. Da kam der „Stasi“-verdacht – ob er stimmt oder nicht – gerade recht, um sie loszuwerden. Ihre Reaktion war: „Man wird alt wie eine Kuh und lernt immer noch dazu!“ Zu ihrem Geburtstag meldete sie sich

nicht mehr am Telefon, und im August 2004 stand im ND die Todesnachricht.

Brigitte Butzke, Neubrandenburg

Am 3. März kamen Genossinnen und Genossen aus Teterow erstmals zu einer Vortragsveranstaltung des „RotFuchs“-Fördervereins zusammen. 51 Leser, Förderer und interessierte Bürger hatten sich eingefunden. Während der Vorbereitung dieser wichtigen Zusammenkunft führten wir eine Vielzahl von persönlichen Gesprächen. Dabei entwickelten Genossen und Kollegen aus verschiedenen Parteien und Vereinigungen – vor allem Erwin Mitzkat von der DKP, die Basisorganisation der PDS und der Seniorenverband BRH – große Aktivitäten. Unser Gast, Referent und Gesprächspartner war der langjährige DDR-Botschafter in China Rolf Berthold. Seine Ausführungen stießen auf reges Interesse, und es gab viele Fragen, deren Beantwortung Aufschluß brachte. Es war eine sehr gelungene Veranstaltung. Jetzt geht es uns darum, den „RotFuchs“-Förderverein zu stärken und neue Interessenten für unsere Zeitung zu gewinnen.

Gerhard Welz, Teterow

Zum Beitrag auf S. 11 der März-Ausgabe: Das Thema Kirchensteuer wird (absichtlich) nirgends so recht behandelt, ist aber für viele Humanisten und Demokraten – vor allem aus der DDR – höchst brisant: Sind sie doch oft getauft und auch noch konfirmiert worden, haben dann aber der Sache auf Grund ihrer weltanschaulichen Entwicklung und wissenschaftlichen Bildung keine Bedeutung mehr beigemessen (und sind vielleicht nicht einmal nach dem Untergang der DDR offiziell aus der evangelischen Kirche ausgetreten). Nun steht zu befürchten, daß jeder, der einst getauft wurde, als Mitglied einer Religionsgemeinschaft betrachtet und zu (recht erheblichen) Nachzahlungen aufgefordert wird. Leistet er diese nicht, muß er wohl sogar mit Bestrafung, d. h. Pfändung, rechnen. Es wäre gut, wenn sich im Umfeld des RF jemand fände, der der Angelegenheit mal als Jurist nachginge; der ideologisch-politische und missionarische Aspekt ist ja eindeutig. Es geht auch darum, daß die Betroffenen erfahren, wie sie sich am besten gegenüber der Staats-Kirchen-Macht verhalten sollen.

Dr. Wolfgang Schmitt, Berlin

Ich schreibe diese Zeilen nach einer Buchlesung, die am 26. Februar in Neubrandenburg stattfand und bei der ich auf den „RotFuchs“ gestoßen bin. Ein Stück DDR-Geschichte ist gut aufbewahrt. Danke dem Autor Dr. Klaus Steiniger für die gelungene politische Autobiographie „Bei Winston und Cunhal“. Mit Genuß habe ich dieses Büchlein inzwischen gelesen. Die politische Lebensleistung des Autors wurde episodenhaft an ausgewählten Beispielen mit so feinem Humor, Satire und Einfühlungsvermögen niedergeschrieben und durch Bildmaterial dokumentiert, daß die autobiographische Darstellung in ihrer Lebendigkeit nicht nur von Zeitzeugen, sondern auch von der heutigen und den künftigen Generationen mit Gewinn gelesen wird.

Erika Jörn-David, Neubrandenburg

Was heute dringend notwendig ist, sind wirklich linke Zeitungen, die den Menschen die ganze Wahrheit sagen, ihnen die gesellschaftlichen Hintergründe und Zusammenhänge überzeugend und verständlich darlegen. Es wäre eine äußerst verdienstvolle Sache, wenn „Neues Deutschland“ sich zu einer wirklich sozialistischen Zeitung entwickelte.

Sollte es aber den jetzt beschrittenen Weg weitergehen, dann besteht die reale Gefahr, daß aus ihm letztendlich ein Allerweltsblatt wird, so wie auch schon im Ergebnis von Prinzipienlosigkeit und Anpasserei aus einer einst linken Partei eine ganz gewöhnliche Allerweltpartei geworden ist.

Aber man man muß offenbar auf alles gefaßt sein. Der in jüngster Zeit im ND nun auch immer häufiger und unübersichtlicher zu findende Antikommunismus, manchmal noch etwas verbrämte, andere zitierend (Dämonischer Wahnsinn, ND 10. 3. 05), aber auch schon offen und grobschlächtig (Der

tiefe Fall, ND 11. 3. 05) wird gewiß Beifall und Anerkennung finden. Aber von welcher Seite?

Ja, Erich Fromm hat völlig Recht mit seinem Ausspruch: „Ich glaube, daß die Wahrheit nicht in erster Linie eine Sache der Intelligenz, sondern des Charakter ist.“ **Gerhard Wetzel, Berlin**

Wenn der „Rot Fuchs“ erscheint, wird jeder Artikel gründlich gelesen. Die Zeitschrift gibt in der heutigen Zeit die Orientierung, wie wir mit den Lügen, die uns täglich begegnen, umgehen müssen. Dabei sind die vielen wissenschaftlichen Beiträge von Doktoren und Professoren sehr wertvoll. Aber manche Artikel enthalten zu viele Fremdwörter, die nicht von allen Lesern verstanden werden. Gibt es nicht deutsche Wörter dafür? Oder muß der Leser stets ein Wörterbuch zur Hand haben? Prof. Dr. Werner Roß, Prof. Dr. Ingo Wagner und anderen Wissenschaftlern spreche ich meine Hochachtung aus, weil sie sich an komplizierte Themen heranwagen.

Aus meiner Sicht besteht die Kunst eines Akademikers darin, sich für jedermann verständlich auszudrücken. Wo weniger bekannte Fremdwörter unumgänglich sind, genügt eine knappe Erläuterung. Emerson meinte: „Die großen Dinge aufs einfachste zu sagen, beweist hohe Bildung.“ **Wolfgang Hilbert, Kahla**

Eine Bemerkung zum Leserbrief von Petra Reichel. Ausländische Mitbürger und Asylantragsteller sind ebensowenig „eine homogene Masse von Gutmenschen“ wie die deutschen Staatsbürger. Wo sie aber vom Staat, von den „Arbeitgebern“ oder durch Rassisten diskriminiert oder verfolgt werden, haben sie Anspruch auf unsere Solidarität (ohne vorherigen Gutmenschen-Test!). Wenn wir diese nur „den fortschrittlichen, antikapitalistischen Kräften“ erweisen, fassen wir unsere Aufgabe zu eng. Auch Petra wird sicher die Opel-Arbeiter im Kampf um ihre Arbeitsplätze unterstützen wollen, ohne vorher zu fragen, ob sie „antikommunistische Vorbehalte“ hegen, ob sie die Hausarbeit mit ihrer Frau teilen, ob sie den „Rot-Fuchs“ lesen oder sich von Springer ihre Meinung bilden lassen. **Fritz Dittmar, Hamburg**

Es ist sehr verdienstvoll, daß Prof. Dr. G. Fricke die bei einigen Marxisten stark eingeschränkte Sicht auf den Theoretiker Karl Kautsky erweitert. Manches scheint mir allerdings etwas vereinfacht dargestellt zu sein. Auf ein Problem möchte ich besonders eingehen.

Zunächst wäre festzuhalten, daß Kautsky wesentliche Hinweise von Engels, der wußte, daß das „nicht Sagbare“ angedeutet werden muß, zu den politischen Forderungen des Erfurter Programms nicht berücksichtigt hat. So schlug Engels als Forderung u. a. vor: „Indes kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung. Und das würde einstweilen genügen, wenn man nicht weitergehen kann.“ (Friedrich Engels, Kritik des Programmwerfs von 1891. MEW, Bd. 22, Seite 235)

Engels' Hinweise richteten sich gegen die Auffassung vom friedlichen Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus, damit gegen opportunistische Illusionen in der Staatsfrage. Sie richteten sich gegen die Verkennerung der konkreten deutschen politischen Zustände aus Angst vor einem neuen Sozialistengesetz. Engels hat bemängelt, was der Tendenz nach gegen das Kommunistische Manifest und die Erfahrungen der Klassenkämpfe in Frankreich sowie der Pariser Kommune gerichtet war. Lenin sprach sich offen für die Nachahmung des Erfurter Programms aus, hat es aber in der Frage der politischen Forderungen und der Frage der politischen Macht nicht einfach nachgeahmt. Im Entwurf der „Gruppe Befreiung der Arbeit“ hieß es bereits konkreter: „Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.“ (...) **Herbert Münchow, Leipzig**

Im Februar-„RotFuchs“ las ich den Artikel des Theologen Peter Franz über das Johannes-Evan-

gelium und die „wiedergeborenen Christen“, die sich angeblich davon ableiten. Der Satz, daß es sich beim J.-E. um eine Schrift handelt, die erst mehrere hundert Jahre nach Jesu Geburt in die Bibel aufgenommen wurde, impliziert, daß es kein authentischer Text ist. Dieses Schicksal teilen im Grunde alle Geschichten der Bibel. (...) Der Zeitpunkt der Aufnahme des Johannes-Evangeliums in die Bibel steht offenbar in zeitlichem und sachlichem Zusammenhang mit der Installation der Institution Kirche bei gleichzeitiger Hinwendung zur Bekehrung der Mächtigen anstelle der Zuwendung zu den Menschen. Anders ausgedrückt: Damals wurde die Kirche in ein globales Unternehmen umfunktioniert, welches sich den Herrschenden gegen entsprechende Vergütung und Beteiligung als nützliches Werkzeug zur Machtübernahme und Machtsicherung andiente und bis heute andient. Mit anderen Worten: Die Aufnahme des J.-E. in die Schriften der Bibel war sicherlich ein Zugeständnis an die Kräfte der Kirche, die an einer Fixierung auf die Menschen und die Unantastbarkeit des Lebens festhalten wollten. Insofern geschah sie sicherlich nicht freiwillig, sondern war Resultat einer internen Auseinandersetzung. (...) **Eberhard Wendt, Kelmis (Belgien)**

(...) Ich teile die von Heinz D. Stuckmann in dem Buch „Kundschafter im Westen“ dargelegten Ansichten zu der Frage, wie man eine „linke Zeitung“ schreiben sollte. Da ich Arbeiter bin und bei mir im Betrieb (Service-Stelle für Güterwagen, Braunschweig) täglich sehe, was alle anderen lesen, kann ich mich dazu äußern. Auf meinem Arbeitsplatz in der Werkstatt liegen immer der „Rot-Fuchs“, „Braunschweig Konkret“ (PDS-Zeitung) und viel linkes Material (Attac, Gewerkschaften usw.). (...) Wenn man die Leute belehren oder bekehren will, dann schalten sie auf stur. Doch der Mensch ist von Natur aus neugierig und da kann ich durchaus Denkanstöße auslösen oder verbreiten. **Jörg Denecke, Braunschweig**

(...) Da ich Deutschlehrer war und viele Jahre Kunst unterrichtete, lege ich natürlich auf einen verständlichen Beitrag viel Wert. Auffällig beim „RotFuchs“ ist, daß die Inhalte nicht wie in der Zeitschrift „Sozialismus“ (Hamburg) wissenschaftlich hochtrabend und weit von der Wirklichkeit entfernt sind. Besonders Freude bereiten mir die Leserbriefe. Durch meinen Abschluß in Sprachwissenschaft habe ich immer noch die Angewohnheit, alle Texte auf Wahrheitsgehalt und persönliches Engagement zu untersuchen. Wobei ich natürlich den Wortlaut analysiere. Dabei kommt der „RotFuchs“ gut weg. Die Aussagen sind parteilich und sehr fundiert. Die Leserbriefe haben ein hohes Niveau, sie verdeutlichen, mit welcher Verantwortung die Leser des „RotFuchs“ schreiben. Man spürt das Bewegsein. Und immer wieder stellt sich die Frage, wieso unsere DDR untergehen mußte. (...) **Robert Leßig, Großhartmannsdorf**

Zum Beitrag „Brzezinski und die Umwälzung des Ostens“ von Dr. Hans Küstner stelle ich die Frage: Warum denn in die Ferne schweifen? Mit dem westdeutschen Grundgesetz vom 23. Mai 1949 hatte man sich per Präambel und Artikel 23 doch auf die Fahnen geschrieben, die „... Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ und dieses „... Grundgesetz ... in anderen Teilen Deutschlands ... nach deren Beitritt in Kraft zu setzen“. Das war doch deutlich genug, und jedermann konnte sich darauf einstellen.

Um nur einen signifikanten Fakt zu nennen: Hitlers Spionagechef „Fremde Heere Ost“, Herr Reinhard Gehlen, wurde 1945 durch US-Spezialisten in seinem bayerischen Versteck aufgestöbert und „... nein, nicht festgenommen und der Justiz überstellt, sondern wohl auch zu seinem eigenen Erstaunen mit der Bildung eines neuen Geheimdienstes, Stoßrichtung Osten, beauftragt. Die Quellen waren sicherlich nur zu reaktivieren. Rasch wurde die „Organisation Gehlen“, der spätere BND, gegrün-

det. Erfahrene Geheimdienstler und gestandene SS-Leute fanden sich zusammen. An keinem Tag wurde das flächendeckende Wirken zur Herbeiführung der „Einheit Deutschlands“ unterbrochen. Ein Ministerium, verschiedenste Behörden, Ämter und andere Einrichtungen/Dienste sowie die „Ostbüros“ bestimmter Parteien wirkten zielstrebig für die Erfüllung dieses Verfassungsziels. Daß man dabei unser Unvermögen bei der Umsetzung der Lehren des Marxismus-Leninismus rigoros ausgenutzt hat, lag spätestens 1989/90 auf der Hand. Vor solchen umstürzlerischen Aktivitäten warnende Stimmen gab es über die Jahre genug (z. B. an das ZK, die Bezirks- und Kreisleitungen der SED gerichtete Informationen des MfS). Sie wurden allerdings oft nicht erhört. Welch eine folgenschwere Ignoranz! Mir schien es nicht nur so, ich habe aus dem vorgenannten Grundgesetzgebot die in der Tat ernsthafte Gefahr für den Fortbestand der DDR abgeleitet und meine tägliche praktische Arbeit, mein Handeln, darauf eingestellt. **Wolfgang Willms, Weida**

Sachkundige Genossen aus Dresden wiesen mich darauf hin, daß mir für den Beitrag „Ein Held der westlichen Welt“ (RF 85) offensichtlich ungenaue Informationen zur Verfügung standen. Der Doppelmörder Weinhold sei in der DDR nicht wegen schwerer Delikte, sondern wegen mehrerer kleiner krimineller Vergehen und Verstöße verurteilt worden. Bei einem so hohen Strafmaß, wie im RF angegeben, wäre Weinhold nicht zur Nationalen Volksarmee einberufen worden. **Günter Freyer, Berlin**

Anlaß dieser Zeilen ist der Artikel „Grenzsicherung 1952: Speckseiten in der Rappoldsburg“ von Horst Rocktäschel. Ich möchte den Beitrag durch ein persönliches Erlebnis ergänzen. (...) In meinem ersten Absolventenjahr 1960 bekam ich hautnah zu spüren, wie skrupellos DDR-Flüchtlinge sein konnten. Mein erster Arbeitstag begann nicht wie geplant in einer Gruppe im Vorschulkinderheim Bärensprung (Kreis Kyritz), sondern auf dem nahegelegenen Rübenacker. Einige Tage zuvor war die Bauernfamilie nämlich nach dem Westen abgehauen. Bei der Flucht hatte sie Viehställe und Scheune in Brand gesetzt. Die Tiere konnten teilweise gerettet werden, die Äcker aber mußte das pädagogische Personal des Kinderheims bearbeiten, da die übrigen Bauern des sehr kleinen Dorfes das nicht zusätzlich bewältigen konnten. Meine zweite Schicht an diesem Tag begann endlich im Kinderheim. Mir wurden die Gruppen vorgestellt. Dabei erfuhr ich auch, woher die dreißig sechsjährigen Kinder kamen. Fast alle waren „verlassen“ worden. Die flüchtigen Erwachsenen hatten sie in Scheunen, hinter Heuschobern, in verschlossenen Wohnungen und Häusern zurückgelassen. (...) Eines Tages brachte mir eine Fürsorgerin drei völlig verängstigte und verwahrloste kleine Wesen aus Fahrland ins Heim. Sie berichtete, daß ein viertes Kind tot in der Wohnung aufgefunden worden war. Noch heute, nach 45 Jahren, sehe ich diese drei Kinder vor meinen Augen. Ich vermochte nicht zu begreifen, wie herzlos Menschen sein können. Als ich am 13. 8. 1961 die Nachricht über die Schließung der Staatsgrenze vernahm – ich arbeitete zu dieser Zeit in Neustadt/Dosse –, war mein erster Gedanke: Ein Glück, daß Kinder jetzt nicht mehr verlassen werden können. Abschließend sei erwähnt, daß Heimkinder in der DDR von gut ausgebildeten Pädagogen betreut und zu allseitig entwickelten Persönlichkeiten gebildet und erzogen wurden. Jedes Heimkind erlernte einen Beruf und erhielt einen entsprechenden Arbeitsplatz. Für die wirtschaftliche Selbständigkeit wurden die jungen Menschen mit Wohnraum, Möbeln und weiterer Kleidung ausgestattet. **Gerda Greifzu, Berlin**



Grafik Klaus Parche

Am Donnerstag (!), **8. April**, um **16.30 Uhr**, spricht **Dr. Matin Baraki**, Marburg, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Berlin** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203–205, zu dem Thema

Afghanistan im Frühjahr 2005

Mitglieder, Leser und Interessenten sind herzlich eingeladen.

Die Regionalgruppe Neubrandenburg

lädt für den **16. April**, um **10.00 Uhr**, in die Gaststätte Harmonie, Sponholzer Straße, zu einer Begegnung mit **Egon Krenz** ein.

Der DDR-Politiker liest aus seinem Buch

Herbst'89

und stellt sich der Diskussion.

Unser Mann bei der NATO, DDR-Kundschafter **Rainer Rupp**, spricht am **25. April**, um **17.00 Uhr**, in Zwickau, Hölderlinstraße 1, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen**. Sein Thema:

Kriegsgefahren, die von der NATO und deren Gruppierungen heute und in Zukunft ausgehen

IMPRESSUM

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem **1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.**

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. Rudolf Druх
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internetpräsentation:

WEBMASTER:
Dr. Hartwig Strohschein
AKTUELLE RF-AUSGABE:
Iris Rudolph

PC-Systembetreuerin:

Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Neue Konto-Nummer: Sparkasse der Stadt Berlin, BLZ 10050000, Konto-Inhaber: „RotFuchs“-Förderverein e.V., Konto-Nr. **2143031400**